



Bundesamt
für Bevölkerungsschutz
und Katastrophenhilfe

Bevölkerungsschutz

4 | 2016



BBK Gemeinsam handeln. Sicher leben.



Bundesamt
für Bevölkerungsschutz
und Katastrophenhilfe

Liebe Leserinnen und Leser,

traditionell blicken wir am Ende eines Jahres zurück und lassen die Geschehnisse Revue passieren. Und aus der Sicht des Bevölkerungsschutzes sind es oft die negativen Ereignisse, die Naturkatastrophen, Terroranschläge und schweren technischen Havarien, die in Erinnerung bleiben.

Auch Deutschland wurde in diesem Jahr wieder von solchen Ereignissen heimgesucht. Ich erinnere beispielhaft

Alexander Krapf ist der für den Bereich „Ehrenamt“ zuständige Referent im Referat Grundsatzangelegenheiten des Bevölkerungsschutzes, Ehrenamt, Risikoanalyse und leitet die Geschäftsstelle für den BMI-Förderpreis „Helfende Hand“ im Bundesamt für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe.



an das Eisenbahnunglück von Bad Aibling im Februar oder die schweren Überschwemmungen Ende Mai im Südwesten Deutschlands mit mehreren Toten und hohen Sachschäden. Mit dem Sprengstoffanschlag von Ansbach hat leider auch der Terror Deutschland erreicht. In all diesen Fällen konnten wir uns auf unser hervorragendes Hilfeleistungssystem verlassen, um das uns die ganze Welt beneidet. Viele vergessen dabei, dass dieses System vom Ehrenamt getragen wird. Von Menschen, wie Bundesminister Thomas de Maizière in einer Rede gesagt hat, die hinschauen, sich zuständig fühlen und anpacken. Die nicht nach staatlichen Institutionen rufen sondern sich engagieren.

In der Tat, Bevölkerungsschutz ist in Deutschland nicht denkbar ohne das kontinuierliche ehrenamtliche Engagement von über 1,7 Millionen Frauen und Männern, die unentgeltlich aber hochprofessionell in den unterschiedlichsten Einsätzen Hilfe leisten, dabei oft ihre Gesundheit, manchmal sogar ihr Leben riskieren. Vergessen sollten wir

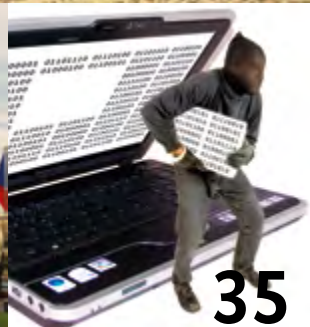
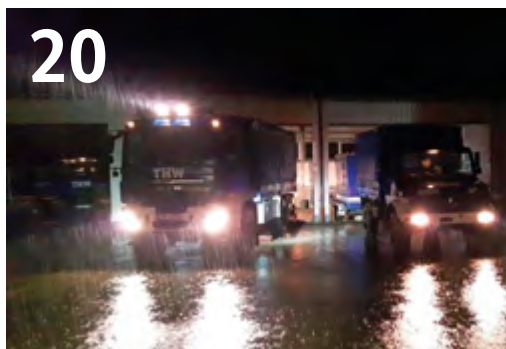
dabei aber nicht, dass es darüber hinaus viele Menschen gibt, die nicht im Katastrophenschutz organisiert sind, die jedoch in einem Notfall trotzdem mithelfen wollen. Diesen „Spontanhelfern“ fehlen in der Regel die erforderlichen Kenntnisse und Schutzausstattungen. Dieses Potenzial in unser Hilfeleistungssystem sinnvoll einzubinden ist eine besondere Herausforderung. Lesen Sie dazu den Bericht über das Projekt KUBAS auf Seite 19 dieser Ausgabe von **Bevölkerungsschutz**.

Einer der wichtigsten Gründe – so die Sozialforscher – sich ehrenamtlich zu engagieren ist die Anerkennung und Wertschätzung dieser Arbeit durch die Gesellschaft. Dabei kommt es besonders auch darauf an, Anerkennung und Wertschätzung öffentlich zu äußern. Ab Seite 4 berichtet **Bevölkerungsschutz** über den Förderpreis „Helfende Hand“. Dieser Preis wurde am 28. November bereits zum achten Mal durch den Bundesinnenminister persönlich verliehen und ist Teil der öffentlichen Wertschätzung für die Helferinnen und Helfer des Bevölkerungsschutzes. Die Verleihungsveranstaltung war live im Internet zu verfolgen (www.helfende-hand-foerderpreis.de). In **Bevölkerungsschutz** können Sie überschauen, welche Projekte ausgezeichnet wurden!

Ihnen, liebe Leserinnen und Leser, wünsche ich viel Spaß bei der Lektüre der neuen Ausgabe von **Bevölkerungsschutz**, eine besinnliche Adventszeit, ein Frohes Weihnachtsfest und ein erfolgreiches Neues Jahr. Und allen, die haupt- oder ehrenamtlich im Bevölkerungsschutz mitwirken, sage ich darüber hinaus ausdrücklich Danke für die geleistete Arbeit. Danke, dass Sie für unsere Sicherheit sorgen und im Notfall so verlässlich für uns alle da sind!

Ihr

Alexander Krapf



ZIVILE VERTEIDIGUNG

Konzeption Zivile Verteidigung: Motiv, Programm und Zielsetzungen 2

RISIKOMANAGEMENT

Safety, Security und Resilience Engineering
Sicherheit entwickeln und nachweisen im Zeitalter der Digitalisierung 32

ENGAGEMENT. EINSATZ. EHRENAMT.

Ehre wem Ehre gebührt:
Der Förderpreis „Helfende Hand“
Auszeichnung für freiwilliges Engagement 5

Eigene Widerstandsfähigkeit stärken
REBEKA - Forschungsprojekt zur
Widerstandsfähigkeit von Helfern 20

Das Projekt KUBAS
Koordination ungebundener Spontanhelfer 22

KRITIS

VeSiKi
Allgemeine IT-Sicherheitsbedrohungslage unter besonderer Berücksichtigung des Bevölkerungsschutzes 34

KRISENMANAGEMENT

Interkom
Interkommunale Lösungen für den Schutz der Bevölkerung bei Katastrophen 25

FORUM

Arbeiter-Samariter-Bund 37
 Bundesanstalt Technisches Hilfswerk 39
 Deutsche Lebens-Rettungs-Gesellschaft 41
 Deutscher Feuerwehrverband 42
 Deutsches Rotes Kreuz 44
 Johanniter-Unfall-Hilfe 45
 Malteser Hilfsdienst 47
 Verband der Arbeitsgemeinschaften der Helfer in den Regieeinheiten /-einrichtungen des Katastrophenschutzes in der Bundesrepublik Deutschland e.V. 49

KULTURGUTSCHUTZ

Identifizierung von Kulturgut und dessen Schutz
Was ist eigentlich bedeutendes und schützenswertes Kulturgut? 30

RUBRIKEN

Nachrichten 51
 Impressum 52

SERIE

Kulturgutschutz in Deutschland 53

Konzeption Zivile Verteidigung: Motiv, Programm und Zielsetzungen

Wolfram Geier

Im August 2016 hat Bundesinnenminister Thomas de Maizière dem Bundeskabinett ein Konzept zur Zivilen Verteidigung (KZV) zur Beschlussfassung vorgelegt. Diesem Beschluss vorangegangen war die Veröffentlichung des neuen, ebenfalls ressortabgestimmten „Weißbuches zur Sicherheitspolitik und zur Zukunft der Bundeswehr 2016“ durch die Bundesministerin der Verteidigung. In diesem Basis-

Bundesamt für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe (BBK) erarbeitet und in die Ressortabstimmung gebracht. Diese Konzeption ist ein Basisdokument für die gesamte Aufgabenerfüllung im Bereich der Zivilen Verteidigung und zivilen Notfallvorsorge im Bund und soll in den kommenden Jahren auf allen Verwaltungsebenen umgesetzt werden. Sie beschreibt keine grundsätzlich neuen Verfahren

oder Aufgaben in diesem Sektor, sondern Zusammenhänge und Prinzipien der inhaltlichen Ausgestaltung der einzelnen Fachaufgaben, aus denen konkrete Arbeitsaufträge für die unterschiedlichsten Akteure abgeleitet werden müssen. Das bedeutet im Ergebnis, dass die eigentliche Arbeit noch ansteht und die im August verabschiedete Konzeption ein umfassendes Arbeitsprogramm für die nächsten Jahre darstellt.

Nach über 20 Jahren beginnt mit diesen politischen Schritten eine Überarbeitung der staatlichen Notfallvorsorge- und Krisenplanung unter Aspekten aktueller äußerer sicherheitspolitischer Rahmenbedingungen. In den 90er Jahren war die Zivile Verteidigung einschließlich des Zivilschutzes nach Beendigung des „Kalten Krieges“ in Deutschland und zahlreichen anderen Staaten teils massiv zurück-

gefahren worden, um eine realistische „Friedensdividende“ zu erzielen. In Zeiten, in denen Sicherheitspolitik wieder deutlich mehr Gewicht beigemessen wird, gilt es nun neben der militärischen Verteidigung auch die Zivile Verteidigung an die veränderte Lage anzupassen. Allerdings haben sich Formen der Bedrohungen im Vergleich zu früher stark verändert.

Während in den Zeiten des „Kalten Krieges“ in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts eine unmittelbare territoriale Bedrohung Deutschlands mit konventionellen und nuklearen militärischen Mitteln in einer bipolaren Weltordnung gegeben war, haben sich Spektrum, Ursachen und Charakter äußerer sicherheitspolitischer Risiken und Bedrohungen dramatisch gewandelt. Dies hat auch mittel- bis langfristige Konsequenzen für den Bevölkerungsschutz in Deutschland. Risiken und Bedrohungen entstehen heute etwa aus der Instabilität von zerfallenden und zerfallenen



Nach Ende des Kalten Krieges ist in Deutschland über viele Jahre hinweg eine Lücke auf dem Gebiet der staatlichen Notfallvorsorge und Notfallplanung entstanden. (Foto: CC0 Public Domain / pixabay.com)

dokument deutscher Außen- und Sicherheitspolitik schreibt Bundeskanzlerin Angela Merkel: „Die Welt im Jahr 2016 ist eine Welt in Unruhe. Auch in Deutschland und Europa spüren wir die Folgen von Unfreiheit, Krisen und Konflikten in der unmittelbaren Nachbarschaft unseres Kontinents. Wir erleben zudem, dass selbst in Europa Frieden und Stabilität keine Selbstverständlichkeit sind...“ Im Zusammenhang mit den Erfordernissen einer gesamtgesellschaftlichen Sicherheitsvorsorge fordert das Weißbuch eine resiliente Gesellschaft einschließlich eines wirkungsvollen Zivil- und Katastrophenschutzes. Die Koordinierung der Zivilen Verteidigung und deren Teilaufgabe Zivilschutz einschließlich der Ergänzung des Katastrophenschutzes zu Zivilschutzzwecken obliegt dem Bundesministerium des Innern (BMI). Daher wurde unter Federführung des BMI im Laufe des Jahres 2016 ein Rahmenkonzept für die Zivile Verteidigung mit fachlicher Unterstützung durch das

Staaten, aus Konkurrenz um geopolitische Einflussphären und Rohstoffe, aus dem Wirken des Internationalen Terrorismus sowie der international agierenden Organisierten Kriminalität, aus Klima- und Umweltkatastrophen, aus der Verknappung bzw. durch Engpässe bei der Versorgung mit natürlichen Ressourcen und Rohstoffen, durch Pandemie, durch Migrations- bzw. Flüchtlingsbewegungen, durch die Weiterentwicklung und Proliferation von Massenvernichtungswaffen und durch die Gefährdungen hochkomplexer und vernetzter Kritischer Infrastrukturen, vorrangig der Informationsinfrastrukturen durch Cyberattacken im Zuge sogenannter hybrider Kriegsführung.

Allerdings bleiben auch zwischenstaatliche Konflikte auf dem Tableau der Bedrohungen, wie die Ukraine-Krise heute und mögliche zwischenstaatliche Konflikte im pazifischen Raum morgen aufzeigen.

Die Veröffentlichung der neuen Rahmenkonzeption Zivile Verteidigung am 24. August durch den Bundesinnenminister sorgte für mediale Aufregung. In manchen Medien war die Rede davon, dass die Bundesregierung zu „Hamsterkäufen“ aufrufe, Angst schüre oder zumindest die Veröffentlichung nach den Terror-Anschlägen von Ansbach und Würzburg sowie dem Amoklauf von München zu einem falschen Zeitpunkt erfolge. Bei sachlicher Betrachtung gehen diese Vorwürfe durchweg in eine falsche Richtung. Die staatliche Notfallvorsorge und Notfallplanung gegenüber nationalen Krisen und außenpolitisch bedingten militärischen Konflikten gehört zu den Kernaufgaben sicherheitspolitisch-hoheitlichen Handelns in den meisten Staaten der Welt. Die Motive für dieses Rahmenkonzept liegen im Umstand begründet, dass seit dem Ende des Kalten Krieges Vorhaltungen und Instrumente der zivilen Verteidigung, zu der auch der Zivilschutz gehört, reduziert oder gänzlich aufgegeben wurden. Deutschland verfügte in den vergangenen Jahren über kein geschlossenes und auf die künftigen Risiken ausgerichtetes staatliches nationales und ganzheitliches Krisen- und Notfallvorsorgesystem, sondern nur noch über Fragmente. Dieses Defizit hatte der Haushaltsausschuss des Deutschen Bundestages schon im Jahr 2012 bemängelt und die Bundesregierung bereits damals beauftragt, ein neues Konzept zu erarbeiten und dem Parlament vorzulegen.

Durch die sicherheitspolitische Entwicklung und Veränderungen, unter anderem durch die Ukraine-Krise hervorgerufen, hat dieser Prozess noch eine besondere Dynamik und eine andere Gewichtung bekommen, die auch auf die neuen Vorgaben der NATO zurückzuführen sind, die nicht nur die militärische, sondern auch die zivile Seite der Bündnis-Verteidigung umfassen. So ist die von der NATO beschlossene „Speerspitze“, die „Very High Readiness Joint

Task Force (VJTF)“, die innerhalb kürzester Zeit aus oder durch Deutschland an einen sicherheitspolitischen Brennpunkt verlegt werden muss, sicherlich nicht nur eine militärische Herausforderung, sondern unabdingbar mit der Unterstützung durch viele zivile Akteure verbunden. Viele diesbezügliche Fähigkeiten und Infrastrukturen auf ziviler Seite sind in den letzten Jahrzehnten verloren gegangen bzw. abgebaut worden. Gleiches gilt für die Forderungen der zivilen Notfallplanung der NATO an ihre Mitglieder insgesamt, die u. a. den Schutz Kritischer Infrastrukturen und die Aufrechterhaltung der Staats- und Regierungs-



Die von der NATO beschlossene „Speerspitze“, die „Very High Readiness Joint Task Force (VJTF)“, ist sicherlich nicht nur eine militärische Herausforderung, sondern unabdingbar mit der Unterstützung durch viele zivile Akteure verbunden. Im Bild Flaggen vor dem NATO-Hauptquartier in Brüssel und die Skulptur mit dem NATO-Emblem.
(Foto: Public Domain)

funktionen im Krisen- und Kriegsfall beinhalten. Die Festlegungen des vom Kabinett beschlossenen Weißbuches, in dem die Landes- und die Bündnisverteidigung wieder als wesentliche Herausforderungen definiert werden, sind daher Grundlage für die Ausgestaltung der Zivilen Verteidigung. Konsequenterweise wurde die Entwicklung der KZV parallel zum Weißbuch vorgenommen und die Kabinettsbefassung erfolgte erst im Anschluss, aber zeitnah zur Veröffentlichung des Weißbuches.

„Der Bund hat die ausschließliche Gesetzgebung über die auswärtigen Angelegenheiten sowie die Verteidigung einschließlich des Schutzes der Zivilbevölkerung“, so Art. 73 Abs. 1 des Grundgesetzes für die Bundesrepublik Deutschland. Die zivile Verteidigung und der Teilbereich Zivilschutz sind ebenso wie die militärische Verteidigung durch die Verfassung festgelegte Bundesaufgaben. Beides zusammen wird als Gesamtverteidigung bezeichnet. Die zivile Verteidigung und vor allem der Zivilschutz werden unter anderem im Rahmen der Bundesauftragsverwaltung und in enger Zusammenarbeit mit den Bundesländern, aber auch mit den im Zivilschutz mitwirkenden Organisationen umgesetzt. Neben dem Zivilschutz gehören die Aufrechterhaltung der Staats- und Regierungsfunktionen, die Versor-

gung der Bevölkerung und der Wirtschaft mit (lebens-)notwendigen Gütern und Leistungen sowie die Unterstützung der Streitkräfte für deren Operationsfreiheit zu den vier Säulen der zivilen Verteidigung.

Für das Funktionieren des Staates in Not-, Kriegs- und Krisenzeiten sind Maßnahmen zur Aufrechterhaltung der Staats- und Regierungsfunktionen von besonderer Bedeutung. Das Ergreifen diesbezüglich geeigneter Maßnahmen wird in Zeiten hybrider Kriegsführungsstrategien (Cyberangriffe, Asymmetrien, staatlich gelenkter Terrorismus) und aufgrund vieler staatlicher, öffentlicher und privater Akteure immer komplexer und anspruchsvoller. Der Staat kann in Krisenzeiten nur dann erfolgreich agieren, wenn alle Verwaltungsebenen und die jeweiligen Behörden, aber auch die überwiegend privaten Betreiber der Kritischen Infrastrukturen und die Organe der Gefahrenabwehr über ein effektives Risiko- und Krisenmanagement einschließlich einer aktuellen, eingeübten Notfallplanung verfügen. Aber auch die Bevölkerung muss in solchen Situationen wissen, wie sie sich im Krisenfall zu schützen und zu verhalten hat. Das Thema Selbstschutz und Selbsthilfe der Bevölkerung hat daher im neuen Konzept einen wichtigen Stellenwert und soll in den kommenden Jahren deutlich voran gebracht werden. Hierzu gehört nicht nur das Thema der Vorratshaltung an Trinkwasser und anderen Lebensmitteln, sondern auch das Erlernen von Fähigkeiten der Ersten Hilfe, der Brandbekämpfung und des Eigenschutzes vor CBRN-Gefahren.

Nach Vorstellungen des BMI werden konzeptionelle Kernbereiche des neuen Rahmenkonzeptes zur Zivilen Verteidigung durch die Erarbeitung von Teil- und Feinkonzepten (wie z. B. Konzept zur Aufrechterhaltung der Staats- und Regierungsfunktion, Zivile Alarmplanung, Objektschutzrichtlinie etc.) bereits in der zweiten Jahreshälfte 2016 begonnen. Erforderlich werden aber auch die Überarbeitung gesetzlicher Grundlagen wie etwa die des Gesetzes über den Zivilschutz und die Katastrophenhilfe des Bundes (ZSKG) und der Sicherstellungs- und Vorsorgegesetze, für die federführend zahlreiche Bundesressorts verantwortlich zeichnen. Gesetzesänderungen oder gar neue Gesetze werden jedoch frühestens in der kommenden Legislaturperiode zu erwarten sein.

Die aus der KZV abzuleitenden Arbeitsaufträge betreffen nicht nur das Bundesinnenministerium und dessen nachgeordneten Bereich, sondern viele andere Ressorts, gleichfalls die Bundesländer und die kommunale Ebene, da Aufgaben der Zivilverteidigung im Rahmen der Bundesauftragsverwaltung von diesen zu erledigen sind. Betroffen sind aber auch Unternehmen, etwa als Betreiber Kritischer Infrastrukturen in ihrer Versorgungsverantwortung für die Bevölkerung sowie für die Gestellung von Versorgungsleistungen für die Streitkräfte. Für den Erfolg der KZV ist es daher sehr wichtig, mit allen relevanten Akteuren einen gemeinsamen Weg der Umsetzung zu gehen. Darüber hinaus ist festzustellen, dass die Umsetzung der in der KZV angelegten Maßnahmen ebenso wie im militärischen Bereich einen Mehraufwand an personellen und finanziellen Ressourcen im zivilen Bereich erfordern wird.

Am 28./29. Oktober 2016 begrüßte der Arbeitskreis V der Innenministerkonferenz (AK V) die neue Konzeption grundsätzlich, wünschte aber eine intensive Einbeziehung der Länder in die praktische Umsetzung und in die Erarbeitung der zahlreichen Teilkonzepte, die die inhaltlichen Schwerpunkte der KZV abbilden werden. Nun muss die Innenministerkonferenz (IMK) über die Beschlussempfehlung des AK V am 29./30. November 2016 beraten. Stimmt sie dieser Empfehlung zu, wird ein Bund-Länder-Steuerungsgremium eingerichtet, das alle wesentlichen weiteren Umsetzungsschritte koordinieren soll.

Auch wenn heute auf Strukturen einer gut ausgebauten alltäglichen Gefahrenabwehr aufgebaut werden kann und Deutschland nicht nur wegen des erheblichen sicherheitspolitischen Druckes deutlich schneller zu erfolgreichen Umsetzungsergebnissen kommen muss als dies früher der Fall war, wird der Um- und Wiederaufbau der Zivilen Verteidigung und dessen praxistaugliche Verankerung in Kommunen, Kreisen, Ländern und dem Bund sowie bei den operativen Akteuren des Zivilschutzes mehrere Jahre in Anspruch nehmen; dies auch unter Aspekten heute sich ständig schnell verändernder technischer, ökonomischer und politischer Rahmenbedingungen, die ein sehr hohes Maß an Flexibilität im Risiko- und Krisenmanagement bedingen.

Die konkrete Umsetzung der KZV und die Ausarbeitung der zahlreichen Teilkonzepte sowie die Implementierung dieser Konzepte auf allen drei Verwaltungsebenen in Deutschland und bei den operativen Kräften wird eine längerfristige Aufgabe, die die Lücke auf diesem Gebiet der staatlichen Notfallvorsorge und Notfallplanung schließen soll, die in Deutschland – ebenso wie in vielen anderen Staaten – nach Ende des Kalten Krieges über viele Jahre hinweg entstanden ist. Die Umsetzung der KZV bietet aber auch für die friedenszeitliche Notfallvorsorge und das Katastrophenrisikomanagement in Deutschland eine Chance für eine qualifizierte Weiterentwicklung. Die Bereiche besitzen eine große gemeinsame Schnittmenge und sind Teil des erfolgreichen integrierten und aufwuchsfähigen Hilfeleistungssystems in Deutschland.

In diesem Sinn wird die konsequente Umsetzung der KZV auch einen positiven „Doppelnutzen“ für das Gesamtsystem staatlicher Notfallvorsorge haben.

Dr. Wolfram Geier ist Leiter der Abteilung *Risikomanagement, Internationale Angelegenheiten* im Bundesamt für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe

Ehre wem Ehre gebührt: Der Förderpreis „Helfende Hand“

Auszeichnung für freiwilliges Engagement

Danielle Schippers

Das klassische Ehrenamt in Feuerwehren, Hilfsorganisationen und THW, sowie andere Arten von freiwilligem Engagement und auch das aktuell zunehmende Phänomen der Spontanhelfer sind eine tragende Säule für den deutschen Bevölkerungsschutz. Über 1,7 Millionen ehrenamtliche Helfer zeigen, dass Solidarität, Gemeinschaft und gegenseitige Verantwortung in Deutschland weiterhin einen der wichtigsten Grundwerte unserer Gesellschaft darstellen. Auch Kinder und Jugendliche lernen schon früh, soziale Verantwortung zu übernehmen.

Vom Retten beim Verkehrsunfall über das Löschen von Bränden bis hin zu technischen Hilfeleistungen und dem Hochwasserschutz, überall helfen ehrenamtliche, aber hochprofessionelle ausgebildete Kräfte. In Deutschland gibt es in Großstädten hauptberufliche Retter, aber 90 Prozent aller Einsätze werden von Ehrenamtlichen getragen. Ohne das große zivilgesellschaftliche Engagement der über 1,7 Millionen Menschen in den Organisationen des Bevölkerungsschutzes wäre die Sicherheit der Bevölkerung nicht flächendeckend zu leisten. Aber auch an anderen Stellen muss freiwilliges Engagement unterstützt und gefördert werden, um dieses System aufrechterhalten zu können.

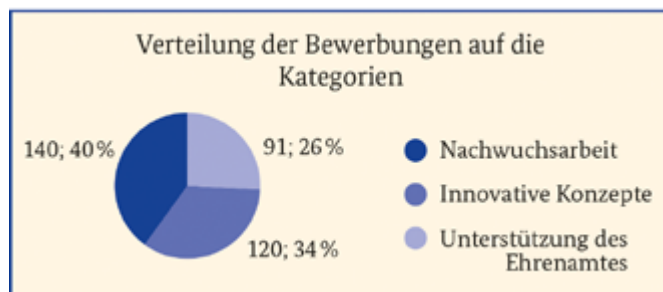


Abbildung: Angaben zur Verteilung der Bewerbungen.

Förderpreis „Helfende Hand“

Jedes Jahr verleiht das Bundesministerium des Innern den Förderpreis „Helfende Hand“ an Projekte, Organisationen oder Gruppen, die mit ihren Ideen und Konzepten



das Ehrenamt stärken oder Nachwuchsarbeit leisten und so den freiwilligen Einsatz für den Schutz der Bevölkerung fördern. Zusätzlich werden Personen oder Unternehmen ausgezeichnet, die den ehrenamtlichen Einsatz ihrer Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter vorbildlich begleiten.

Der Preis dient dazu, von staatlicher Seite Danke zu sagen für das freiwillige Engagement, die Mühe und den Zeitaufwand der Helfer.

Jeweils drei Projekte in den Kategorien Nachwuchsarbeit, Innovative Konzepte und Unterstützung des Ehrenamtes werden vom Bundesinnenminister ausgezeichnet. In der Rubrik „Innovative Konzepte“ zeichnet er Projekte aus, die die Attraktivität des Ehrenamtes im Bevölkerungsschutz steigern. Die Kategorie „Nachwuchsarbeit“ umfasst Ideen, die das Interesse der jungen Zielgruppe wecken, aber auch Gruppen ansprechen, die bisher noch nicht im Fokus standen, beispielsweise Frauen, Menschen mit Migrationshintergrund und Senioren. In der dritten Kategorie „Vorbildliche Unterstützung des Ehrenamtes“ werden Unternehmen, Einrichtungen und Personen gewürdigt, die ehrenamtliches Engagement ihrer Mitarbeiter/-innen im Bevölkerungsschutz fördern bzw. Menschen, die den im Bevölkerungsschutz engagierten Menschen in besonderer Weise Wertschätzung und Anerkennung vermitteln.

Sonderpreis „Integration“ und Publikumspreis

Dieses Jahr gibt es neben den üblichen Kategorien den Sonderpreis der Jury für „Integration von Flüchtlingen in die (Hilfs-)Organisationen des Bevölkerungsschutzes“.

Dieser wird aus den Bewerbern der anderen Kategorien ausgewählt und ehrt Projekte, die sich mit besonderen Ansätzen zur Integration hervortun, wie z. B. Flüchtlinge in technischen, medizinischen und organisatorischen Fachbereichen auszubilden. Diese Fähigkeiten erhöhen ihre Chancen auf dem Arbeitsmarkt. Außerdem fördert die Arbeit im Bevölkerungsschutz gegenseitiges Kennenlernen und erhöht die Wertschätzung für die Geflüchteten, die in Deutschland ihr neues Zuhause gefunden haben.

Neben der fachkundigen Jury kann seit 2011 auch jeder Bürger über die Projekte abstimmen, das Projekt mit den meisten Stimmen gewinnt den Publikumspreis. Der Publikumspreis wird unter allen Nominierten vergeben. 2015 haben über 10.000 Menschen ihre Stimme abgegeben.

So viele Bewerber wie 2016 gab es noch nie für den dotierten Förderpreis, der seit 2009 verliehen wird, insgesamt 351 Bewerbungen gingen ein. Sie kommen aus Hilfsorganisationen, Feuerwehren, Vereinen, Verbänden oder anderen Organisationen, die sich in einem Bereich des Bevölkerungsschutzes stark machen, schlugen sich selbst vor oder wurden vorgeschlagen.

Die „Helfende Hand“ ist auch als Symbol zu verstehen. Sie steht für die dankend gereichte Hand derjenigen, die sich auf die Hilfe der Freiwilligen im Bevölkerungsschutz verlassen können. Gleichzeitig steht die Hand für Zusammenarbeit. Helfer packen an, Unternehmen unterstützen ihre Angestellten und schaffen so die Basis für mehr Engagement in Deutschland.

Am 28. November wurden in Berlin im Bundesinnenministerium feierlich die Nominierten ausgezeichnet, die Preisverleihung wurde zusätzlich per Live-Stream übertragen.

Alle Informationen zu den Projekten und weiterführende Links finden Sie unter: <http://www.helfende-hand-foerderpreis.de/startseite.html>

Nominierte Projekte

Innovatives Konzept: Projekt „Essen packt an!“

Wer wir sind:

Gegründet 10.06.2014 von Tobias Becker als Spontanhelfer auf Facebook. Es ging um die „Sturmholz“-Befreiung nach der massiven Gewitterfront „Ela“ Pfingsten 2014. Danach bildeten sich Freundschaften und wir setzten uns sehr schnell für weitere Projekte in den Bereichen Senioren, Kinder, Wohnungslose etc. gemeinsam ein. Heute ist das Netzwerk sehr groß. In der Facebook-Gruppe, wo natürlich nicht alle aktiv sind, befinden sich 4300 „Mitglieder“. Grundsatz war vom ersten Tag an: „Jeder nach seinen Fähigkeiten und Möglichkeiten“

Was wir machen:

Wir netzwerken, wir „stupsen“ an. Ein Gruppenmitglied beschrieb es mal treffend „Ihr seid wie Pudding an der

Wand“. Wir haben eigene Projekte wie z. B. Akuthilfe oder Themen wie Indoor-Spielplatz und Riesenbärenklau-Beseitigung (giftige Pflanze), bei anderen Themen unterstützen wir mit „Leuten“ (z. B. Catering des Demenznetzwerkes Essen). Wir stärken diese (DRK, THW, runde Tische in der Flüchtlingsarbeit). Andere Projekte wie z. B. eine Tiertafel in Essen werden im „Vorübergehen“ angegangen und etabliert und, wenn es sinnvoll ist, ausgegliedert. Wir machen sehr gerne Ehrenamt populär, sind das Sprachrohr von ehrenamtlichem Engagement in Essen über soziale Medien. Daraus resultiert eine Verantwortung, auch anderen Ehrenamtlichen zur Seite zu stehen, wenn diese z. B. Einzelkämpfer sind.



Gruppenbild des Teams „Suppenfahrrad“.

Was wir erreichen wollen:

Jetzt habt ihr uns auf dem falschen Fuß erwischt. In unseren Leitlinien steht „gemeinsam definierte Ziele erreichen“. Wir sind nicht angetreten, um ein Ziel zu erreichen. Wir haben es umgekehrt gemacht: erst gemacht und dann gesehen, dass wir was erreicht haben. Wir möchten unbewusst mit einer funktionierenden Nachbarschaft(shilfe) den Nährboden des Bevölkerungsschutzes bilden. Wir möchten das Wort Bevölkerungsschutz populärer machen und gleichzeitig für – nettes Modewort – Resilienz der Bevölkerung sorgen. Im Zeitalter von Naturkatastrophen und Terrorgefahr. Und dies alles mithilfe von sogenannten sozialen Medien.

Was uns besonders macht:

Die Menschen. Klingt abgedroschen? Wenn wir es näher erklären, wird deutlich, was wir meinen: Bei „Essen packt an!“ gibt es Manager, alleinerziehende Mütter, Arbeitslose, Rentner, Ex-Wohnungslose. Politisch links, rechts, mittig usw.

Wir stellen den gesamten Querschnitt einer Bevölkerung. Entstanden durch eine massive Gewitterfront Pfingsten 2014 lernten sich völlig Unbekannte kennen, Altbekannte trafen sich wieder. Hand in Hand wurde gemeinsam angepackt. Zwei besondere, nicht so offensichtliche, Dinge sind, dass ca. 60 Prozent der Anpackenden selber mittellos



Gelebtes soziales Netzwerk: Das Suppenfahrrad.

sind und auch eine sehr hohe Frauenquote, entgegen dem Trend beim Ehrenamt.

Das offensichtlich Besondere ist, dass wir den Worten „soziales Netzwerk“ quasi seiner namentlichen Bestimmung helfen, zu diesem zu werden. Lautstark die Worte „soziales“ und „Netzwerk“ stets betonen.

Was Ehrenamt/freiwilliges Engagement für uns bedeutet:

Eigentlich sind wir versehentlich in das reingerutscht, was sich Ehrenamt nennt. Uns wurde nur immer wieder von außen bewusst gemacht, dass wir was Ehrenamtliches machen. Wir wollten eigentlich nur helfen. Heute würden wir sagen, dass es eine schöne Anerkennung ist, dass dieses Wort „Ehrenamt“ existiert. Und dass es mittlerweile auch für Spontanhelfer wie uns verwendet wird. Denn Ehrenamt ist wichtig in Deutschland. Ohne Ehrenamt würde dieses Land nicht funktionieren. Wir unterstützen viele ehrenamtliche Organisationen in unserem Netzwerk sehr gerne. Mit Ideen, manchmal Geld oder Sachspenden, aber meistens mit anpackender „Frauen“- und „Man“power.



Tatkräftige Hilfe vor Ort durch „Anpacken“. (Fotos: Projekt Essen packt an!)

Wie wir zu finden sind:

www.facebook.com/Essenpacktan
www.twitter.com/Essen_packt_an
www.essenpacktan.ruhr

Innovatives Konzept: Projekt „Sicheres Flüchtlingsheim“

Wir sind ...

... eine Kooperation aus dem Kreisfeuerwehrverband Dahme-Spreewald e.V., der Polizeidirektion Süd Inspektion Königs-Wusterhausen, der Johanniter Unfallhilfe Dahme-Spreewald, dem Landkreis Dahme-Spreewald, dem Amtsgericht Wildau und vielen ehrenamtlichen Sprachmittlern. Unser Konzept Sicheres Flüchtlingsheim wurde auf der Tagung „Interkulturelle Kompetenz im Einsatz“ des Landkreises Dahme-Spreewald im November 2015 ins Leben gerufen.



Präventionsveranstaltungen vermitteln auch Wertebewusstsein.

Was wir machen:

Ein gemeinsames Miteinander prägt die Basis für erfolgreiche Präventionsveranstaltungen. Statt Frontalunterricht im klassischen Sinne wird unter Einbeziehung multimedialer Mittel Wertebewusstsein vermittelt. Veranstaltungsort ist die Gemeinschaftsunterkunft.

Themenschwerpunkte und eingesetzte Mittel:

- Drogenprävention, Verkehrserziehung, Radfahrprüfung durch Polizeiinspektion Dahme-Spreewald. Genutzt werden mehrsprachige Videos und Präsentationen, z. B. wie die Arbeit der Polizei in Deutschland funktioniert bzw. stellt die Unterschiede von Sicherheitsdiensten, Bahn, Polizei, Feuerwehr dar.
- Brandschutzerziehung, Stellwertwert der Feuerwehr in der Gesellschaft durch Kreisfeuerwehrverband Dahme-Spreewald, nutzt mehrsprachige Brandschutzfibel, in der das Verhalten im Brandfall, die Notwendigkeit von Rauchmeldern und Hinweisschildern, aber auch die Zusammenarbeit der verschiedenen Rettungsorganisationen bildhaft und sprachlich dargelegt wird.
- Erste Hilfe durch Johanniter Unfallhilfe Dahme-Spreewald.
- Geplant: Themen wie Religion, Frauen in Deutschland, Rechtsstaat und Grundgesetz gemeinsam mit dem Amtsgericht Königs Wusterhausen.

Für die Einsatzkräfte wurde ein „Einsatzwörterbuch“ erarbeitet, das mit Hilfe von Laut- und Schreibschrift die wichtigsten Fragestellungen beinhaltet. Die fortlaufende

Schulung aller Hilfsorganisationen der interkulturellen Kompetenz im Einsatz von Rettungskräften und Polizei soll stets an aktuelle Situationen angepasst werden.

Was wir erreichen wollen:

Das gemeinsame Ziel ist es, praxisnahe Präventionsarbeit für Kinder und Erwachsene in den vorhandenen Gemeinschaftsunterkünften zu leisten, um das bestehende Fehlverhalten zu verhindern bzw. zu minimieren. Denn ein vertrauensvoller Dialog und gegenseitiger Respekt im täglichen Zusammenleben sind Voraussetzungen für eine friedliche und sicherere Zukunft in unserer zunehmend multikulturellen deutschen Gesellschaft.



Gemeinsames Miteinander in der Gemeinschaftsunterkunft als Basis für erfolgreiche Präventionsveranstaltungen

Was uns besonders macht...

ist die gemeinschaftliche Organisation von Präventionsveranstaltungen in den Gemeinschaftsunterkünften. Ein weiterer sehr entscheidender Vorteil ist die Vernetzung von themenübergreifenden Schwerpunkten. Das Prinzip: Jeder weiß genau was der andere aktuell thematisiert und wo eventuell nachgesteuert werden müsste.

Was „Freiwilliges Engagement“ für uns bedeutet:

Freiwilliges Engagement in einer sehr schnelllebigen und hektischen Zeit konstant aufrecht zu halten, erfordert sehr oft Überzeugungskraft. Dabei sollte man die Strukturen möglichst flach und unkompliziert halten. Denn nur gemeinsam kann man Projekte wie dieses flächendeckend und nachhaltig gestalten.



Verkehrserziehung und Radfahrprüfung durch die Polizeiinspektion Dahme-Spreewald. (Fotos: Projekt „Sicheres Flüchtlingsheim“)

Wie wir zu finden sind:

<http://www.kfv-lds.de/cms/kreisfeuerwehrverband/fach-ausschuesse/brandschutzerziehung.php>

Innovatives Konzept: Projekt „Unser Notarzt“

Wer wir sind:

Warum: Die Notarztversorgung bereitet einigen Bundesländern zunehmend Schwierigkeiten. Der Notarztstandort Adenau in Rheinland-Pfalz (exemplarisch) war in den vergangenen Jahren einer der am häufigsten abgemeldeten (!) Notarztstandorte.

Von wem: Arbeitsgruppe UNSER* NOTARZT wurde Anfang 2015 im Förderverein St. Josef-Krankenhaus Adenau am Nürburgring gegründet

Zusammensetzung des Projektteams: Verbandsgemeindebürgermeister, Vertreter von Hausärzten, Mitglieder des Fördervereins, Medizinstudenten, Notfallsanitäter und Rettungsassistenten sowie Notärzte rund um den Notarztstandort Adenau



Logo des Projekts „Unser Notarzt“

Was wir machen:

Zielgruppe:

Medizinstudenten, Notfallsanitäter, Notärzte, Menschen im regionalen / überregionale Katastrophenschutz, die gemeinsam trainieren, in der Notfallmedizin und im Sport, dabei Ideen zur Optimierung des Notarztstandortes rund um die legendäre „Grüne Hölle“ und darüber hinaus schaffen. UNSER* Weg.

Ein besondere Gewichtung liegt in der nachhaltigen notärztlichen Nachwuchsförderung. Diese wird vielschichtig, u. a. durch den gemeinschaftlichen Aufbau von patientenzentrierten Simulationstrainings, der Ausbildung von Medizinstudenten, Notärzten und Notfallsanitätern zu sogenannten Instruktoren für Teamtrainings, aber auch durch wissenschaftliche Fachveröffentlichungen und Austausch mit Notarztstandorten in europäischen Nachbarländern aktiv umgesetzt.

Öffentlichkeitsarbeit - „WIR* kennen die Gefahr!“. Mit Projektlogos wurde eine Corporate Identity geschaffen, welche weiteren Notarztstandorten die Erreichung unserer Projektziele ebenfalls ermöglichen kann.



Werbeflyer des Projekts „Unser Notarzt“.
(Abbildung: Förderverein St. Josef-Krankenhaus Adenau e.V.)

Was uns besonders macht:

Wir fördern die immer wichtiger werdende Kombination von medizinisch-technischen und nicht-medizinischen Fertigkeiten, sogenannten Human factors (z. B. Kommunikation, Durchhaltevermögen, Teamorganisation), aber auch gesundheitsökonomische Aspekte und die Orientierung der Handlungsmaxime an wissenschaftlich belegbaren Behandlungspfaden.

Diese verschiedenen Aspekte werden in den Teilprojekten aktiv und ausgezeichnet durch Notärzte, Medizinstudenten und Notfallsanitäter gemeinsam umgesetzt und können als beispiel- und impulsgebend für andere ländliche Notarztstandorte in Rheinland-Pfalz angesehen werden.

Das Projekt benennt, konstruktiv und engagiert, eine „Lücke“ in der Finanzierung von ländlichen Notarztstandorten, in einigen Bundesländern sind Notarztstandorte von den Kostenträgern nicht voll finanziert.

Die Folge: es werden flächendeckend freiberufliche Notärzte eingesetzt (kostengünstiger), Aspekte wie Qualitätssicherung, Nachwuchsgewinnung und Ausbildung spielen eine untergeordnete Rolle, können aber überlebenswichtig sein.

Was Ehrenamt / freiwilliges Engagement für uns bedeutet:

Notfallmedizin und Katastrophenschutz haben bei uns, rund um die legendäre Nordschleife, jahrzehntelange Tradition – Innovation auch!

Ehrenamtliches Engagement ist für uns dabei der „Kitt“ der Gesellschaft, schafft Verbindungen zwischen Generationen, fördert gegenseitige Lernprozesse und ist in der Lage Leben zu retten.

Wie wir zu finden sind:

www.unser-notarzt.de
<https://www.facebook.com/UnserNotarzt/>

Nachwuchsförderung: Projekt „Inklusive Schulsanitätsdienst Kooperation Bersenbrück“

Wer wir sind:

Die inklusive Kooperation in Bersenbrück ist der gemeinsame Schulsanitätsdienst des Gymnasiums und der Paul-Moor-Schule aus Bersenbrück, einer Ganztageseinrichtung für Kinder und Jugendliche mit geistiger / körperlicher Behinderung.

Wir als Malteser Alfhausen sind Träger dieser Aktion und bringen seit mehreren Jahren unsere bewährten Konzepte sowie unsere Fachkunde in diese Kooperation ein!

European Network „Expect the unexpected.“ Als Netzwerk-Projekt möchten wir Impulse für andere ländliche Notarztstandorte und die notfallmedizinische Entwicklungen in unserer Region und darüber hinaus liefern. 2015: Besuch des Advanced Trauma Team der London Air Ambulance; 2016: Besuch der Air Zermatt in der Schweiz.

Innovation & Tradition – „Bei UNS* hat Notfallmedizin Tradition – Innovation auch.“ Seit Gründung der Rennstrecke steht auch die Traumaversorgung im Mittelpunkt. WIR* haben gezeigt, was im Bereich der präklinischen Notfallmedizin innerhalb kürzester Zeit möglich ist, wenn Ausbildung, Training im Team und der Einsatz von High-Tech in der Präklinik zusammen kommen. 2015: Einführung eines mobilen Ultraschallgerätes am Notarztstandort Adenau (finanziert durch Spenden); 2016: Veröffentlichung zum Thema Notfallsonographie und Beschreibung eines „neuen“ notfallsonographischen Phänomens. Nächstes Ziel: Erwerb eines Simulationstrainingssets und Ausbildung von Trainern.

Fundraising – „UNSER* NOTARZT ist IHR* NOTARZT“ WIR* sind ausgezeichnet. Erster Platz beim Zukunftspreis Heimat der Volksbank RheinAhrEifel eG im Jahr 2016 und jüngst die Nominierung für den Deutschen Engagement Preis 2016 und den Förderpreis Helfende Hand. Aber auch IHRE* Unterstützung zählt – durch Spenden oder logistische Hilfe!

Was wir erreichen wollen:

Eine nachhaltige Steigerung der notärztlichen Versorgungsqualität besonders an ländlichen Notarztstandorten soll u. a. durch Einführung von innovativen Techniken erreicht werden, berufliche Perspektiven im Bereich der Notfallmedizin entstehen.

Das Projekt UNSER* NOTARZT dient als übertragbare Strategie zur regionalen, nachhaltigen notärztlichen Nachwuchsgewinnung und Ausbildung.

Was wir machen:

Ob normaler Unterrichtsbetrieb, Sportfest oder Konzert der eigenen Big Band – der Malteser Schulsanitätsdienst ist immer dabei! Wir bilden die optimale Verbindung zwischen dem Zeitpunkt des Notfalls und dem Eintreffen des Rettungsdienstes. Hierfür sind unsere Schülerinnen und Schüler als Sanitäter schichtweise im Dienst und werden über ein Handy alarmiert.

Was wir erreichen wollen:

Ziel des Projekts ist zum einen die Gewinnung neuer Helfer für den Bereich unserer aktiven Katastrophenschutzeinheit und zum anderen die intensive Ausbildung einer hohen Anzahl an Schülern in Bereichen der Ersten Hilfe. Auch wenn nicht jeder Schüler zum Malteser wird, ausgebildete Ersthelfer kann es nie genug geben!

Was uns besonders macht:

Schulsanitätsdienste gibt es viele. Auch gibt es häufig eine gute Anbindung an die jeweiligen HiOrgs. Aber die Kooperation eines Gymnasiums mit einer Tagesbildungsstätte für geistig behinderte Kinder ist absolut einzigartig. Die Zusammenarbeit endet nicht nach der Ausbildung. Es gibt gemeinsame Fortbildungen und Ausflüge. Darüber hinaus werden größere Veranstaltungen gemeinsam abgesichert. Diese Zusammenarbeit ist etwas ganz Besonderes für beide Seiten und auch für uns als Malteser. Dieses Projekt ist gelebte Inklusion.



Ausgebildete Ersthelfer kann es nie genug geben!
(Fotos: Projekt „Inklusive Schulsanitätsdienst Kooperation Bersenbrück“)

Was Ehrenamt / freiwilliges Engagement für uns bedeutet:

„Weil Nähe zählt ...“ dieser Satz spielt bei den Maltesern eine zentrale Rolle.

Dies versuchen wir unseren Sanitätern zu vermitteln. Weil Ehrenamt bei den Maltesern halt mehr ist, als nur ein Ehrenamt!

Wie wir zu finden sind:

<http://www.malteser-alfhausen.de/dienste-und-leistungen/junge-leute/schulsanitaetsdienst.html>

http://www.gymbsb.de/?page_id=4046

Nachwuchsförderung: Projekt „Vom Schülersani zum Katastrophenschutz Helfer“

Wer wir sind:

Wir sind der ASB in Worms und das Gauß-Gymnasium in Worms und haben uns aufgrund bestehender Kontakte zusammengeschlossen, um Schülerinnen und Schülern ab der Klassenstufe 10 die Ausbildung zum Schulsanitäter zu ermöglichen.

In den folgenden Schuljahren haben alle Interessierten die Möglichkeit, durch weitere Ausbildungen im Katastrophenschutz aktiv zu werden.

Insgesamt haben wir derzeit 47 aktive Schüler im Schulsanitätsdienst.

Knapp die Hälfte davon engagiert sich durch den Kontakt durch die Schule direkt oder durch den Kontakt zu bereits aktiven Schülern seitdem auch beim ASB.



Schüler und Schülerinnen sind als Sanitäter schichtweise im Dienst.



Junge Helfer von heute sind Multiplikatoren und erfahrene Helfer von morgen.
(Foto: Projekt „Vom Schülersani zum Katastrophenschutz Helfer“)

Was wir machen:

Anfangen vom Schulsanitätsdienst, der in der Schule oder bei Schulveranstaltungen bei allen kleinen oder auch größeren Notfällen zum Einsatz kommt bis hin zum Katastrophenschutz in der Schnelleinsatzgruppe Betreuung sind die Tätigkeiten sehr abwechslungsreich und vielseitig. Bei Interesse haben die Schüler auch die Möglichkeit, eine Lehrberechtigung für den Bereich Erste Hilfe zu erwerben, sobald sie volljährig sind.

Was wir erreichen wollen:

Wir wollen erreichen, dass die Schüler bereits im Schulalltag Verantwortung übernehmen und im Notfall helfen. Diese Hilfe leisten sie im Bereich des Katastrophenschutzes dann für die gesamte Bevölkerung. Außerdem geben die aktiven Schüler ihr Wissen regelmäßig an die nachfolgenden Jahrgänge weiter. Ganz nach dem Motto: Schüler machen Schule.

Was uns besonders macht:

Die Besonderheit ist eine von beiden Seiten unterschriebene Kooperationsvereinbarung, die die Aus- und Fortbildungen für die jeweiligen Jahrgänge beschreibt und durch die die Schüler im Katastrophenfall und bei Einsatz der SEG vom Unterricht befreit werden und bei der Einheit des ASB aktiv sein können. Durch die Ausbildungen und Einsatzmöglichkeiten im Bevölkerungsschutz profitieren die Schüler zudem, indem sie lernen wie wichtig Zuverlässigkeit, Verantwortungsbewusstsein, Teamfähigkeit und soziales Engagement für Mitmenschen sind.

Was Ehrenamt/freiwilliges Engagement für uns bedeutet:

Freiwilliges Engagement und Ehrenamt sind ein wesentlicher Bestandteil des Zusammenlebens unserer Gesellschaft. Die Übernahme von Verantwortung und der

Einsatz für andere Menschen, die Hilfe benötigen, sollten jungen Menschen frühestmöglich nahe gebracht werden. Junge Helfer von heute sind Multiplikatoren und erfahrene Helfer von morgen und für den Bevölkerungsschutz unverzichtbar.

Wie wir zu finden sind:

www.asb-worms.de
www.gauss-worms.de

Nachwuchsförderung: Projekt „Jeder kann ein Held sein“

Wer wir sind:

Wir sind Studenten der Charité und der Freien Universität Berlin, die sich für die Verbreitung von Erste-Hilfe Kenntnissen einsetzen. Viele der Mitglieder sind Brandenburger oder dort aufgewachsen. Auch bei uns ist die Bereitschaft zu helfen so gering wie im Bundesschnitt (je nach Quelle: 17-25 Prozent der Passanten leisten Hilfe wenn benötigt).

In einem Flächenland wie Brandenburg ist die verzögerte Hilfe ein großes Problem, da der Rettungsdienst manchmal lange Strecken zurücklegen muss, um zum Patienten zu kommen. Die ersten Minuten können bei einem Herzinfarkt oder Unfällen über die spätere Lebensqualität und sogar das Überleben des Patienten entscheiden. Natürlich gibt es dazu Erste-Hilfe Kurse, für den Führerschein müssen diese besucht werden, und auch in den Betrieben sind sie in einem zweijährigen Turnus verpflichtend.

Leider, und das wissen wir aus Erfahrung, weil viele von uns für die Hilfsorganisationen als Erste-Hilfe Ausbilder gearbeitet haben, ist den meisten, die in solchen Kursen sitzen (müssen) die Wichtigkeit dieses Themas für sich, aber auch für Mitmenschen und Familienmitglieder nicht

einmal im Ansatz bewusst. Dementsprechend unmotiviert sitzen diese Menschen in den Kursen, aber am Ende bekommt jeder seinen Schein.

Die Grundschüler dagegen lernen mit Begeisterung und Neugier, sind aber von nationalen Erste-Hilfe Programmen fast völlig ausgenommen. Hier erkannten wir eine Lücke. Wir haben das Projekt mit der Unfallkasse Brandenburg zusammen ins Leben gerufen, die UKBB hat uns dazu mit 40 aufblasbaren Erste-Hilfe-Puppen unterstützt.

Die meisten Mitglieder unseres Vereins sind noch in anderen HiOrgs tätig, außerdem sind mittlerweile auch ein paar Berufsretter aus den Rettungsdiensten der Kreise Spree-Neiße und des Landkreises Oder Spree dazu gestoßen und helfen uns bei der Ausbildung.

Zu den Medizinstudenten der Charité gesellen sich auch Pharmaziestudenten. Manche arbeiten nebenbei als Dozenten an den Rettungsschulen in Berlin und Brandenburg.

Die Studenten der Charité profitieren hierbei davon, dass das Ausbilden von Anderen in Erster Hilfe im sechsten Semester integraler Bestandteil des Lehrplans ist; jeder muss andere in den lebensrettenden Sofortmaßnahmen unterweisen können.

Der Verein „Pépinière e.V.“ wurde 2016 in Frankfurt/Oder gegründet, mit dem Ziel Spenden sammeln zu können. Das Wort kommt aus dem französischen, und bedeutet Baumschule oder auch Pflanzschule. Der Name geht zurück auf die von Johann Goercke im Auftrag des preussischen Königs Friedrich Wilhelm II als „Pflanzstätte“ für neue Militärärzte gegründet, weil er erkannte, dass seine Wundärzte nicht wirklich große Leuchten ihrer Zunft waren. Zu ihren Ehren steht ein Denkmal beim Berliner Bundeswehrkrankenhaus.

Das besondere an der Pépinière war dabei, dass jeder unabhängig von Stand und Vermögen studieren durfte, das war damals neu in Preußen. So konnten erstmals Leute studieren, denen vorher ein Studium verwehrt blieb.

Auch wir wollen so handeln, und allen Schulen überall, unabhängig von Geld, diese Ausbildung ermöglichen. Wir arbeiten also für Schulen und Schüler kostenlos, und finanzieren uns nur über Spenden, weil wir glauben, dass nur ein freier Zugang zu Bildung bei der Verbreitung der Erste-Hilfe-Kenntnisse helfen kann.

Am Ende waren viele Absolventen der Pépinière bedeutende deutsche Ärzte und sogar Nobelpreisträger, und wer weiß, vielleicht rettet mal einer der von uns ausgebildeten Schüler ein Leben und wird damit zu dem Helden, der er sein kann. Unser Verein also als „Pflanzstätte“ für neue Helden.



Grundschüler lernen mit Begeisterung mit den Erste-Hilfe-Puppen. (Projekt „Jeder kann ein Held sein“)

Als ehemaliger Sanitätssoldat im BwK Berlin hatte ich mich mit einem Fahnenjunker SanOA für Pharmazie zusammengetan, um die Sache anzustoßen. Dass wir einen militärischen Hintergrund haben, hat sicher auch eine Rolle gespielt, wir werden aber weder von der Bundeswehr unterstützt, noch stehe ich als Vorstandsvorsitzender aktuell in einem Dienstverhältnis.

Was wir zusätzlich machen:

Wir klären über die Wichtigkeit von Prävention auf, engagieren uns für gesundheitsbildungs-politische Themen und veröffentlichen Artikel.

Wir wollen versuchen unsere Erfolge wissenschaftlich auszuwerten. Aber der wichtigste Punkt unserer Arbeit im Projekt ist natürlich, dass wir viele Schüler in Erster Hilfe ausbilden, von einzelnen Klassen bis zu ganzen Grund- und Oberschulen mit mehr als 200 Schülern.

Hierfür haben wir einen Ausbilderpool aufgebaut, da bei solchen Aktionen auch gerne mal bis zu 18 Ausbilder über drei Tage benötigt werden. Unsere Ausbilder nennen sich allerdings „Heldenmacher“, in Anlehnung an das Projekt.

Die Grundschüler bekommen ein echtes „Heldendiplom“. Dafür haben wir einen speziellen Lehrplan in Rücksprache mit anderen Ausbildern und Dozenten von Rettungsschulen erstellt. Es gibt vier Themenblöcke, die an allen Tagen behandelt werden. Das wichtigste Thema ist der Selbstschutz, dann Reanimation und stabile Seitenlage, Verbände und schließlich Rettungsdienst und Katastrophenschutz. Die Aktionen gehen über drei Tage, und finden im Rahmen von Projektwochen statt, in denen Kinder im schulischen Rahmen Wandzeitung und ähnliches zum Thema Erste-Hilfe erstellen müssen.

Unser Anteil dabei geht über zwei Tage Ausbildung und ein Tag Heldenprüfung, dieser Ansatz der Erfolgskontrolle ist bisher nicht Teil der Ersten-Hilfe Ausbildung, verbessert den Lernerfolg aber bedeutend. Außerdem nutzen wir den Tag der Heldenprüfung, um den Schülern den Bevölkerungsschutz und das Ehrenamt vorzustellen, dazu laden wir THW, Feuerwehren und HiOrgs sowie die Rettungsdienste ein, die den Kindern ihre Technik und Aufgabenbereiche vorstellen können, große, laute und blaublinkende Autos – Sie können sich vorstellen, dass das bei den Grundschulern großen Eindruck hinterlässt. Einige der Schüler haben so schon den Weg in die HiOrgs und Jugendwehren gefunden.

Was wir erreichen wollen:

Wir wollen die Verbreitung von Erste-Hilfe Kenntnissen vorantreiben. Wir wollen die Sensibilität für das Erkennen von Notlagen und – als wichtigsten Punkt – die Bereitschaft zur Hilfe fördern.

Außerdem wollen wir junge Menschen für das Ehrenamt im Katastrophenschutz begeistern, denn die in Zukunft wachsenden Anforderungen an den Katastrophenschutz führen dazu, dass immer mehr Hände gebraucht werden, ein Weg dazu ist ohne Frage die Jugendarbeit.

Was uns besonders macht:

Wir arbeiten für Schulen und Schüler kostenlos, und betreiben das Projekt aus Mitgliedsbeiträgen und Spenden. Wir haben ein für die Kinder erstelltes spezielles Lernkonzept, das über mehrere Tage geht, und eine Lernerfolgskontrolle einschließt.

Wir arbeiten bevorzugt auf dem flachen Land, versuchen in Dörfer zu kommen und vor Ort Ausbildung zu machen. Wir bilden ganze Schulen von der 1. bis zur 10. Klasse (und wenn gewünscht auch darüber hinaus, kam bisher aber noch nicht vor) in Erster Hilfe aus, und schaffen dabei gleich eine Vernetzung zu lokalen Kat-Schutzgruppen und Feuerwehren, und versuchen so die Nachwuchsarbeit voranzutreiben.

Unsere „Heldenmacher“ arbeiten kostenlos, und sind in ihrem normalen Leben Medizinstudenten, Rettungsassistenten, Notfallsanitäter und Soldaten. Wir arbeiten für alle Organisationen des Bevölkerungsschutzes gleichermaßen und bevorzugen keinen, da wir von allen unabhängig sind.

Was Ehrenamt /freiwilliges Engagement für uns bedeutet:

Sich für die Gesellschaft einzusetzen, ohne eine monetäre Gegenleistung zu verlangen. Und da zu arbeiten, wo Hilfe nötig ist.

Wie wir zu finden sind:

<https://www.facebook.com/dieHeldenmacher>

Unterstützung des Ehrenamts: Projekt “Freistellung von Beschäftigten für ehrenamtliches Engagement“

Wer wir sind:

Sinnhaftigkeit – Flexibilität – Verlässlichkeit – Gemeinschaft – Vielfalt.

Diese fünf Begriffe spiegeln am besten die Ansprüche der Landeshauptstadt München nach außen wie nach innen wider. Sie sind die Pfeiler der städtischen Arbeitgebermarke, die zeigt, wie wir uns als Unternehmen verstehen. Werte, wie ein verlässliches Miteinander, Einsatzbereitschaft und eine auf Offenheit und gegenseitigem Verständnis aufbauende Unternehmenskultur sind uns genauso wichtig wie die Bedürfnisse der Beschäftigten nach Arbeitsplatzsicherheit, Weiterbildung, Vereinbarkeit von Beruf und Familie sowie möglichst gesundheitsfördernden Arbeitsbedingungen.



Landeshauptstadt
München

Wie wir das Ehrenamt fördern:

a) Keine Benachteiligung aufgrund Engagements

Leider keine Selbstverständlichkeit: Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sowie entsprechend auch Beamtinnen und Beamte, die sich ehrenamtlich im Hilfs- und Rettungsdienst, freiwilligen Feuerwehrdienst und Katastrophenschutz betätigen, werden bei der Landeshauptstadt München aufgrund ihres Engagements im Arbeits- bzw. Beamtenverhältnis sowie in der Sozial- und Arbeitslosenversicherung nicht benachteiligt.

b) Freistellung vom Dienst

Grundsätzlich gilt: Einsatzkräfte von freiwilligen Feuerwehren und THW und alle Personen, die von diesen zu Hilfeleistungen herangezogen werden, haben bei der Landeshauptstadt München Anspruch auf uneingeschränkte, bezahlte Freistellung von der Arbeit während Einsätzen und für einen angemessenen Zeitraum danach. Bei anderen Hilfs- und Rettungsorganisationen ist eine Höchstgrenze von fünf Arbeitstagen pro Jahr vorgesehen.

In der Vergangenheit hat die Stadt München jedoch insbesondere in Notsituationen immer großzügige Freistellungsregelungen getroffen und alle Beschäftigten stadtwweit unverzüglich informiert. So genehmigen wir städtischen Beschäftigten beispielsweise für eine akut erforderliche Flüchtlingsbetreuung eine bezahlte Freistellung für eine Tätigkeit, z. B. beim Bayerischen Roten Kreuz (BRK), auch über die eigentlich vorgesehene Höchstgrenze von fünf Arbeitstagen hinaus im erforderlichen Umfang inkl. notwendiger Ruhezeiten.

Auch in anderen Notsituationen, wie z. B. bei Hochwasser, unterstützen wir als Stadt München selbstverständlich die Betroffenen durch Freistellungsregelungen.

Daneben gewähren wir Beamtinnen und Beamten sowie städtischen Tarifbeschäftigten für die Teilnahme an

Ausbildungs- und Fortbildungsveranstaltungen der Hilfs- und Rettungsorganisationen bis zu fünf Arbeitstagen im Kalenderjahr bezahlte Dienstbefreiung.

Warum wir das Ehrenamt fördern:

Die Förderung und Anerkennung des bürgerschaftlichen Engagements ist der Landeshauptstadt München ein wichtiges Anliegen. Nach unserem Grundverständnis ist bürgerschaftliches Engagement jede freiwillige, selbstbestimmte, unentgeltliche und zielgerichtete Tätigkeit, die der Verbesserung sowohl des persönlichen Lebensumfelds als auch des Gemeinwesens dient. Die Engagierten greifen gesellschaftliche Herausforderungen auf und gelangen durch Eigeninitiative zu innovativen Lösungsansätzen. Das Engagement lebt von den Fähigkeiten, Kompetenzen und Interessen der Engagierten.

Die Landeshauptstadt München sieht das Engagement als Chance für die persönliche Weiterentwicklung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Es bietet eine Möglichkeit, sich mitunter auch mit fremden Lebenswelten auseinandersetzen zu können und dabei unterschiedlichste Erfahrungen zu sammeln. Die erworbenen Fähigkeiten und Kompetenzen können in das jeweilige Arbeitsumfeld eingebracht werden. Neben der Förderung sozialer Kompetenzen, ergibt sich auch ein Gemeinwohlaspekt.

Der große Stellenwert des bürgerschaftlichen Engagements für die Landeshauptstadt München wird auch im politischen Handeln sichtbar.

In seiner Resolution vom 09.09.2015 hat der Münchner Stadtrat darauf hingewiesen, dass die in München schutzsuchenden Flüchtlinge die Stadt vor eine große Aufgabe stellten. Ihnen unbürokratisch humanitäre Hilfe zukommen zu lassen, sei selbstverständlich. Die Versorgung und Unterbringung von Geflüchteten sei Aufgabe von Staat, Land und Kommunen und gehe weit über die ehrenamtlich leistbaren Tätigkeiten hinaus.

Die ehrenamtliche Hilfsbereitschaft trage maßgeblich dazu bei, den hier ankommenden Flüchtlingen zu helfen. Das ehrenamtliche Engagement sei nicht nur sachliche Unterstützung, sondern auch emotionaler Ausdruck der Unterstützung für Geflüchteten und daher unersetzbar.

Darüber hinaus beschloss der Stadtrat in der Sitzung der Vollversammlung am 16.03.2016 die Erarbeitung eines Konzepts unter Einbindung verschiedener Akteurinnen und Akteure, wie das Ehrenamt/ das freiwillige Engagement den Beschäftigten der Landeshauptstadt München noch besser zugänglich gemacht und das Engagement Beschäftigter noch besser gefördert und unterstützt werden kann.

Was Ehrenamt/freiwilliges Engagement für uns bedeutet:

Die Förderung des bürgerschaftlichen Engagements ist eine Kernaufgabe in vielen Bereichen der Stadtverwaltung. Die Landeshauptstadt München lebt von einer engagierten Zivilgesellschaft und leistet als Arbeitgeberin mit ihren ehrenamtlich engagierten Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern einen entscheidenden Beitrag zum Gelingen dieser Engagementkultur.

Wie wir zu finden sind:

Internet: <http://www.muenchen.de>

XING: <https://www.xing.com/company/landeshauptstadt-muenchen>

Unterstützung des Ehrenamts: Projekt „Unsere Feuerwehr“

Wer wir sind:

Die Serie erscheint im Lokalteil der Braunschweiger Zeitung. Im Schnitt veröffentlichen wir alle drei bis vier Wochen eine Folge. Verantwortlich ist Redaktionsleiter Henning Noske. Die Artikel und Fotos liefert der freie Mitarbeiter Rainer Heusing – in seiner Hand liegt auch die Koordination.

Wie wir das Ehrenamt fördern:

In der Serie werden alle 30 Ortsfeuerwehren der Stadt Braunschweig inklusive der 30 Jugendfeuerwehren und 18 Kinderfeuerwehren jeweils in einem eigenen Artikel dargestellt und gewürdigt.

Darüber hinaus gibt es regelmäßig Berichte über besondere Aktionen und Veranstaltungen wie z.B. den ökumenischen Florianstag, Jubiläen der Feuerwehren und Wettkämpfe.

Das alles erfolgt selbstverständlich parallel zur Berichterstattung über das Tagesgeschäft der Berufsfeuerwehr Braunschweig und der Freiwilligen Wehren.

Warum wir das Ehrenamt fördern:

Die Freiwilligen Feuerwehren sind unverzichtbar beim Brandschutz, bei der Katastrophenhilfe und bei Rettungseinsätzen. Sie leisten einen immensen Beitrag für die Gesellschaft – und das ehrenamtlich.

Das Anliegen der Braunschweiger Zeitung ist es, diesen wertvollen Einsatz in allen Facetten zu zeigen und zu würdigen.

Zum einen ist dadurch das Ansehen der Freiwilligen Feuerwehren in Braunschweig gewachsen – sie hat eine viel stärkere Präsenz, wird besser wahrgenommen. Zum anderen gilt es, den Nachwuchs zu sichern. Das gelingt sehr gut: Entgegen dem Trend in vielen Vereinen ist die Mitgliederzahl bei den Ortsfeuerwehren in Braunschweig stabil, die Kinder- und Jugendfeuerwehren verzeichnen einen Mitgliederzuwachs.

Wichtig ist uns auch noch ein weiterer Aspekt: Die Freiwillige Feuerwehr ist in den zum Teil dörflichen Ortsteilen ein nicht wegzudenkender Teil der Gemeinschaft vor Ort.

Hier entstehen Freundschaften, hier werden Zugezogene integriert, auch Flüchtlinge, hier können sich junge Menschen im Wettkampf messen, hier wird gelernt, Verantwortung zu übernehmen. All das kann nicht stark genug wertgeschätzt werden.

Was Ehrenamt/freiwilliges Engagement für uns bedeutet:

Das Ehrenamt nimmt in der Berichterstattung der Braunschweiger Zeitung seit vielen Jahren großen Raum

Mit den „Feuerföchschen“ fängt es an

Rautheim Oft entfacht ein Schnupperkurs bei der Kinderfeuerwehr eine Leidenschaft fürs ganze Leben.

Von Rainer Heusing

So einfach ist das. Lea, sechs Jahre alt, hat erlebt, wie viel Freude ihrer Freundin Lara (8) das Spielen, Basteln und Lernen in der Gruppe macht. Das erzählte sie ihren Eltern. Und die sagten: „Na, dann mach doch dort auch mit. Dann bist du wieder mit Lara zusammen.“ Bei der beschriebenen Gruppe handelt es sich um die Kinderfeuerwehr, die sich „Rautheimer Feuerföchschen“ nennt.

„Ja“, sagt Luisa Schubert. „So einfach ist das. Mädchen oder Jungen kommen zu uns, um an den Schnupperkursen teilzunehmen. Danach bleiben sie – die Zustimmung ihrer Eltern vorausgesetzt – lange Zeit bei uns“, versichert Luisa Schubert.

Die heute 21-Jährige, Zerspanungsmechanikerin von Beruf, leitet seit zwei Jahren die Kinderfeuerwehr Rautheim, der jetzt 16 Mädchen und Jungen im Alter von sechs bis zwölf Jahren angehören.



Von den 30 Ortsfeuerwehren in Braunschweig verfügen mittlerweile 18 über eine Kinderfeuerwehr. Bereits im Alter von zehn Jahren können Kinder in die Jugendfeuerwehr wechseln. „Auch bei uns bleiben sie lange und können im Alter von 16 Jahren schon in die Einsatzabteilung nachrücken“, berichtet Sven Kohlhaase. Der heute 23-Jährige, auch Zerspanungsmechaniker von Beruf, leitet die Jugendfeuerwehr Rautheim seit einem Jahr.

Der Ortsfeuerwehr Rautheim, die wir heute in der Serie „Unsere Feuerwehr“ vorstellen, gehört Sven Kohlhaase seit 13 Jahren an. Er trat ihr also als Zehnjähriger bei. Nun antworten ja alle Mitglieder auf die Frage, was eine Ortsfeuerwehr auszeichne, so: „Wir sind eine große Familie.“

In Rautheim sind es beispielsweise drei Familien, in denen das Feuerwehr-Gen weitergegeben

wird. Sven Kohlhaase (23) ist Jugendfeuerwehrwart, sein Bruder (32) ebenso in der Einsatzabteilung wie ein Cousin (25) und ein Onkel (61). Dann die Familie Timpe. Vater Thomas (50) war stellvertretender Ortsbrandmeister, Tochter Jennifer (24) ist stellvertretende Jugendfeuerwehrwartin, Sohn Nico (22) in der Einsatzabteilung. Und schließlich die Familie Lehmann. Auch die ist stark vertreten: durch Jennifer Lehmann als Fördermitglied, ihren Ehemann Jens, der von 2003 bis 2015 Ortsbrandmeister war, und die Kinder Fabian (9) und Melina (6).

Angesichts dieser Daten kann Stefan Paul mit Fug und Recht behaupten: „Wir sind gut ausgestattet.“ Damit meint er nicht nur die Personalsituation, sondern auch die sachliche Ausstattung mit den Fahrzeugen und dem Feuerwehrhaus, das vor vier Jahren unter Beteiligung der Mitglieder der Ortswehr saniert wurde.

Stefan Paul (26), Industriemechaniker von Beruf, trat als Zehnjähriger in die Jugendfeuerwehr ein. Vier Jahre war er Jugendfeuerwehrwart. Seit einem Jahr ist er Rautheims Ortsbrandmeister. Stellvertretender Ortsbrandmeister ist Dieter Hoheisel. Der heute 48 Jahre alte Diplom-Sozialpädagoge kann auf eine lange Laufbahn als ehrenamtlicher Feuerwehrmann zurückblicken. 1979 trat er in die Ortswehr Langelsheim ein, 1995, als er zum Studium nach Braunschweig kam, in die Ortsfeuerwehr Querum, 2006 wechselte er in die Ortsfeuerwehr Rautheim.

„Das ist meine dritte Feuerwehr-Station“, sagt Hoheisel. „Aber nirgends war die Aufgabenfülle so faszinierend wie hier in Rautheim.“ (Welche Aufgaben das sind, erläutert Stefan Paul im nebenstehenden Interview.)

Der Feuerwehr-Nachwuchs



Die Kinderfeuerwehr Rautheim ist eine fröhliche Gruppe. Unser Bild zeigt (von links) Lara, Fabian, Melina, Tom, Ben, Lukas und Luca (mit Helm) sowie die Betreuer Thomas Timpe (hinten stehend) und Saskia Mohr (rechts stehend). Auf der Trage liegt Kinderfeuerwehrwartin Luisa Schubert.



Die Jugendfeuerwehr Rautheim: Unser Bild zeigt die Mitglieder Leandro, Joel, Tim und Dustin (mit roten Helmen), außerdem den stellvertretenden Ortsbrandmeister Dieter Hoheisel (links), Jugendwart Sven Kohlhaase und die Betreuerin Jennifer Timpe (Zweite von rechts).

Fotos (2): Ortsfeuerwehr Rautheim

wird aber nicht nur über die Familien und den Freundeskreis gewonnen. Die Werbetrommel muss ständig gerührt werden. Dies geschieht in Rautheim durch die beiden Brandschutz-Erzieher Isabella Ibe und Jörg Stenzel, die in die Kindergärten und die Grundschulen gehen, durch Tage der offenen Tür, durch Beteiligten an Aktionen anderer Veranstalter und durch sehr anschaulich gestalteten Seiten im Internet.

„Wir fahren auch mal eine Übung in einem der Neubaugebiete, beispielsweise im Roselies-Viertel“, berichtet Ortsbrandmeister Stefan Paul. Denn, so erläutert er, neue Mitglieder kämen

hauptsächlich „aus dem alten Dorf“. Rautheim war bis 1974 eine selbstständige Gemeinde im damaligen Landkreis Braunschweig. Daher wünscht sich Stefan Paul, „dass mehr Bewohner aus den Neubaugebieten auf uns neugierig werden“.

■ DIE WEHR IN ZAHLEN

Die Ortsfeuerwehr Rautheim hat 38 Mitglieder in der Einsatzabteilung, 11 in der Altersabteilung, 12 in der Jugendfeuerwehr, 16 in der Kinderfeuerwehr, und 72 sind Fördermitglieder.

DREI FRAGEN AN



Stefan Paul (26 Jahre), Ortsbrandmeister in Rautheim. Foto: Rainer Heusing

Großbrand war Herausforderung

1 Wie viele Einsätze hatte die Ortsfeuerwehr Rautheim im Jahr 2015? Welcher war der schwierigste Einsatz?

Die Ortsfeuerwehr Rautheim wurde im Jahr 2015 insgesamt 53 Mal alarmiert. Darunter waren viele Sturmeinsätze, aber auch der Großbrand der Sporthalle in Lehdorf und die Fluchtlingsankunft am Hauptbahnhof.

2 Können Sie uns Ihr Einsatzgebiet in Umrissen beschreiben?

Es umfasst neben dem Stadtteil Rautheim mit seinem Gewerbegebiet auch die Lindenbergssiedlung, die Mastbruchsiedlung, das neue Baugebiet Roselies, den Schöppenstedter Turm sowie die Autobahn A 39.

3 Die Ortsfeuerwehr Rautheim gehört auch dem Löschzug 84 an. Welche Aufgaben hat er zu erfüllen?

Der Löschzug 84 der Feuerwehr Braunschweig bildet sich aus den Ortsfeuerwehren Mascherode, Rautheim und Melverode. Er besteht in dieser Formation seit Ende 2004. Der Löschzug 84 wird bei Großschadenslagen im Stadtgebiet sowie zur Wachbesetzung der Berufsfeuerwehrewachen alarmiert. Zusätzlich ist die Ortsfeuerwehr Rautheim Teil der Führungsgruppe der Kreisfeuerwehrebereitschaft Braunschweig.

Interview: Rainer Heusing

Artikel über die Rautheimer „Feuerföchschen“ in der „Braunschweiger Zeitung“.
(Foto: Braunschweiger Zeitung)

ein. Ohne Ehrenamtliche würde unser Zusammenleben nicht funktionieren – sie sind der Kitt der Gesellschaft.

Weil uns die Würdigung Ehrenamtlicher wichtig ist, vergibt unsere Zeitung zusammen mit dem Braunschweiger Dom seit nunmehr 13 Jahren den „Gemeinsam-Preis“. Damit zeichnen wir Menschen aus, die sich für andere einsetzen. Bis zu 30 Ehrenamtliche und Projekte stellen wir dazu jeweils ausführlich vor. Unsere Leser entscheiden dann per Telefonabstimmung, welche Kandidaten in die Endrunde kommen. Am Ende sind aber natürlich alle Gewinner – und vor allem großartige Vorbilder. Zur feierlichen Preisverlei-

hung ist der Dom stets voll besetzt. Wir haben dort schon viele sehr bewegende Momente erlebt. Wichtig ist uns auch, an den ausgezeichneten Projekten dranzubleiben: Wir schauen, was daraus wird, und berichten weiterhin darüber.

Wie wir zu finden sind:

www.braunschweiger-zeitung.de

<https://www.facebook.com/braunschweigerzeitung/>

Unterstützung des Ehrenamts: Projekt „Förderung der Hilfsorganisationen in Heide“

Wer wir sind:

Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen des Marktkauf-Centers Heide mit einem ehrenamtlichen Eventmanager.



Ein Dankeschön an das Marktkauf-Center Heide.

Wie wir das Ehrenamt fördern:

Wir unterstützen die Hilfsorganisationen THW und DRK durch Spenden von Eventaktionen wie z. B. großen Tombolas.

Auch die Einnahmen einer Grillhütte wurden den Hilfsorganisationen THW und DRK gespendet.

Unsere Parkfläche steht den Hilfsorganisationen für Aktionen, wie das Präsentieren der Einsatzfahrzeuge / Einsatzmittel zur Verfügung. Bei allen Veranstaltungen wie Sommerfest, Kindertagen, Laternenumzug können sich die Hilfsorganisationen beteiligen. Das DRK verkauft regelmäßig Erbsensuppe, die Erlöse werden dann auch gespendet.

Von Jugendlichen bis Rentner kauft jeder bei uns ein und so konnten wir in der Vergangenheit mit allen ins Gespräch kommen und ein ehrenamtliches Engagement empfehlen. So können vielleicht noch mehr ehrenamtliche Helfer und Helferinnen gewonnen werden.



Kindertag auf dem Gelände des Marktkauf-Center Heide. (Fotos: Projekt „Förderung der Hilfsorganisationen in Heide“)

Warum wir das Ehrenamt fördern:

Wir fördern die Hilfsorganisationen in Heide um den ehrenamtlichen Helfer und Helferinnen etwas für ihren großartigen Einsatz für die Heider Bevölkerung zurückzugeben.

Außerdem möchten wir andere Menschen begeistern, ein Ehrenamt zu übernehmen.

Was Ehrenamt / freiwilliges Engagement für uns bedeutet:

Ehrenamt bedeutet für uns, die Unterstützung einer unverzichtbaren Säule in unserer Gesellschaft und damit unserer Demokratie.

Wie wir zu finden sind:

<http://www.marktkauf-center.de/heide>
www.thw-heide.de
www.facebook.com/thwvohaide

Sonderpreis Integration: Projekt „Aufbau einer Muslimischen Notfallseelsorge Berlin“

Wer wir sind:

Die Muslimische Notfallseelsorge Berlin ist 2015 gegründet worden und hat 2016 ihre Arbeit mit vierzehn ehrenamtlich mitarbeitenden Frauen und Männern aufgenommen. Mit der Muslimischen Notfallseelsorge Berlin, dem Erzbistum Berlin, der Evangelischen Kirche Berlin-Brandenburg-schlesische Oberlausitz (EKBO), Johanniter-Unfall-Hilfe, Malteser Hilfsdienst, Arbeiter-Samariter-Bund, Deutschem Roten Kreuz und Deutscher Lebens-Rettungs-Gesellschaft arbeiten künftig acht Organisationen und Institutionen unter dem gemeinsamen Dach der Notfallseelsorge / Krisenintervention Berlin als Struktur der Psychosozialen Notfallversorgung zusammen (PNSV). Seit 15. Juni 2016 haben vierzehn muslimische Notfallseelgerinnen und Notfallseelger ihren Dienst aufgenommen. Ihre Herkunftsländer sind die Türkei (6), Palästina (1), Pakistan (1), Indien (1), Iran (1) und Deutschland (4).

Was wir machen:

Wird der Bedarf an Notfallseelsorge / Krisenintervention an einem Einsatzort von Feuerwehr, Rettungsdienst oder Polizei erkannt, melden diese das an die jeweilige Leitstelle weiter. Die Leitstelle alarmiert den diensthabenden Notfallseelger oder Kriseninterventionshelfer. Wenn bei der Alarmierung schon spezielle muslimische Seelsorge gewünscht wird, findet das bei der personellen Besetzung des Einsatzes Berücksichtigung. Ebenso wird bei evangelischen, katholischen oder areligiösen Betreuungswünschen verfahren.

Die ehrenamtlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der MNFS sind in Berlin in einem inklusiven Ansatz auf Augenhöhe mit den anderen Trägerorganisationen in das Alarmierungssystem der Notfallseelsorge / Krisenintervention Berlin eingebunden, während im restlichen Bundesgebiet muslimische Seelsorgegruppen nur exklusiv mit dem jeweiligen System verbunden sind.

Was wir erreichen wollen:

Außergewöhnlich belastende Ereignisse wie Unfälle, Gewalt oder Katastrophen rufen bei vielen Menschen vorübergehend starke Reaktionen und Gefühle hervor. Davon können auch Augenzeugen und vor allem Angehörige betroffen sein. Wir möchten, dass Menschen gut begleitet



Symbolbild „Notfallseelsorge“.
(Foto: Muslimische Notfallseelsorge Berlin)

werden, indem sie jemanden an die Seite gestellt bekommen, der u. a. auch ihre Sprache und religiöse und kulturelle Tradition versteht.

Was uns besonders macht:

Während im Bundesgebiet die muslimischen Notfallseelsorgegruppen nur exklusiv eingebunden werden, gehen wir in Berlin bewusst den inklusive Ansatz, da uns die Geschichte hier gezeigt hat, dass nur dieser Weg zu einem erfolgreichen und auf Dauer arbeitsfähigen System führen wird.

Was Ehrenamt / freiwilliges Engagement für uns bedeutet:

Für uns ist es selbstverständlich, dass wir als ehrenamtlich Mitarbeitende, Menschen an einem Wendepunkt in ihrem Leben beistehen. Wir leisten „Erste Hilfe für die Seele“, indem wir „Mehr als Worte“ an die Einsatzstelle bringen.

Wie wir zu finden sind:

fb.me/MuslimischeNotfallseelsorge
notfallseelsorge-berlin.de

Sonderpreis Integration: „Gemeinsam helfen – Integration schaffen“

Wer wir sind:

Die Idee entstand bei einem Willkommensfest für Flüchtlinge. Seit Herbst 2015 haben in Bad Honnef rund 70 Flüchtlinge an insgesamt vier Erste-Hilfe-Kursen teilgenommen.

Rund ein Dutzend von ihnen ist danach regelmäßig zu Fortbildungsabenden gekommen. Die ersten drei Flücht-

linge konnten im März 2016 zu aktiven Malteser-Helfern ernannt werden.

Was wir machen:

Unsere rein ehrenamtliche Gruppe ist vor allem in den Bereichen Sanitätsdienst, Katastrophenschutz, Erste-Hilfe-Ausbildung und Jugendarbeit aktiv. Unsere neuen Helfer machen in allen Bereichen mit, vor allem aber bei Sanitätsdiensten und als Ausbildungshelfer bei der Erste-Hilfe-Ausbildung von Flüchtlingen.

Was wir erreichen wollen:

Ziel unseres Projekts ist es zu zeigen, dass jeder Verein helfen kann, Flüchtlinge in die Zivilgesellschaft zu integrieren. Dazu müssen die Voraussetzungen geschaffen werden, indem man ein Einstiegsangebot macht, Schulungen anbietet und nach und nach die vorhandenen Sprachbarrieren überwindet.

Die teilnehmenden Flüchtlinge erhalten nicht nur eine fachliche Qualifikation, sie integrieren sich auch wesentlich schneller, da sie schneller Deutsch lernen, Kontakte zu Einheimischen knüpfen und sich über die Tätigkeit bei den Malteser Kompetenzen für die spätere Ausbildung und den Arbeitsmarkt erhalten.



Die neuen Malteser-Helfer Abdulsattar Altaee aus dem Irak (links) und Sameer Alkawarrit aus Syrien im Sanitätseinsatz zu Karneval.
(Foto: Ralf Klodt)

Was uns besonders macht:

Wir sind die erste Malteser-Gruppe bundesweit, die Flüchtlinge in ihre eigenen Reihen integriert hat. Die aufgenommenen Flüchtlinge haben dabei dieselben Anforderungen erfüllt wie ihre einheimischen Mitmalteser.

Was Ehrenamt / freiwilliges Engagement für uns bedeutet:

Wie arm wäre unsere Gesellschaft ohne das Ehrenamt? Wir Malteser verstehen uns als Wertegemeinschaft in einer 900-jährigen Tradition. Nächstenliebe und Ritterlichkeit sind bis heute aktuell und gefragt – und auch für Menschen aus anderen Erdteilen und Kulturen attraktiv. Das gemeinsame Ziel, sich für Hilfsbedürftige einzusetzen,



Sameer Alkawaritt (links) und Abdulsattar Altaee im Training
(Foto: Christian Adams).

schaft eine starke Gemeinschaft und ein für die Integration günstiges Klima.

Wie wir zu finden sind:

<http://www.malteser-badhonnef.de> (Homepage)

<http://www.malteser-badhonnef.de/ueber-uns/integration-durch-helfen.html> (Projektseite)

<https://www.facebook.com/mhdbadhonnef> (Facebook)

Sonderpreis Integration: Projekt: „FC Horizont INT“

Was wir schon erreichen konnten:

Mit dem wachsenden Zustrom allein reisender junger Flüchtlinge wurde schnell klar, dass unter ihnen viele ta-

lentierte Fußballer sind, die teilweise in ihren Herkunftsländern in höherklassigen Clubs gespielt haben. Diesen guten Spielern wollen wir eine fußballerische Heimat bieten und grenzen uns insoweit von vielen bereits existierenden Flüchtlingsmannschaften ab.

Fünf Spieler wurden bereits den Nachwuchsleistungszentren von Arminia Bielefeld oder des MSV Duisburg vorgestellt. Einige Spieler konnten zu höherklassigen Vereinen vermittelt werden. Bislang erhielten 18 Flüchtlinge die deutsche Spieler-Lizenz, so dass sie bereits zur Rückrunde der Saison 2015/16 im Liga-Betrieb starten konnten. Der Kader besteht zur Zeit aus 22 Spielern aus sieben Ländern.

Inzwischen sind auch mehrere deutsche Spieler Teil des Kaders, so dass wir hier von einem echten Integrationsprojekt sprechen können. Im August startete das Team – unter dem Dach des SV Rees 1945 e.V. – als neue Mannschaft in die Saison 2016/17. Wir veranstalten auch weiterhin wöchentlich ein Probetraining für interessierte Spieler.

Integration im Fußball und Alltag:

Neben den fußballerischen Aktivitäten werden die talentierten Flüchtlinge – in ihrem für sie schwierigen Alltag – begleitet. Insoweit dient der Fußball als attraktive Plattform für weitergehende Betreuungsformen. Dazu gehören Behördengänge (z. B. Anhörungen beim BaMF, beim Ausländeramt, Arztbesuche) aber auch die Vermittlung von Unterkünften oder Sprachkursen.

Jeder Einzelfall wird bedarfsorientiert betrachtet, so dass die Hilfe individuell gestaltet werden kann. Höchsten Respekt – weil einzigartig – verdienen die Spieler, die nicht vor Ort wohnen und einen Teil ihres schmalen Budgets für die Anreise mit Bus und Bahn opfern, um regelmäßig am Trainings- und Spielbetrieb teilnehmen zu können.

Im Team gewachsene Freundschaften werden so – auch über größere Distanzen hinweg – aufrecht erhalten.



Gruppenbild „New Team 2016“.

Unterstützung ist alles:

Zurzeit werden wir fast ausschließlich durch Sachspenden (Fußballschuhe, ausrangierte Trikots anderer Vereine) unterstützt. Der MHD als Betreuungsverband unserer Einrichtung, der dieses Projekt wohlwollend begleitet, unterstützt uns gelegentlich mit Trainings-Equipment.

Durch den Start im Liga-Betrieb in der neuen Saison 2016/17 stiegen die Ansprüche, insbesondere an Trainingsmaterialien und Trikots. Diese Ansprüche können durch Sachspenden alleine nicht mehr befriedigt werden, so dass immer häufiger ehrenamtliche Betreuer und Unterstützer privates Geld einsetzen, um dieses ambitionierte Projekt am Leben zu erhalten.

Wir achten darauf, dass während des Trainings- und Spielbetriebes deutsch gesprochen wird. So können die Flüchtlinge ihre bereits in Kursen erworbenen Deutschkenntnisse anwenden und vertiefen. Die deutschen Spieler unterstützen sie dabei.



Ein Teammitglied: Emmanuel Anthony.
(Fotos: Projekt „FC Horizont INT“)

Unsere Fans:

Bei weltweit ca. 44.000 Followern auf unserer Facebook-Seite (FC Horizont INT. / SV Rees) ist klar, dass dieses Medium ein wichtiges Kommunikationsmittel ist. Durch die mediale Präsenz in den Printmedien und durch die Berichterstattung im WDR-Fernsehen ist der FC Horizont INT. überregional bekannt geworden. Wir erhalten täglich Anfragen von interessierten Spielern aus allen Teilen Deutschlands, die in unserem Team ein Probetraining absolvieren wollen. Leider können wir mit Blick auf das Asylverfahren nicht jedem Wunsch entsprechen. Gleiches gilt für Anfragen aus dem Ausland. Dennoch stehen wir auch hier beratend zur Seite.

Hier finden Sie uns:

<https://de-de.facebook.com/FC.Horizont.INT/>
<http://www.sv-rees.de/>



Spieler des „New Team 2016“.

Danielle Schippers ist Volontärin im Referat *Information der Bevölkerung, Selbstschutz und -hilfe* im Bundesamt für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe.

Eigene Widerstandsfähigkeit stärken

REBEKA – Forschungsprojekt zur Widerstandsfähigkeit von Helfern

Das Forschungsprojekt „Resilienz von Einsatzkräften bei eigener Betroffenheit in Krisenlagen“ (REBEKA) will aufzeigen, wie die Leistungsfähigkeit von Einsatzorganisationen auch dann gewährleistet werden kann, wenn diese gleichzeitig selbst von dem Schadenereignis betroffen sind. Dazu erforschen die Johanniter-Unfall-Hilfe e.V. (JUH), das Technische Hilfswerk (THW), die Freie Universität Berlin, das Institut für Arbeitswissenschaft und Technologiemanagement der Universität Stuttgart (IAT) und die Technische Hochschule Wildau bis Ende 2018 gemeinsam, wie sie die Widerstandsfähigkeit von Behörden und Organisationen mit Sicherheitsaufgaben stärken können.

Daniela Schmidt

Der deutsche Bevölkerungsschutz stützt sich größtenteils auf ehrenamtliche Helferinnen und Helfer in den verschiedenen Einsatzorganisationen, wie den Hilfsorganisationen, den Feuerwehren und dem THW. Die ehrenamtlichen Einsatzkräfte bilden demnach das Rückgrat zur Bewältigung von Großschadenlagen. Insbesondere in langanhaltenden Krisenlagen ist nicht ausgeschlossen, dass die ehrenamtlichen Einsatzkräfte oder deren organisationsinterne Infrastruktur selbst von dem Schadenereignis betroffen sind. Was bedeutet es für die Helferinnen und Helfer, wenn beispielsweise ein Starkregen die eigene Unterkunft überflutet? Wenn zu Hause die eigenen Keller volllaufen oder versperrte Straßen die Anfahrtswege blockieren? Oder wenn durch einen Ausfall des Stromnetzes sämtliche IT-Anwendungen der Einsatzorganisationen nicht mehr funktionieren? Dazu kommen die Anforderungen des (Groß-)Einsatzes selbst, sodass die Einsatzkräfte

ren. Schlimmstenfalls könnten einzelne Einsatzkräfte ausfallen und Einsätze nicht mehr effizient abgearbeitet werden – die Hilfeleistung wäre eventuell nicht mehr in vollem Umfang garantiert.



Vergangene Schadenereignisse haben gezeigt, dass die BOS immer häufiger mit Bürgerinnen und Bürgern ohne Einsatzerfahrung, den „Spontanhelfern“, konfrontiert werden. Diese wollen die Einsatzkräfte im Bereich der Gefahrenabwehr insbesondere in einer solchen Schadenlage aktiv unterstützen. Obwohl in diesem Bereich bereits eine intensive Diskussion und Forschung stattfindet, besteht auch weiterhin Bedarf an einer umfassenden Integration in die Prozesse und Strukturen der Einsatzorganisationen. Vor dem Hintergrund eventuell ausgefallener organisationsinterner Ressourcen stellt sich dazu die Frage, inwieweit diese Akteursgruppe den Bevölkerungsschutz zukünftig wirksam unterstützen kann.

„Resilienz“ als ganzheitlicher Ansatz

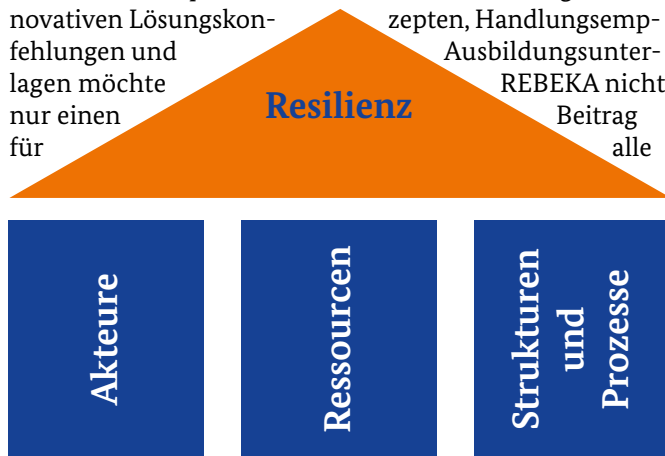
Hier setzt das vom Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) geförderte Forschungsprojekt REBEKA an: Ziel des dreijährigen Forschungsprojektes ist, die Resilienz der Einsatzorganisationen im Bevölkerungsschutz grundsätzlich zu erhöhen. Dabei werden Mittel und



Was bedeutet es für die Helfer, wenn ein Starkregen die eigene Unterkunft überflutet?
(Foto: Hendrik Feldmann, THW OV Rheine)

eventuell unter erheblicher Belastung stehen: Wenn zum Beispiel der eigene Heimatort zerstört ist, kann dies zu einem enormen Anstieg des persönlichen Stresslevels füh-

Wege erforscht, um den Ausfall von erforderlichen Ressourcen zu kompensieren. Durch die Entwicklung von innovativen Lösungskonzepten, Handlungsempfehlungen und Ausbildungsunterlagen möchte REBEKA nicht nur einen Beitrag für alle



BOS leisten, sondern letztendlich auch die Bevölkerung in langanhaltenden Krisenlagen anpassungs- und widerstandsfähiger zu machen.

Das Projekt betrachtet dabei die drei verschiedenen Ebenen „Akteure“, „Ressourcen“ sowie „Strukturen und Prozesse“ hinsichtlich personaler, organisationaler sowie überorganisationaler Aspekte. REBEKA sieht Resilienz in einem ganzheitlichen Rahmen: Im Sinne des Bevölkerungsschutzes als Widerstandsfähigkeit gegenüber katastrophalen Ereignissen verstanden, soll die Resilienz in REBEKA nicht alleine auf die erfolgreiche Lagebewältigung unmittelbar nach einem Eintritt eines Schadenereignisses bezogen werden. Es geht darum, Katastrophen zu vermeiden, sich auf Einsätze vorzubereiten, den Normalzustand wiederherzustellen und aus vergangenen Ereignissen zu lernen. Zur langfristigen Steigerung der Resilienz sollen die drei betrachteten Teilelemente „Akteure“ (Einsatzkräfte, Spontanhelfer), „Ressourcen“ (Fahrzeuge, Gebäude, etc.) sowie „Strukturen“ (Aufbauorganisationen, Dienstvorschriften, etc.) und Prozesse (Meldewege, Einsatzabläufe, etc.) in Interaktion miteinander „resilienter“ gestaltet werden.

Organisationsinterne sowie systemische Resilienz erhöhen

Auf der Ebene der personellen Resilienz steht das Individuum „Einsatzkraft“ als Mensch im Fokus: Hier wird untersucht, wie Einsatzkräfte vor dem Hintergrund einer möglichen eigenen Krisenbetroffenheit als Bürger agieren sowie durch persönliche und organisationale Maßnahmen besser auf diese „Doppelrolle“ vorbereitet werden können. Die Untersuchungen zu den Prozessen und Strukturen sollen vor allem bestehende Abläufe analysieren und eventuelle Schwachstellen aufdecken. Somit können die Organisationen zukünftig effizienter auf Ausfälle bei eigener Betroffenheit reagieren. Weiterhin sollen eventuelle Kompensationsmöglichkeiten durch die Einbindung von Spontanhelfern beim Ausfall von Einsatzkräften untersucht werden. Dabei stehen nicht nur die Personalprozesse der BOS, sondern auch die individuellen Beweggründe für ein kurzfristiges Engagement im Katastrophenschutz im Fo-

kus. Insgesamt sollen die Ergebnisse der drei untersuchten Ebenen in die Schulungs- und Informationsunterlagen einfließen. Neben Handlungsempfehlungen zur Resilienzsteigerung entwickelt das Projekt auch Einsatzkonzepte zur Aufnahme und Steuerung von Spontanhelfern sowie Ausbildungskonzepte für Einsatzkräfte und Spontanhelfer.

Die Endanwender JUH und THW unterstützen vor allem die Übertragung der Ergebnisse in die Praxis. Dazu werden die zugrundeliegenden Forschungsszenarien erstellt sowie Schulungs- und Informationsunterlagen entwickelt und getestet. In der letzten Projektphase sollen diese in zwei großen Evaluationsübungen angewendet und überprüft werden. Weiterhin wird durch eine ständige Vernetzungs- und Öffentlichkeitsstrategie sichergestellt, dass die Ergebnisse direkt in die Praxis einfließen können. Der Schwerpunkt liegt insbesondere in dem ständigen Diskurs mit ehrenamtlichen organisationsinternen und -externen Experten.



Auf der Ebene der personellen Resilienz steht die „Einsatzkraft“ Mensch im Fokus. (Foto: THW)

Anwendung und Evaluation im Rhein-Kreis Neuss

Bisher werten die Projektpartner die mittels Literaturrecherchen und Experteninterviews gesammelten Daten aus und fassen diese zusammen. Als Referenzkreis konnte der Rhein-Kreis Neuss gewonnen werden – hier werden derzeit erste Zwischenergebnisse mit den Helferinnen und Helfern diskutiert. Darüber hinaus finden innerhalb des Referenzkreises auch die geplanten Evaluationsübungen statt. Für den weiteren Projektverlauf sind aktuell größere Erhebungen zu Belastungen von Einsatzkräften sowie der individuellen Beweggründe von Spontanhelferinnen und -helfern geplant. In der zweiten Projekthälfte geht es vor allem um die Überführung der Ergebnisse in umsetzbare Schulungskonzepte und deren Anwendung. Fortlaufende Informationen über REBEKA finden Sie auf der Internetseite www.rebeka-projekt.de

Daniela Schmidt ist Mitarbeiterin der Stabsstelle Forschung und Innovationsmanagement der THW-Leitung.

Das Projekt KUBAS

Koordination ungebundener Spontanhelfer

Stefan Sackmann und Stefan Voßschmidt

Ungebundene Spontanhelfer – Potenzial für die Bewältigung von Schadenslagen

Die Nutzung sozialer Netzwerke (z. B. Facebook, Twitter) und moderne Kommunikationstechnologie haben die Bewältigung der Schadensereignisse der jüngeren Vergangenheit neu geprägt. Insbesondere während des Hochwassers 2013 haben sich zig Tausende Menschen über die neuen Medien informiert, sind diversen Aufrufen zur Hilfe gefolgt und haben teilweise selbst Informationen zur Verfügung gestellt. Unbestritten ist, dass sich in der Bevölkerung spontan eine enorme Hilfsbereitschaft aufgetan hat, die bei der Bewältigung der Schadenslagen eine wichtige Rolle spielte.

Dieses „neue“ Potenzial zu nutzen hat sich zu einem zentralen Thema des Bevölkerungsschutzes entwickelt und schlägt sich bereits in mehreren Forschungsprojekten

helfer eine vielfältigere Herausforderung darstellt. Hier setzt das Projekt KUBAS (Koordination ungebundener vor-Ort-Helfer zur Abwehr von Schadenslagen) an. Aufbauend auf bereits erfolgreich durchgeführten Projekten wie INKA, ENSURE oder Hands2Help werden neue Methoden, Verfahren und Werkzeuge erforscht, die die notwendige Koordination durch den adäquaten Einsatz moderner Informationssysteme bestmöglich unterstützen.

KUBAS – Vermittler zwischen Krisenstab und Spontanhelfer

Nach Eintreten eines katastrophalen Ereignisses und der Entstehung einer Schadenslage müssen Bewältigungsprozesse auf operativer Ebene eingeleitet werden, um die Sicherheit von Menschen, Systemen und Sachwerten schnellstmöglich wiederherzustellen. Hierbei wird dem

„Command and Control“-Prinzip folgend eine streng hierarchischer Aufbau des Katastrophenmanagements mit einer zentralisierten administrativ-organisatorischen Ebene (Krisenstab) als unerlässlich angesehen.

Im Fokus der Koordination stehen hierbei bisher fast ausschließlich operativ-taktische Einheiten unterschiedlicher Behörden und Organisationen mit Sicherheitsaufgaben (BOS). Die Einbindung ungebundener Spontanhelfer in die etablierten Strukturen ist, wie die Erfahrungen zeigen, mit neuen Herausforderungen verbunden.

Eine effektive und effiziente Einbindung von Spontanhelfern in die Abläufe des Katastrophenmanagements ist dringend geboten, um zukünftige Katastrophen bspw. auch unter ungünstigeren Bedingungen bewältigen zu können und das Engagement der Bevölkerung aufrechtzuerhalten. Hierfür bedarf es als Ergänzung zu bisherigen Forschungsprojekten und -ergebnissen neuer Werkzeuge, die eine zentrale Steuerung durch den Krisenstab respektive Einsatzleiter mit möglichst geringer zusätzlicher Belastung erlauben, Soziale Medien und moderne IT, die von den freiwilligen Helfern akzeptiert und genutzt werden, an den „richtigen“ Stellen mit einbeziehen. Auch die Katastrophenvorsorge steht damit vor neuen Herausforderungen, die



KUBAS

nieder. Unbestritten ist aber auch, dass die neue Art der Informierung und Selbstorganisation mitunter zu unerwünschten Ergebnissen geführt hat: An manchen Einsatzorten erschienen zu viele Spontanhelfer, die sich gegenseitig blockierten, während an anderer Stelle dringend Helfer benötigt worden wären, die Einsatzorte dazu aber in den sozialen Netzwerken nicht ausreichend bekannt wurden. Viele Spontanhelfer folgten immer wieder Aufrufen, die als „dringend Hilfe benötigt“ in den sozialen Netzen zirkulierten, nur um an überfüllten oder bereits abgearbeiteten Einsatzorten einzutreffen und, letztendlich, frustriert keinerlei Hilfe leisten zu können. In manchen Fällen führte die spontane Selbstorganisation sogar zu gefährlichen oder kontraproduktiven Aktivitäten, bspw. wenn gefährdete Deichabschnitte betreten und auf der falschen Seite mit Sandsäcken „gesichert“ wurden.

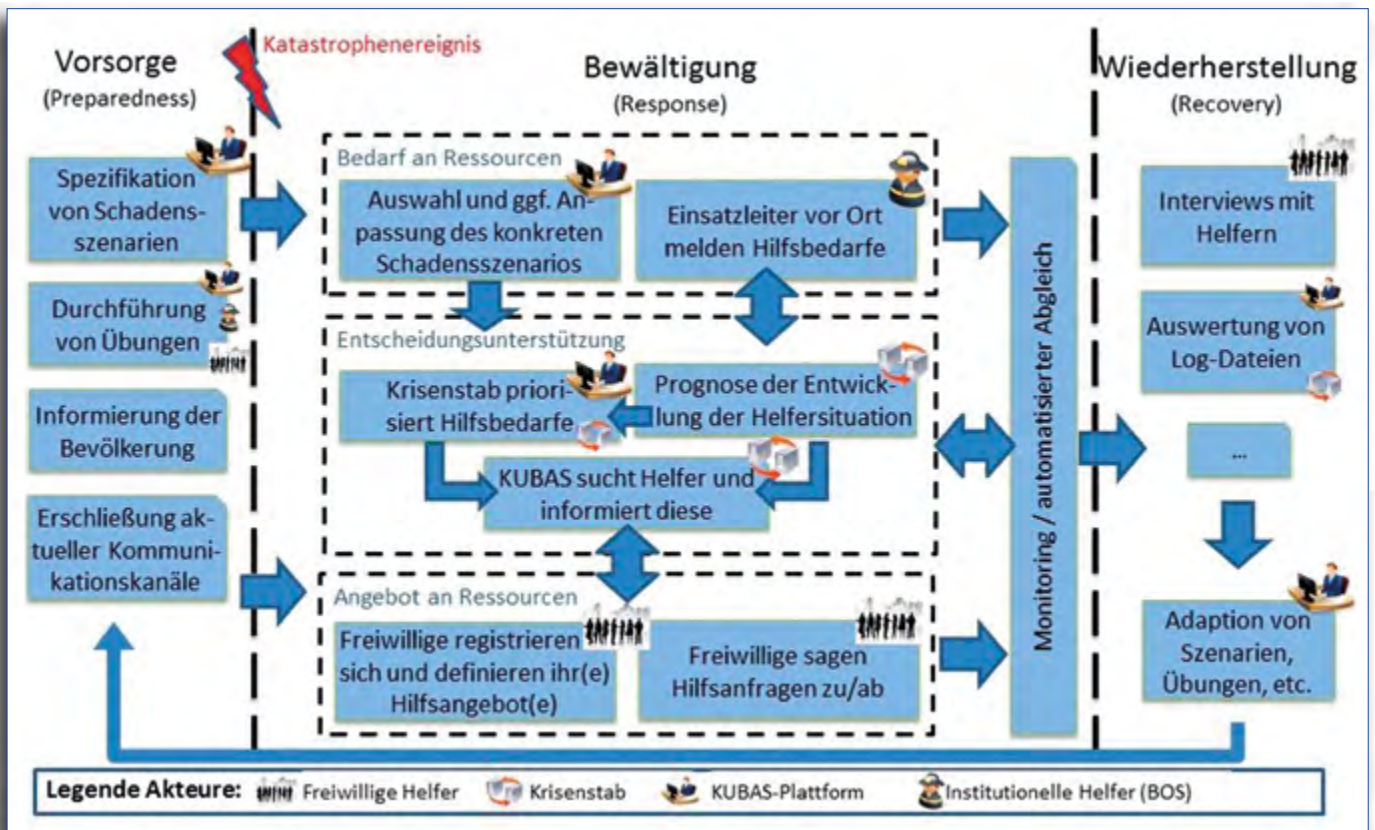
Diese kleine Auswahl an Beispielen zeigt, dass die (Selbst-)Organisation über soziale Medien schnell an Grenzen stößt und dass die Koordination der ungebundenen Spontan-

stärker den einfachen, schnellen und anpassbaren Zugang zu einer Plattform fokussieren sollte als auf die Registrierung, Verwaltung und Organisation der Helfer im Vorfeld.

Das Projekt KUBAS (<https://kubas.uni-halle.de>) verfolgt in diesem spannenden Umfeld einen gesamtheitlichen Ansatz, der sowohl die Wünsche der Spontanhelfer als auch die Erfordernisse der Krisenstäbe ausgewogen berücksichtigt und zwischen diesen vermittelt (siehe Abbildung). Auf Seite der Spontanhelfer wird moderne IT zur einfachen (spontanen) Anmeldung, zur Übernahme von Aufträgen und situationsspezifischen Kommunikation genutzt. Hierfür werden bspw. Apps, das WWW aber auch das klassische Telefon an das entstehende KUBAS-System angebunden. Auf Seite des Krisenstabes werden moderne Werkzeuge zur Berücksichtigung der Spontanhelfer in bestehenden Einsatzführungssystemen entwickelt. Diese sollen es verantwortlichen Mitgliedern eines Krisenstabes durch Visualisierung der Lage und Entscheidungsunterstützung zukünftig ermöglichen, das Potenzial der ungebundenen Spontanhelfer strategisch zu koordinieren, ohne jedoch auf der operativen Ebene mit zusätzlichen Tätigkeiten belastet zu werden. Das vermittelnde KUBAS-System übernimmt dazwischen die Aufgaben, Spontanhelfer (automatisch) auch vor Ort zu registrieren und zu alarmieren, den Bedarf an und das Angebot von Spontanhelfern optimal zusammenzuführen, die für die Kooperation erforderliche Kommunikation über definierte Prozesse zu automatisieren, Entwicklungen zu prognostizieren und dem Krisenstab in Echtzeit Informationen über die Einsatzsituation der Spontanhelfer zu geben.

Zu Beginn des Forschungsprojektes werden, aufbauend auf bereits erzielten Forschungsergebnissen, bspw. der Projekte INKA und ENSURE, mögliche Schadensszenarien identifiziert, in denen die Einbindung (vieler) ungebundener Helfer vor Ort sinnvoll, zielführend und rechtlich zulässig ist. Es werden Methoden erforscht, die eine bestmögliche Koordination der freiwilligen Helfer in unterschiedlichen Schadensszenarien mit unterschiedlichen Kommunikationsmöglichkeiten sicherstellen kann. Diese werden im innovativen KUBAS-System umgesetzt, das in bestehende Infrastrukturen (Einsatzleitsysteme, Endgeräte) integriert wird. Damit wird vorrangig der für das Management einer Schadenslage zuständige Krisenstab in die Lage versetzt, das verfügbare Potential freiwilliger Helfer bei der Bewältigung effektiv zu nutzen.

Das KUBAS-System mit seinen Komponenten führt hierfür weitestgehend automatisiert und situationspezifisch angebotene Hilfe aus der Bevölkerung oder auch spezialisierter Helfer (wie z. B. Firmen als Leistungserbringer) mit den Hilfsbedarfen auf Seiten der Einsatz- und Führungskräfte der i. d. R. nicht-polizeilichen Behörden und Organisationen mit Sicherheitsaufgaben (BOS) vor Ort zusammen. Die Evaluierung wird im Rahmen von Katastrophenschutzübungen am Beispiel der Hochwasserkatastrophen vorgenommen. Ziel ist es, durch den Einsatz des KUBAS-Systems und die damit ermöglichte zielgeführte, situationsgerechte Unterstützung sowohl die Resilienz der Bevölkerung als auch der Einsatzkräfte nachhaltig zu verbessern. Darüber hinaus wird KUBAS die Standardisierung und Durchführung von Stabsübungen unterstützen, in-



dem bspw. eine Vielzahl an Spontanhelfern realitätsnah und unter verschiedenen Rahmenbedingungen simuliert werden können.

Die Realisierung des KUBAS-Projektes wird seit April 2016 vom Bundesministerium für Bildung und Forschung im Rahmen des Förderprogramms „Zivile Sicherheit – Erhöhung der Resilienz im Krisen- und Katastrophenfall“ für drei Jahre gefördert. Im Forschungsverbund haben sich die Katastrophenschutzbehörde der Stadt Halle als Praxispartner und Anwender, die Esri Deutschland GmbH als IT-Entwickler und Betreiber von Geoinformationsdiensten sowie das Institut für Wirtschaftsinformatik der Universität Regensburg (Prof. Schryen) und das Institut für Wirtschaftsinformatik und OR der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg als Forschungspartnergeschlossen. Das Projektkonsortium umfasst darüber hinaus assoziierte Partner, die die Arbeit des Projektes aktiv unterstützen. So erweitern die Bundesanstalt THW, der Bundesverband des ASB, der DRK Wasserrettungsdienst Halle, die Johanniter-Unfall-Hilfe und die Freiwilligen-Agentur Halle-Saalkreis den Kreis der Praxispartner und Anwender. Für die Entwicklung, Durchführung und Auswertung von Übungen sowie deren Standardisierung wird das Projekt KUBAS vom Institut für Brand- und Katastrophenschutz Heyrothsberge, dem Landesverwaltungsamt Sachsen-Anhalt und dem Ministerium für Inneres Sachsen-Anhalt unterstützt. Als weiterer IT-Partner ist der TÜV Rheinland als assoziierter Partner im KUBAS-Projekt engagiert.

Das Bundesamt für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe übernimmt zudem die Aufgabe, das Projekt mit den umfassenden fachlichen Erfahrungen und aus rechtlicher Sicht zu begleiten. Im Vordergrund steht hierbei die juristische Begleitforschung des BBK, in dessen Auftrag die umfassende Analyse der untersuchten Schadensszenarien und des entstehenden Informationssystems aus rechtlicher Perspektive erfolgt. Die regelmäßige Mitarbeit bei Projekt-treffen und die gemeinsame Ausarbeitung und Durchführung von Veranstaltungen, die auf der einen Seite eine Konsolidierung von Ergebnissen und die Ableitung von Handlungsempfehlungen für die Politik vorsieht und auf der anderen Seite die Ergebnisse des Projekts in das Aus- und Fortbildungsprogramm der AKNZ oder die Weiterentwicklung der Rahmenempfehlungen zum Einsatz von Social Media im Bevölkerungsschutz integriert. Das BBK hat hierbei das Ziel vor Augen, die Zusammenarbeit im Projekt zu effektiveren und nutzbringende Ergebnisse der Fachöffentlichkeit zur Verfügung zu stellen.

Gemeinsam sollen so die Rahmenbedingungen zur Umsetzung des Projektes und die Nutzung des KUBAS-Systems verbessert werden, um das enorme Potenzial der ungebundenen Spontanhelfer auch nachhaltig und nicht nur in Hochwasserlagen einbinden zu können.

Dabei baut Kubas auf den „Rahmenempfehlungen für den Einsatz von Social Media im Bevölkerungsschutz“ auf. Die Rahmenempfehlungen sind am 06./07.04.16 vom AK V im Beschlusswege und in der Innenministerkonferenz am 15. bis 17.06.16 in Mettlach-Orscholz zur Kenntnis genommen, damit positiv bewertet, worden.

Kubas könnte sie weiterführen und zwischen dem „Spontanhelfer“ und dem „ungebundenen Helfer“ (DRK, Team Bayern) eine Mittelkategorie schaffen: den ungebundenen Spontanhelfer. Im Unterschied zum ungebundenen Helfer ist er nicht direkt bei einer Hilfsorganisation angebunden, im Unterschied zum „reinen“ Spontanhelfer besteht aber eine quasi Registrierung durch die App bzw. Kubas, er bliebe aber Spontanhelfer. Vgl. die Formulierung der Rahmenempfehlungen:

„In Abgrenzung zu Spontanhelfern, die sich selbstständig organisieren, sind jene Helferinnen und Helfer zu sehen, die nicht ehrenamtlich organisiert im Bevölkerungsschutz tätig sind, deren Einsatz aber über Plattformen bereits im Bevölkerungsschutz eingebundener Strukturen (wie z. B. Team Bayern oder Team Mecklenburg-Vorpommern des Roten Kreuzes) erfolgt. Sie haben sich auf einer Plattform registriert und entscheiden ereignisabhängig, ob und inwiefern sie als Helfer aktiv werden können. Die vorherige Registrierung erlaubt es, besondere Kenntnisse und Qualifikationen abzufragen und diese Helfer ihren Fähigkeiten entsprechend einzusetzen. Darüber hinaus ermöglicht der ereignisunabhängige Kontakt über die Plattform, Grundkenntnisse über den Bevölkerungsschutz zu vermitteln, z. B. durch Seminare vor Ort (siehe Team Bayern) oder Online-Angebote. Da diese Helfer nicht ehrenamtlich für eine Hilfsorganisation oder Freiwillige Feuerwehr tätig sind, werden sie im Folgenden als ungebundene Helfer bezeichnet.“

Prof. Dr. Stefan Sackmann ist Leiter des Lehrstuhls für Wirtschaftsinformatik, insb. Betriebliches Informationsmanagement an der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg, Stefan Voßschmidt ist Dozent an der Akademie für Krisenmanagement, Notfallplanung und Zivilschutz des Bundesamtes für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe.

Interkom

Interkommunale Lösungen für den Schutz der Bevölkerung bei Katastrophen

Armand Schulz, Rainer Koch, Inga Karl und Ansgar Stening

Ein längerer, großflächiger Stromausfall, eine biologische Gefahrenlage oder eine Pandemie haben einige Parallelen: Sie halten sich nicht an Stadtgrenzen und verursachen hohe Unsicherheit in der Bevölkerung. Die Städte Dortmund, Gelsenkirchen, Bochum und Essen wollen auf diese potenziellen Bedrohungen zum Schutz ihrer Bevölkerung und des gesamten Ruhrgebietes vorbereitet sein. Erfahrungen, wie die des Unwetters am Pfingstmontag 2014, haben erneut vor Augen geführt, wie wichtig die schnelle und zielgenaue Koordination von Hilfs- und Rettungseinsätzen über alle kommunalen Grenzen hinweg ist.

Deshalb wird in dem vom Bundesministerium für Bildung und Forschung geförderten Projekt „Interkommunale Konzepte zur Stärkung der Resilienz von Ballungsräumen (Interkom)“ ein regionales Krisenmanagementkonzept erarbeitet. Koordiniert wird das interdisziplinäre Verbundprojekt von der Fakultät Maschinenbau der Universität Paderborn.

Ziel des Projektes Interkom ist es, Möglichkeiten zu schaffen, mit denen Städte in Ballungsgebieten Krisen und Katastrophen durch verstärkte Zusammenarbeit bewältigen können. Im Katastrophenfall sollen beispielweise dringend benötigte Ressourcen und Leistungen zukünftig über Stadt- und Zuständigkeitsgrenzen hinweg effizienter eingesetzt werden können. Für die Kommunikation und den Informationsaustausch in der Krise wird unter anderem eine IT-Plattform erforscht, mit der sich kommunale Organisationen vernetzen und in der präventiven Notfallplanung und im Ereignisfall zielgerichtet Informationen austauschen können. Der Arbeitskreis Bevölkerungsschutz im Ruhrgebiet nutzt schon heute Teile der neuen IT-Plattform für den vertraulichen Informations- und Datenaustausch und gibt dem Projekt damit eine ideale Validierungs- und Evaluationsbasis.

Insbesondere überregionale Katastrophenlagen verursachen – wie eingangs bereits thematisiert – eine hohe gefühlte Unsicherheit in der Bevölkerung. Dabei ist die Schwelle von der gefühlten Unsicherheit zu objektiver Unsicherheit niedrig und fließend. Eine Bevölkerung, die sich

sehr unsicher fühlt, wird weniger schnell und engagiert Selbsthilfe anwenden. Das kann die Bewältigung solcher Krisen verlangsamen. Denn die Behörden und Organisationen mit Sicherheitsaufgaben (BOS) sind bei Katastrophen auf die Mithilfe der Bevölkerung angewiesen. Dieses Engagement kann jedoch nur erwartet werden, wenn sich die Bevölkerung ihrer Selbsthilfekompetenzen gewiss ist. Deshalb sollen die Selbsthilfekompetenzen durch den ganzheitlichen und komplementären Ansatz von Interkom weiter erhöht werden. Hierfür werden alle kommunalen Ebenen für die Krisenbewältigung einbezogen. Der Schwerpunkt liegt dabei auf der interkommunalen und organisationsübergreifenden Zusammenarbeit (vergleiche Abbildung 1).



Abbildung 1: Interkommunaler und organisationsübergreifender Interkom-Ansatz
(Quelle: Universität Paderborn, Armand Schulz)

Der im Projekt erforschte Lösungsansatz (siehe auch Abbildung 1) umfasst beispielsweise folgende Maßnahmen:

- IT-Plattform Interkommunales Risikomanagement (Austausch zwischen Kommunen): Realisierung einer interkommunal nutzbaren Plattform für das Risikomanagement, die von städtischen Organisationseinheiten, wie zum Beispiel Ordnungsamt, Feuerwehr, Gesundheitsamt oder dem kommunalen Krisenmanagement genutzt wird.

- IT-Plattform Vernetztes Prozessmanagement (Austausch zwischen Kommunen):
Aufbau einer IT-Plattform, um die Strukturen und Voraussetzungen für einen gegenseitigen kommunalen Leistungsaustausch, wie beispielsweise das Bewilligen und Auszahlen von Sozialleistungen, amtsärztliche Tätigkeiten, die Betreuung gefährdeter Jugendlicher oder die Wahrnehmung ordnungsbehördlicher Aufgaben möglich machen.
- App und Kollaborationsplattform (Kommunikation Krisenmanagement, Kommunalverwaltung mit dem Bürger)
- Bestimmung der sozialen Indikatoren zur Beschreibung der Bevölkerungssicherheit als Entscheidungsgrundlage für das Krisenmanagement

Für die praktische Umsetzung der beispielhaft genannten Maßnahmen und des ganzheitlichen Lösungsansatzes haben zehn Projektpartner als Bedarfsträger, Anwender sowie Forschungs- und Technologiepartner ihre Kompetenzen gebündelt, um bedarfsorientierte Lösungen für Bewältigung von Krisenlagen in den Städten und Ballungsgebieten Deutschlands zu schaffen. Darunter sind auch die Städte Gelsenkirchen, Dortmund, Essen und Bochum.

Für die bessere Vorbereitung auf überregionale Gefahrenlagen hat die Pro DVAG eine Plattform für das interkommunale Risikomanagement umgesetzt und mit den städtischen Projektpartnern die Risiken und Gefahren einer Pandemie sowie eines Stromausfalls in den Ruhrgebietsstädten ermittelt. Nun können bereits frühzeitig die möglichen Auswirkungen von solchen Ereignissen interkommunal diskutiert und geeignete Gegenmaßnahmen überlegt werden.

Rahmenprogramm „Forschung für die zivile Sicherheit“

Das Vorhaben INTERKOM wird vom Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) gefördert. Den Rahmen dafür bildet die Fördermaßnahme „Zivile Sicherheit – Urbane Sicherheit“ im Programm „Forschung für die zivile Sicherheit 2012-2017“. Im Sicherheitsforschungsprogramm erarbeiten Akteure aus Wissenschaft und Wirtschaft unter anderem mit Anwendern aus Feuerwehr, Polizei, Rettungsdiensten und dem Katastrophenschutz praxisorientierte, innovative Lösungen. Neue Technologien und Organisationskonzepte tragen zum Schutz der Bevölkerung bei und eröffnen Chancen für die Wirtschaft.

Die Forschungsergebnisse im Themenfeld Urbane Sicherheit sollen dazu beitragen, Risiken der zivilen Sicherheit in der Stadt frühzeitig zu erkennen, Unsicherheiten zu verringern und Sicherheit auch präventiv als Bestandteil einer modernen Stadtgestaltung in baulicher und gesellschaftlicher Hinsicht zu verankern. Nach rund dreijähriger Förderung werden bis Ende des Jahres zum Beispiel neue Technologien und Konzepte vorgestellt, mit denen in Bus und Bahn im Notfall automatisch Hilfe angefordert werden kann, ältere Menschen sich in ihren Wohnquartieren sicherer fühlen oder urbane Großveranstaltungen besser geplant und sicherer durchgeführt werden können.

Weitere Informationen finden Sie unter: www.sifo.de

Der wesentliche steuernde Faktor für die Lösungen von Interkom ist die objektive sowie subjektive Sicherheitslage der Bevölkerung. Um vor allem letztere bestimmen und beschreiben zu können, erforscht das Universitätsklinikum Ulm soziologische Indikatoren der gefühlten Sicherheit.

Auf Basis dieser Indikatoren kann die Information und Kommunikation mit der Bevölkerung zielgruppen- und bedarfsgerecht gestaltet werden. Hierzu entwickelt die Forschergruppe „Mensch-Computer-Interaktion“ der Hochschule Hamm-Lippstadt eine kollaborative Plattform für den mobilen Austausch in Krisenzeiten, die der Unterstützung der Feuerwehren bei der Kommunikation mit dem Bürger dient.



Abbildung 2: Kollaborationsplattform mit mobiler Lösung für Bürgerinnen und Bürger sowie Behörden und Organisationen mit Sicherheitsaufgaben. (Quelle: Hochschule Hamm-Lippstadt)

Unter anderem hilft die Plattform bei der Alarmierung der Bürger sowie beim Erheben aktueller Lageinformationen, wie beispielsweise die Versorgungslage in der Bevölkerung und unterstützt bei der Organisation des gegenseitigen Austausches von Gütern (z. B. Lebensmitteln, Gasheizgeräten) und Informationen (Wohlergehen von Angehörigen) innerhalb der Bevölkerung. Die Plattform verbindet damit die organisationsübergreifende Zusammenarbeit mit dem Informationsaustausch (vergleiche Abbildung 2).

Durch den unmittelbaren Kontakt mit der Bevölkerung verschafft eine mobile App den Rettungs- und Hilfsorganisationen einen Informationsvorsprung im Vergleich zu den traditionellen Kanälen und liefert schnelle Reaktionen und Hinweise von Seiten der Bürger.

Die Kollaborationsplattform erfüllt in Verbindung mit der mobilen Lösung (Abbildung 2) eine elementare Rahmenbedingung für das bürgerzentrierte Informationsmanagement.

Ein entscheidender Faktor für die gefühlte Sicherheit der Bevölkerung im Katastrophenfall und damit für eine erhöhte Bereitschaft zur Selbsthilfe und Unterstützung ist das Vertrauen in die Sicherheitsakteure. Dabei ist die Akzeptanz von Maßnahmen entscheidend, die zur Bewältigung einer Krisensituation ergriffen und an die Bevölkerung kommuniziert werden. Mit den soziologischen und auch psychologischen Fragestellungen zu diesem Aspekt, nämlich der Fragestellung, wie gut Schutzmaßnahmen angenommen werden und wie diese für ein hohes Maß an Akzeptanz gestaltet sein müssen, befasst sich das Robert Koch-Institut als Interkom-Projektpartner.

Weiterhin wird das Vertrauen in die Sicherheitsakteure mit dem interorganisationalen Krisenmanagement und

der interkommunalen Hilfeleistung aufgebaut. Mit dem interorganisationalen Krisenmanagement wird erreicht, dass die Sicherheitsakteure über kommunale und organisationale Grenzen hinweg zu konsistenten Entscheidungen kommen und die Bevölkerung mit widerspruchsfreien Informationen versorgt wird, was zu mehr gefühlter Sicherheit führt. Mit der interkommunalen Hilfeleistung wird die Leistungsfähigkeit der Städte auch bei stark beanspruchten Ressourcen für die Krisenbewältigung gewährleistet. Insbesondere ist hierbei die Funktionsfähigkeit der Kommunalverwaltung, die neben dem Krisenstab und der Feuerwehr die operative Organisationseinheit im kommunalen Krisenmanagement ist, der entscheidende Faktor.

Die Kommunalverwaltungen sind Sicherheitsakteure mit direktem Kontakt zur Bevölkerung und verantwortlich für die öffentliche Sicherheit, viele essenzielle Lebensbereiche der Bevölkerung und für das wirtschaftliche Leben. Die Handlungsfähigkeit der Kommunalverwaltungen ist existenziell für Städte und Ballungsgebiete. Insbesondere im Katastrophenfall sind personelle, materielle und finanzielle Ressourcen in den Kommunalverwaltungen zumeist ausgereizt und die Möglichkeiten zum Aufbau von Sicherheiten und Redundanzen zur Krisenbewältigung stark limitiert.

Zum Schutz der Bevölkerung und des wirtschaftlichen Lebens müssen die vorhandenen Möglichkeiten für die Bewältigung von Krisensituationen intelligent und effizient ausgeschöpft werden. Die Priorisierung der kommunalen Aufgaben ist eine entscheidende Maßnahme, um die Funktionsfähigkeit der Kommunalverwaltung in den lebenswichtigen Bereichen wie beispielsweise das Ordnungswesen, den Gesundheits- und Sozialbereich, aber auch das Finanzmanagement sicherzustellen. Hiermit wird ein wesentliches und lebenswichtiges Ziel zu Krisenbewältigung realisiert – die Aufrechterhaltung eines „normalen“ gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Lebens. Ohne dieses droht die Gefahr chaotischer Verhältnisse, die eine geordnete Krisenbewältigung unmöglich machen.

Die Kommunalverwaltungen sind in der Krisenbewältigung als Schnittstelle zwischen Bevölkerung und dem administrativen Krisenmanagement von essenzieller struktureller Bedeutung. Welche zentrale Rolle die Kommunalverwaltung aus Sicht der Bevölkerung hat, verdeutlicht das Säulendiagramm in Abbildung 3.

Als Projektpartner hat das Universitätsklinikum Ulm unter Leitung von Professor Reinhold Kilian in der Bevölkerung des Ruhrgebietes eine repräsentative telefonische Umfrage zu der Fragestellung durchgeführt, von welcher Organisation die Bevölkerung im Katastrophenfall die größte Hilfe erwartet, bzw. das größte Vertrauen in die Bewältigung einer Krisensituation hat. Dass die Feuerwehr einen sehr hohen Vertrauensvorschuss genießt, war ein Ergebnis der Umfrage und aufgrund früherer Studien fast zu erwarten gewesen. Dass jedoch die Kommunalverwaltung nahezu gleichauf im Vertrauen und in der angenommenen Leistungsfähigkeit liegt, war ein überraschender Befund und zeigt umso mehr, wie entscheidend die Funktionsfähigkeit der Kommunalverwaltung für die Bewältigung einer Krise ist.

Nehmen wir das Szenario Stromausfall als Beispiel: Dabei wird die personelle Belastung der Kommunalverwaltung auf ein kaum mehr leistbares Maß steigen. Zusätzliche Ressourcen werden jedoch nicht ad-hoc zur Verfügung stehen, daher wird für den Erhalt der Funktionsfähigkeit die wirkungsvollste Maßnahme die Priorisierung der kommunalen Aufgaben sein. Nur so können alle verfügbaren Ressourcen für die Bewältigung der Krisensituation eingesetzt werden.

Um im Rahmen des Projektes Interkom für alle deutschen Kommunen konkret anwendbare Ergebnisse zu erzielen, konzentrieren sich die Forschungspartner auf ein realitätsnahes Bedrohungsszenario und setzen sich intensiv mit der Frage auseinander, welche kommunalen Aufgaben bei einem langanhaltenden Stromausfall zum Schutz der Bevölkerung zwingend erfüllt werden müssen. Die Frage „Welche Aufgaben müssen wir bei einem Stromausfall priorisieren und wie kann das geschehen?“ erörtern die Feuerwehr Gelsenkirchen und die Universität Paderborn im Rahmen des Projektes gemeinsam mit den Kommunalverwaltungen.

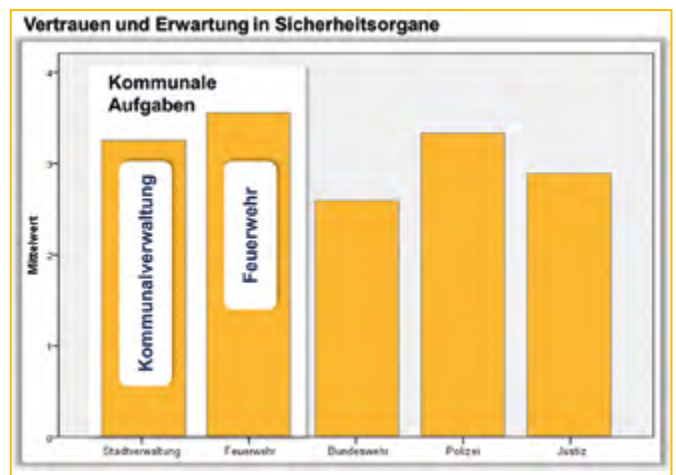


Abbildung 3: Vertrauen der Bevölkerung in die Organisationen der Gefahrenabwehr – stark vereinfachte Darstellung (Quelle: Universität Paderborn, Armand Schulz nach Universitätsklinikum Ulm, Prof. Reinhold Kilian)

Das Projekt hat zum Ziel, ein konkretes und breit anwendbares Ergebnis zu erreichen. Das kann praxisnah und mit hohem Nutzen nur zusammen mit den Städten und Gemeinden geschehen. Nur diese können die Fragen beantworten, welche Aufgaben und welche Infrastruktur beispielsweise bei einem Stromausfall besonders geschützt werden müssen, um für die Bevölkerung ein hohes Sicherheitsniveau zu erreichen.

Diese Fragen können aber nicht allein durch die Einschätzung der Projektpartner Dortmund, Gelsenkirchen, Essen und Bochum diskutiert werden. Vor allem aus empirischer Sicht ist das noch nicht ausreichend, da die genannten Städte vergleichbare strukturierte Kommunalverwaltungen haben. Daher hat die Universität Paderborn mit Unterstützung der Kommunalen Gemeinschaftsstelle für Verwaltungsmanagement (KGSt) einen Aufruf zur freiwilligen Mitarbeit gestartet, um eine breite Basis kommunaler Expertise in diese Forschungsarbeiten einzubringen.

Die Resonanz bei den deutschen Städten und Gemeinden war erfreulich groß. Aus dem vielfach geäußerten Interesse hat sich eine konkrete eigenmotivierte Zusammenarbeit mit den folgenden Städten und Landkreisen entwickelt:

- Büdingen
- Landkreis Osnabrück zusammen mit der Stadt Melle
- Landkreis Heidekreis
- Solingen und
- Hannover

Wie sieht diese Zusammenarbeit aus? Die Funktionsfähigkeit der kommunalen Verwaltungen ist unverzichtbar für die Sicherheit und das Gemeinwohl von Bevölkerung und Wirtschaft. Aspekte der Notfallplanung konnten nun dank der Förderung durch das Bundesforschungsministerium als gemeinschaftliche Aufgabe aller Projektpartner systematisch und praxisnah untersucht werden.

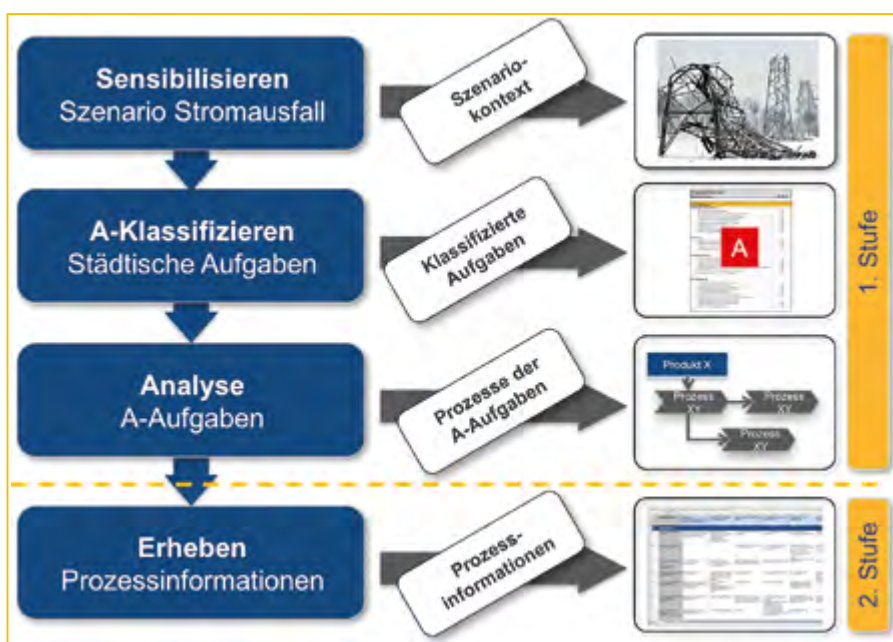


Abbildung 4: Vorgehen zur Priorisierung kommunaler Aufgaben (Quelle: Universität Paderborn, Armand Schulz)

Für eine wissenschaftliche Analyse und vergleichende Betrachtung führen die Projektpartner mit der jeweiligen Organisationseinheit einer Kommunalverwaltung (zum Beispiel Amt, Fachbereich, Stadt- / Fachdienst) strukturierte Workshops nach einem zweistufigen Vorgehen (vergleiche Abbildung 4) durch. Ziel dieser Workshops sind die Sensibilisierung der Kommunen für die Erfordernisse zum Beispiel eines länger anhaltenden Stromausfalles, die Klassifizierung der städtischen Aufgaben sowie die Analyse und Priorisierung der dringlichsten Aufgaben im Ernstfall.

Das Aufgabenspektrum einer Kommunalverwaltung ist umfassend und vielfältig. Sie ist vor allem verantwortlich für Bereiche, wie Personal und Organisation, Finanzmanagement und Steuern, Immobilienmanagement, Jobcenter,

Jugend, Recht und Ordnung, Feuerwehr, Einwohnerwesen, Soziales, Gesundheit, Natur und Umwelt, Kultur, Schulen, Stadtentwicklung oder Wohnen. Zusammenfassend gesagt sind Bevölkerung und Wirtschaft in nahezu allen Lebensbereichen auf die Leistungen und den Service der Kommunalverwaltungen angewiesen.

In einer Katastrophe sind nicht alle kommunalen Aufgaben von gleicher Bedeutung. Welche auch dann noch zwingend für den Schutz der Bevölkerung angeboten werden müssen ist ein wichtiges Ergebnis der zahlreichen Workshops (Abbildung 4), die die Forschungspartner mit Gelsenkirchen, Büdingen, Solingen und dem Landkreis Osnabrück durchgeführt haben.

Kommunale Aufgaben mit A-Priorität sind Aufgaben, die unter Katastrophenbedingungen zwingend für den Erhalt des gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Lebens geleistet werden müssen. Diese umfassen vor allem:

- Koordination der Verwaltungsstrukturen und des Krisenstabes
- Instandhaltung und Betrieb von Verkehrssteuerungsanlagen
- Kontrolle und wirtschaftliche Hilfe in Familien nach dem Sozialgesetzbuch (§ 31 SGB VIII)
- Gesundheitsschutz, Sicherstellung des Notarzttdienstesinsatzes
- Beobachtung und Auswertung relevanter Berichte und Forderungen in Medien
- Personalbewirtschaftung
- Betrieb von Feuerwachen und Feuerwehrräusern
- Verkehrssicherung und Gefährdungsbeurteilung von Straßen und Wegen
- Beurteilung und Einweisung nach dem Gesetz über Hilfen und Schutzmaßnahmen bei psychischen Krankheiten (PsychKG)
- Beurkundung von Geburten und Sterbefällen
- Einzelfallhilfe gemäß dem Asylbewerberleistungsgesetz (§ 2 u. 3 AsylbLG)
- Objekt- und personenbezogene Sozialarbeit und Betreuung
- Wirtschaftliche Jugendhilfe
- Gefahrenabwehr bei Kindeswohlgefährdung
- Betrieb städtischer Krankenhäuser
- Wahrnehmung besonderer Verkehrssicherungspflichten
- Erhebung, Zusammenführung, Analyse, Auswertung und Bereitstellung von soziogeografischen Daten

Die obige Auswahl ist ein kleiner Ausschnitt aus den kommunalen A-Aufgaben, die für das gesellschaftliche Leben auch in einer großflächigen und langanhaltenden Ka-

tastrophenlage funktionsfähig bleiben müssen. Diese können sich allerdings zwischen den Kommunalverwaltungen je nach Randbedingungen, wie beispielsweise der Lage, der sozialen Struktur oder der Größe, unterscheiden.

Nachdem die A-Aufgaben für einen Notfallplan bestimmt sind, müssen konkrete Maßnahmen erarbeitet oder Voraussetzungen geschaffen werden, damit genau diese Aufgaben auch unter den Bedingungen einer Krise – sogar unter sehr viel stärkerer Belastung und Auslastung – wahrgenommen werden können. Dazu hat das Projekt in der zweiten Stufe gemeinsam mit den Städten und Landkreisen Prozesssteckbriefe erarbeitet, die die notwendigen Grundlagen an Daten und Informationen über beispielsweise Zielgruppen, Schnittstellenorganisationen, notwendige IT-Infrastruktur oder erforderliche Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter bereitstellen.

Um nun die umfangreichen und vielfältigen Daten auszuwerten und zur Verfügung stellen zu können, bedarf es einer geeigneten IT-Lösung (Abbildung 5), denn die Basisdaten für die Erhebung sind bei allen Kommunalverwaltungen unterschiedlich strukturiert und detailliert, wie beispielsweise ein Katalog über kommunale Produkte und Leistungen, Aufgabengliederungspläne, Prozessdatenbanken oder Ziel-Prozess-Modelle.

Die Prozessdatenbank ist auch ein Teil der Verwertung der Projektergebnisse. Hiermit kann das Projekt die essenziellen Ergebnisse in allgemeiner Form für jede Kommunalverwaltung in Deutschland bereitstellen, ohne auf die spezifischen Daten der beteiligten Städte und Landkreise verzichten zu müssen. Mit der Prozessdatenbank wird es möglich, in einer Krisensituation das notwendige kommunale Leistungsspektrum und die erforderlichen Maßnahmen (zum Beispiel Schulungen für Ersatzpersonal, Schaffung ersetzender Infrastruktur, Einführung des Schichtdienstes) bereitzustellen, die zur Aufrechterhaltung der Funktionsfähigkeit notwendig werden. Durch die Kooperation mit der Kommunalen Gemeinschaftsstelle für Verwaltungsmanagement (KGSt) können fast alle Städte und Landkreise Deutschlands erreicht werden.

Mit der Umsetzung der Ergebnisse in der Stadt Gelsenkirchen erfolgt auch eine Validierung der Übertragbarkeit sowie eine weitere Verbreitung und Verwertung der Ergebnisse über den Arbeitskreis Bevölkerungsschutz im Ruhrgebiet. Dieser wurde von der Feuerwehr Gelsenkirchen in Anlehnung an den Interkom-Kooperationsgedanken gegründet und wird von 15 Ruhrgebietsfeuerwehren getragen. Die bundesweite Verbreitung der Ergebnisse erfolgt unter anderem auch mit einem Merkblatt der Vereinigung zur Förderung des Deutschen Brandschutzes e.V. (vfdb) zum Thema „Krisenmanagement bei großflächigen, längerfristigen

Stromausfällen im Bereich kommunaler Verwaltung – Sicherstellung der Basisprozesse“, das zurzeit mit der Feuerwehr Gelsenkirchen erstellt wird.

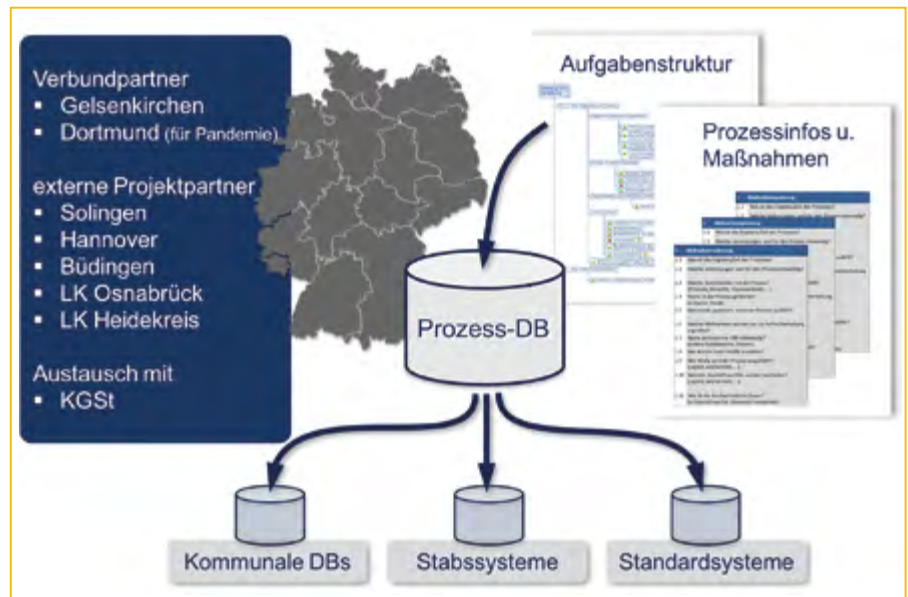


Abbildung 5: Prozessdatenbank zur Auswertung und Bereitstellung von Prozessinformationen über kommunale Aufgaben in einer Krise
(Quelle: Universität Paderborn, Armand Schulz)

Die Kooperation aller beteiligten Städte und Landkreise mit dem Interkom-Projekt fällt auf fruchtbaren Boden, denn die Städte sind daran interessiert, sich mit anderen Kommunen auszutauschen und voneinander zu lernen, um die komplexen Herausforderungen einer Krisensituation, wie Stromausfall oder Pandemie, bewältigen zu können. Die Ergebnisse aus dem Projekt Interkom bilden die ideale Grundlage und einen strukturierten Rahmen, um eine individuelle Notfallplanung für jede Stadt zu erstellen. In Zukunft ist dies auch mit Beteiligung der Projektpartner oder anderen Branchendienstleistern möglich.

Weiterführende Informationen über Armand Schulz

E-Mail: a.schulz@cik.uni-paderborn.de

Mobil: 0171 4179888

Büro: 05251 602232

Prof. Dr.-Ing. Rainer Koch ist an der Universität Paderborn, Fakultät Maschinenbau, Leiter der Fachgruppe *Computerintegration in Konstruktion und Planung*,
Dipl.-Ing. Armand Schulz ist Wissenschaftlicher Mitarbeiter dieser Fachgruppe,
Inga Karl (M. Sc.) ist Wissenschaftliche Mitarbeiterin im Bereich *Mensch-Computer-Interaktion* an der Hochschule Hamm-Lippstadt,
Oberbrandrat Ansgar Stening (M. Sc.) ist Abteilungsleiter *Einsatzplanung, -lenkung, Bevölkerungsschutz* bei der Feuerwehr Gelsenkirchen.

Identifizierung von Kulturgut und dessen Schutz

Was ist eigentlich bedeutendes und schützenswertes Kulturgut?

Daniela Vogt

I. Der Umgang mit Kult- und Kulturgegenständen ist für die kollektive Identität einer Gruppe, somit auch für einen Staat, wichtig. Kulturgütern wird im Gegensatz zu „anderen Gegenständen“ eine spezielle Bedeutung und Symbolik zugeschrieben, was wiederum zu einer gesellschaftlichen Werterhöhung und einem besonderen Schutz führt. Es sind einzelne frühere Sachgegenstände, die in späteren Epochen zu einem Kulturgut werden, da sie die veränderten Lebensverhältnisse und die allgemeine Kulturgeschichte beispielhaft spiegeln. Mit der Beschädigung oder Zerstörung von Kulturgut gehen jedoch Informationen und gesellschaftliche Werte unwiederbringlich verloren. Ursachen Gewalt oder Krieg Zerstörung an Kulturgütern,

Kulturgut allgemeine Kriterien, die auf Artikel 1 der Haager Konvention (1954) zurückgehen.

Zumeist muss dem Objekt aus einer Reihe von religiösen oder weltlichen Gründen – als Kultgegenstand für religiöse Rituale, als Herrschaftssymbole, als Form der Landschaftsgestaltung, oder als Ausdruck menschlichen Erfindungsgeistes – eine herausragende Bedeutung zugeschrieben werden. Bewegliche wie unbewegliche Objekte zählen dazu, wie Bau- und Kunstwerke, Mahn- und Denkmale, prähistorische Stätten wie auch Museen, Bücher und Archivalien sowie deren Aufbewahrungsorte wie Bibliotheken und Archive, aber auch deren Reproduktionen. In späteren UNESCO-Abkommen ist der Begriff stetig erweitert worden, beispielsweise um das „immaterielles Kulturgut“, wozu insbesondere Dialekte, Brauchtum, Musik zählen.

Es handelt sich bei Kulturgut immer um stilistisch oder typologisch seltene Objekte. Die einzige Kirche im Dorf zu sein, reicht nicht aus. Kulturgüter sind zumeist „Meisterwerke menschlichen Schaffens“ oder es sind zum Beispiel historische Objekte, die symbolisch für eine Epoche oder einen Kulturraum stehen. Der Seltenheitswert ist eng an den Erhaltungszustand der Objekte gebunden. Einmalige, sehr gut erhaltene Kulturgüter besonderer Provenienz können daher international große Bedeutung erlangen, wie beispielsweise die Weltkulturerbe-Stätten.

Die sehr allgemein gehaltenen Kriterien bieten nicht nur einen großen Interpretationsspielraum, sondern zugleich auch einen Mindeststandard für die Bestimmung eines Kulturgutes. Sachverständige präzisieren den Einzelfall mittels der festgelegten Kriterien, was eine wissenschaftliche Begründung gibt und die Willkür nimmt. Dem vorangegangen ist bereits ein gesellschaftlicher Prozess. Geschichte und Geschichten, Abbildungen und mediale Präsenz machen ein Objekt in der Bevölkerung bekannt – und beliebt. Die Nominierung von Schloss Neuschwanstein als UNESCO-Welterbe löste in akademischen Kreisen Empörung, in der Öffentlichkeit Begeisterung aus. Warb es Jahrzehnte für das friedliche, romantische Deutschland, so steht es durch seine Kommerzialisierung, nicht zuletzt durch die Amerikaner, für die internationale Pop(ulär)Kultur. Das Märchenschloss fasziniert jährlich Massen von Besuchern und ist – auch ohne Welterbesiegel – eines der am häufigsten besuchten Reiseziele Deutschlands.



Auch nicht mehr genutzte Industrieanlagen können bedeutendes und schützenswertes Kulturgut sein: das Weltkulturerbe Völklinger Hütte. (Foto: Weltkulturerbe Völklinger Hütte / Gerhard Kassner)

können im Extremfall politische Umwälzungen mit diesen Verlusten einhergehen, daher ist Kulturgut auch als ein Sektor in die nationale KRITIS-Strategie aufgenommen. Will man Kulturgut umfassend schützen, dann müssen die jeweiligen Güter identifiziert und Gefahren benannt werden.

II. Der Begriff „Kulturgut“ ist nur schwer zu präzisieren, was sich unter anderem darin zeigt, dass es keine allgemein gültige Definition gibt. Jedoch finden sich in den internationalen Begriffsbestimmungen der UNESCO zum

Zumeist heben sich „die Objekte an sich“ aus der Masse an Gütern heraus, und sie haben eine gewisse Zeitlosigkeit. Da sich im Laufe der Zeit wissenschaftliche Erkenntnisse ebenso verändern wie der Erhaltungszustand, gesellschaftliche Werte oder die Umgebung, können diese Faktoren Auswirkungen auf die Bewertung sowie den Schutz haben.

III. Grundsätzlich gilt, dass sämtliches Kulturgut schützens- und erhaltenswert ist, jedoch haben die einzelnen Güter unterschiedliche Wertigkeit. Um Kulturgut zu schützen und erhalten zu können, muss es zunächst anhand der Kriterien identifiziert und in Inventarlisten zusammengetragen werden. Dieses Verzeichnis, im Idealfall eine Gesamtliste, das regelmäßig zu aktualisieren ist, begrenzt zugleich den Gesamtbestand der Kulturgüter. Anhand dieser umfassenden Inventarlisten können Kulturgüter dann, entsprechend der Thematik z. B. nach Art, Bedeutung oder Region, geordnet und priorisiert werden. Die Wichtigkeit eines Kulturgutes wird indirekt über das Ausmaß des Schutzes, über das jeweilige Sicherheitsniveau und Schutzkonzept durch die Verantwortlichen festgelegt. Außerdem können die Bedeutung und der Schutz der Objekte relativ zueinander bestimmt werden, wodurch es zu Priorisierungen kommt. Neben den grundlegenden Daten können zusätzliche Informationen in den Listen zu den Gütern hinterlegt werden. Die Verzeichnung der Lage und der Eintrag in entsprechende Karten bieten insbesondere im Falle von Naturgefahren die Möglichkeit, die Risiken und ihre Wahrscheinlichkeit des Eintretens besser abzuschätzen.

Erfassung, Listung und Kartierung von sämtlichem Kulturgut erleichtert die Priorisierung und Planung für präventive Maßnahmen und die Bewältigung eines Ereignisses.

IV. Zum Erhalt und Schutz von Kulturgut müssen des Weiteren die Gefahren und das Risiko einer Bedrohung im Einzelfall, entsprechend dem jeweiligen Objekt, identifiziert werden.

Eine Gefahr für alle Kulturgüter stellt der schleichende, natürliche Alterungsprozess dar, dem mit Maßnahmen zur Konservierung, Restauration und Dokumentation begegnet wird. Unwetter oder Unfälle aufgrund von technischem oder menschlichem Versagen bilden ein weiteres Risiko. Große Schäden und dauerhafte Verluste an Kulturgut entstehen zumeist durch Naturkatastrophen, wie Hochwasser, Erdbeben, Vulkanausbrüche, deren Wahrscheinlichkeit jedoch verhältnismäßig gut abschätzbar ist. Infolge von kriegerischen Auseinandersetzungen, gewalttätigen Terrorakten und Vandalismus ist ebenfalls mit immensen Schäden und Verlusten an Kulturgut zu rechnen. Gegen Vandalismus, Diebstahl und illegalem Handel hilft primär Aufklärung, also Bekanntheit. Ihr Risiko ist genauso schwer einschätzbar wie der Eintritt gewalttätiger und kriegerischer Ereignisse, was die Prävention erschwert. Weitere Gefahren gehen von den Auswirkungen des Klimawandels durch zunehmende großräumige Naturkatastrophen und veränderte klimatische Bedingungen aus, so dass verstärkt auch international der Schutz von Kulturgut vor Naturka-

tastrophen verstärkt gefordert wird. Auch die internationale Sicherheitspolitik stellt eine neue Herausforderung dar. Heute sind dies zunehmend innerstaatliche, ethnische bewaffnete Konflikte. Auch nimmt die Bedrohung und Verletzbarkeit durch extreme Terrorakte zu. Hier bietet die Dokumentation, wie etwa die Sicherungsverfilmung des Bundes, einen relativen Schutz.

V. Besonders bedeutsame, schützenswerte Kulturgüter gehen in das gesellschaftliche Eigentum über. Ihnen ist nicht nur ihr Marktwert genommen, sie stehen aufgrund ihrer Wertigkeit unter besonderem Schutz, der vom Staat



Unscheinbar, aber für die Rechtsansprüche der Deutschen Könige und Kaiser von immenser Bedeutung: der Karlsthron im Aachener Dom.
(Foto: wikipedia / CC BY-SA 3.0)

gewährleistet werden sollte. Neben den Verfassungen der Länder sollte der Kulturschutz im Grundgesetz (GG) zum Ausdruck kommen. Der Vorschlag der Enquête-Kommission „Kultur in Deutschland“ (2007) Artikel 20b GG um den Absatz: „Der Staat schützt und fördert die Kultur.“ zu ergänzen, schloße diese Forderung ein, die jeweiligen Kompetenzen blieben erhalten.

Dr. Daniela Vogt ist Mitarbeiterin im Referat Risikomanagement KRITIS, Schutzkonzepte KRITIS, KGS nach Haager Konvention im BBK.

Safety, Security und Resilience Engineering

Sicherheit entwickeln und nachweisen im Zeitalter der Digitalisierung

Ivo Häring, Patrick Gelhausen, Alexander Stolz und Stefan Hiermaier

Ob Smart Cities, intelligente Stromnetze oder Elektromobilität: Die stetige technologische Entwicklung hat insbesondere im Kontext der Digitalisierung weitreichende Wechselwirkungen von komplexen sozio-technischen Systemen mit Mensch und Umwelt zur Folge. Dabei ergeben sich einerseits zahlreiche neue Chancen und Fortschrittmöglichkeiten, andererseits aber auch eine Vielzahl neuer Risiken und Herausforderungen. Immer komplexer werdende Systeme sind anfälliger gegen unerwünschte Ereignisse. Der Ausfall einzelner Systeme kann kaskadierende Effekte und Katastrophen nach sich ziehen. Dieser Herausforderung erfolgreich zu begegnen, ist notwendige Voraussetzung für eine gleichermaßen hochentwickelte und resiliente Gesellschaft.

Resilience Engineering, gesehen als neue Perspektive im Bereich Sicherheits- und Risikomanagement, liefert Methoden und Werkzeuge zur Bewältigung dieser Herausforderungen. Klassische Ansätze legen ihre Schwerpunkte auf die Identifizierung und Vermeidung von Zwischenfällen. Resilience Engineering geht noch einen Schritt weiter, akzeptiert das Eintreten widriger Ereignisse und bietet Wege zur Bewältigung der Folgen an. Resilience Engineering beschäftigt sich in diesem Sinne mit vernetzten Geräten und

autonomen Maschinen für Produktion und Logistik ebenso wie mit Gebäuden, Stadtvierteln, Kommunikations-, Verkehrs- oder Energienetzen.

Sicherheit hat viele Dimensionen

Moderne vernetzte Systeme wie intelligente Stromnetze müssen nicht nur vor Ausfällen geschützt werden, sondern im Falle einer Störung auch widerstandsfähig reagieren. Das bedeutet, die Auswirkungen möglichst gering zu halten und den Normalbetrieb so schnell wie möglich wiederherzustellen.

Im Idealfall sind resiliente Systeme nach einer Störung sogar effizienter und widerstandsfähiger sowie „sicherer“ als vorher („Bounce back better“). Dazu muss der Begriff der Sicherheit mehrdimensional gedacht werden: So unterscheidet der englische Sprachraum zwischen „Security“, also der Sicherheit vor Angriffen oder Störungen, von außen; und „Safety“, dem Schutz der Anwender vor Gefahren ‚durch das System bzw. von innen‘ wie z. B. Feuer oder Explosionen. Ein modernes Risiko- und Chancenmanagement muss diese beiden Dimensionen einbeziehen und weiterentwickeln, um ein System resilient zu gestalten.

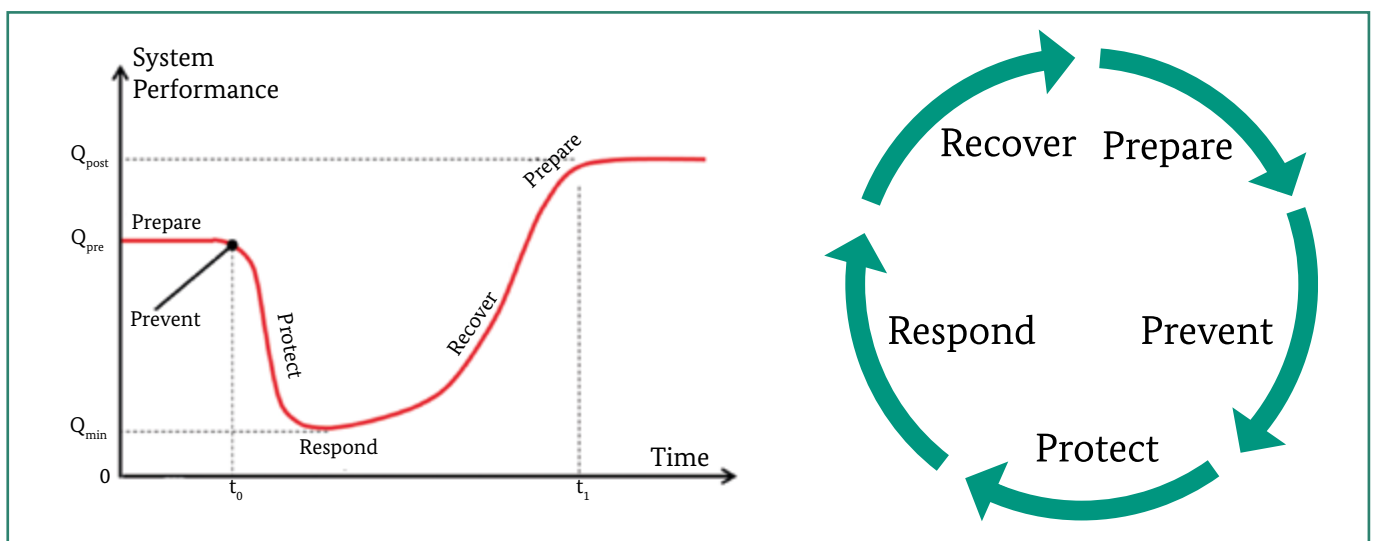


Abbildung 1: Resilienzmanagementzyklus. Beispiel für das zeitliche Leistungsverhalten eines Systems im Fall eines disruptiven Ereignisses. Moderne Sicherheitskonzepte versuchen in allen Phasen eine Optimierung zu erreichen, um Risiken zu kontrollieren und Chancen zu optimieren.

Resilience Engineering – Ein neues Konzept

Resilience Engineering begegnet diesem Anspruch durch die gezielte Planung und Entwicklung widerstandsfähiger Systeme. Denn es geht nicht nur um die Vermeidung von Gefahrensituationen, sondern auch um die Maximierung von Überlebenschancen der betroffenen Menschen und eine schnelle Wiederherstellung der Ausgangssituation nach einem disruptiven Ereignis.

Hierfür hat Resilience Engineering geeignete Schemata entwickelt, anhand derer Szenarien analysiert werden können. Damit lässt sich erfolgreiches Resilienzmanagement zeitlich in die Phasen Prepare (Vorbereiten), Prevent (Verhindern), Protect (Schützen), Respond (Reagieren) und Recover (Wiederherstellen) einteilen (Abbildung 1).

Am Beispiel Erdbeben erläutert, bedeutet dies, dass zu nächst klassische Bauingenieurthemen zum Tragen kommen. Gebäude werden erdbebensicher ausgelegt und gebaut. Beim Eintreten einer Katastrophe – sei es ein Beben oder ein gänzlich unerwartetes Ereignis – kann es dennoch zum Einsturz kommen. Ab diesem Zeitpunkt gilt es, Rettungskräfte zu organisieren, Transport- und Versorgungssysteme wiederherzustellen oder etwa Notunterkünfte bereitzustellen. Governance ist notwendig, um alle Maßnahmen zu koordinieren und dabei die öffentliche Ordnung aufrechtzuerhalten. Gelingt all dies, so stehen in vergleichsweise kurzer Zeit wieder Häuser, Infrastruktur und Transportwege zur Verfügung. Das System kann als resilient bezeichnet werden. Das Erdbeben in Kobe 1995 bestätigte das hohe Maß an Resilienz in Japan. Haiti 2010 ist ein trauriges Beispiel für das Gegenteil.

Nach denselben Gesichtspunkten lassen sich auch andere gesellschaftlich relevante Strukturen hinsichtlich Szenarien wie terroristischer Anschläge, Cyber-Attacken oder anderer disruptiver Ereignisse untersuchen und auslegen.

In unserer modernen, vernetzten Welt wirken sich Krisen in Teilsystemen, etwa der Energieversorgung, schnell auf andere Systemkomponenten, hier z. B. das Internet, Krankenhäuser oder Transportsysteme, aus. Da dies praktisch alle Systemtypen betrifft, ist Resilience Engineering für so unterschiedliche Disziplinen wie Ingenieure, Architekten, Städteplaner, IT-Experten oder auch Rückversicherer interessant.

Funktionale Sicherheit

Ein bereits länger praktizierter Ansatz im Umfeld "Safety and Security Engineering" untersucht die Sicherheitsfunktionen von elektronischen Bauteilen und Systemen. Ein exemplarisches Anwendungsfeld mit katastrophalem Ausgang ist derzeit beim Smartphone Galaxy Note7 zu beobachten. Überhitzungsprobleme führten dazu, dass das Gerät vollständig aus dem Markt genommen werden musste.

Effiziente und belastbare Nachweise von funktionaler Sicherheit technischer Systeme sind heute ein kritisches Nadelöhr oder auch Alleinstellungsmerkmal von Innovati-

onen und Produkten. Man denke nur an autonome Mobilität. Dies gilt umso mehr als die multi-technologischen vernetzten Systeme immer umfassendere Sicherheitsbetrachtungen erfordern. Insbesondere die Berücksichtigung von IT-Sicherheit in sicherheitskritischen vernetzten Systemen ist ein hochaktuelles Thema. Schlagworte sind hier u. a. Industrie 4.0, Internet der Dinge und taktiles Internet.

Aufgrund einer immer größeren Anzahl und Vielfalt möglicher Störungen bzw. Schadensereignisse wird der sicherheitstechnische Nachweis für Hersteller und Verantwortliche immer herausfordernder und die entsprechende Qualifikation des involvierten Personals immer wichtiger. Aufgrund des allgemeinen Fachkräftemangels wird es jedoch immer schwieriger, diese Experten zu finden und zu halten. Ein durchgängiges Weiterbildungs- und Schulungskonzept wird deshalb immer wichtiger.

Akademische Weiterbildung: Diplomas and Certificates of Advanced Studies

Für diesen Bedarf bietet die Fraunhofer Academy mit dem Fraunhofer EMI als Partner sowie in wissenschaftlicher Kooperation mit der Albert-Ludwigs-Universität Freiburg die Diploma of Advanced Studies (DAS)

- »Resilience Engineering« und
- »Safety and Security Engineering«

nach den renommierten Swissuni-Standards an. Diese umfassen in entsprechender Zuordnung je drei der Module Risikoanalyse, Resilienzanalyse, Technische Sicherheit sowie Strukturelle Sicherheit, die in flexiblen Blended Learning-Formaten als Kurseinheiten behandelt werden. Die Module werden jeweils in einem halben Jahr durchlaufen. Weitere umfassende Informationen finden sich auf der Website der Fraunhofer Academy.

Mit Hilfe dieser Ansätze erhalten Unternehmen und Behörden die Möglichkeit, erwartbare und nicht-erwartbare Schädigungs- bis Krisenszenarien von Systemen in den genannten Anwendungsgebieten besser zu verstehen, zu analysieren und zu kontrollieren. Sowie vor allem entsprechende Prozesse, Methoden und Maßnahmen in der Entwicklung, im Nachweis, in Betrieb und Wartung zu ergreifen um sich damit auf das Unerwartete vorzubereiten. Damit können sie sich nicht nur besser vor Gefahren schützen, sondern steigern auch Effizienz und Nachhaltigkeit, um neue Technologien und Chancen zuverlässig zu nutzen, dies gilt insbesondere auch für moderne durch Software und Elektronik dominierte Systeme.

Dr. Ivo Häring, Dr. Patrick Gelhausen, Dr. Alexander Stolz und Prof. Dr. Stefan Hiermaier sind Mitarbeiter des Fraunhofer-Institutes für Kurzzeitdynamik, Ernst-Mach-Institut, EMI.

VeSiKi

Allgemeine IT-Sicherheitsbedrohungslage unter besonderer Berücksichtigung des Bevölkerungsschutzes

Dennis-Kenji Kipker, Steffi Rudel und Ulrike Lechner

VeSiKi (Vernetzte IT-Sicherheit Kritischer Infrastrukturen) ist das wissenschaftliche Begleitforschungsprojekt im BMBF Forschungsprogramm „IT-Sicherheit für Kritische Infrastrukturen“ (ITS|KRITIS). www.itskritis.de ist die Vernetzungsplattform des BMBF-Forschungsschwerpunktes „IT-Sicherheit für Kritische Infrastrukturen“ und bietet weitergehende Informationen zu aktuellen Themen der Cybersicherheit und Forschung. VeSiKi twittert zu Themen der IT-Sicherheit für Kritische Infrastrukturen unter #itskritis und @ITSKRITIS.

Der Schutz der Bevölkerung vor Bedrohungen der Cybersicherheit in Kritischen Infrastrukturen ist ein neues Thema des Bevölkerungsschutzes. Das Bundesamt für Bevölkerungsschutz begleitet aktiv die Forschung zur IT-Sicherheit und des Schutzes der Bevölkerung und der Kritischen Infrastrukturen vor Cyberattacken in dem Forschungsprogramm „IT-Sicherheit für Kritische Infrastrukturen“ des Bundesministeriums für Bildung und Forschung (BMBF).



Mögliche Bedrohungen der Cybersicherheit in Kritischen Infrastrukturen finden zunehmend Beachtung.
(Foto: Stephanie Hofschlaeger / pixelio.de)

Am 20. und 21. Juni 2016 kamen die Beteiligten des Forschungsprogrammes „IT-Sicherheit für Kritische Infrastrukturen“ – kurz ITS|KRITIS – zur Zweiten Jahreskonferenz in Bremen zusammen, um sich gemeinsam mit insgesamt 150 Gästen aus Wissenschaft, Wirtschaft, Politik und Behörden über die aktuellen technischen, rechtlichen

und politischen Entwicklungen für KRITIS auszutauschen sowie erste Forschungsergebnisse vorzustellen. Das Forschungsprojekt VeSiKi hat zur wissenschaftlichen Vernetzung der zwölf interdisziplinär aufgestellten Forschungsprojekte des Forschungsschwerpunktes in das traditionsreiche Haus der Wissenschaft in Bremen eingeladen. Das vielfältige Programm kombinierte wissenschaftliche Vorträge verschiedener Fachdisziplinen, Keynotes, Workshops und Präsentationen der einzelnen Forschungsprojekte. Den wissenschaftlichen Rahmen bildete eine begleitende Ausstellung zu aktuellen Forschungsergebnissen.

Der Bedeutung von Cybersicherheit für den Schutz der Bevölkerung, für die Wirtschaft genau wie für den Einzelnen war der öffentliche Teil der Veranstaltung gewidmet. Prof. Matthias Stauch, Staatsrat beim Senator für Justiz und Verfassung der Freien Hansestadt Bremen, richtete zur Eröffnung der Konferenz das Begrüßungswort an die Gäste. Die Digitalisierung industrieller Prozesse – Industrie 4.0 – das sei aus wirtschaftlicher Sicht ein wesentlicher, nicht zu vernachlässigender Wettbewerbsfaktor. Die Digitalisierung und Revolutionierung betreffe aber nicht nur die Produktion, sondern auch die kommunikativen Prozesse und die Zirkulation von Waren. Besonders betont wurde von Stauch die gesellschaftliche Verantwortung; dem Faktor Mensch komme unter dem Stichwort „Arbeit 4.0“ im digitalisierten Produktionsprozess hohe Bedeutung zu. Bei alledem sei IT-Sicherheit eine Grundvoraussetzung.

Dem Verhältnis von Datenschutz und Datensicherheit in Kritischen Infrastrukturen widmete sich im Folgenden Peter Schaar, vormaliger Bundesbeauftragter für den Datenschutz und die Informationsfreiheit sowie Vorsitzender der Europäischen Akademie für Informationsfreiheit und Datenschutz (EAID) Berlin, in einer Grundsatzrede mit dem Titel „Datenschutz und IT-Sicherheit – Gleichklang oder Widerspruch“. IT-Sicherheit meine den Schutz der Vertraulichkeit, Integrität und Verfügbarkeit von Daten. Datenschutz hingegen sei ein seit dem sogenannten Volkszählungsurteil des Bundesverfassungsgerichts (BVerfG) höchststrichterlich anerkanntes Grundrecht, das als allgemeines Persönlichkeitsrecht der Wahrung der Menschenwürde und der freien Entfaltung der Persönlichkeit diene. Der Einzelne habe Anspruch auf die Intimität und Vertraulichkeit informationstechnischer Systeme, in die nur in begründeten Einzelfällen eingegriffen werden dürfe. Schaar zeigte anhand einzelner Beispiele auf, dass IT-Sicher-

heit und Datenschutz sich immer wieder auch in Konfliktbereichen gegenüber stehen und nannte Lösungsansätze, um solche Konfliktfälle beherrschbar zu machen. Ein ausbalanciertes, faires System zu schaffen sei im wirtschaftlichen und politischen Interesse.

Prof. Dr. Hanno Friedrich von der Kühne Logistics University Hamburg (KLU) stellte anschließend die Forschungsergebnisse des BMBF-Forschungsprojektes SEAK zur Bewältigung von Versorgungsengpässen in der Lebensmittel-Lieferkette vor. Dabei wurden verschiedene Sicherheitsszenarien genauer beleuchtet, darunter Hitzeperioden, ein Arbeitskräfteausfall und ein IT-Ausfall. Friedrich kam zu dem Ergebnis, dass Notfallpläne zwar für Ausfälle der IT, nicht hingegen für Beeinträchtigungen in der Logistik in den Unternehmen vorhanden seien. Die Notwendigkeit präventiven Risikomanagements für extreme Ereignisse sei insgesamt nur schwer vermittelbar, dennoch müssten im Notfall mangels ausreichender staatlicher operativer Ressourcen Unternehmen die Versorgung übernehmen. Auch der Bevölkerung ist nicht unmittelbar gegenwärtig, dass Sie sich selbst für mehrere Tage im Ernstfall versorgen müsste – bevor von staatlicher Seite Hilfe zu erwarten wäre.

In einem Live Hacking einer simulierten Windenergieanlage wurde anschließend von den Sicherheitsexperten Dirk Reimers und Markus Ohnmacht die Verwundbarkeit von Kritischen Infrastrukturen plastisch dargestellt.

Supervisory Special Agent Edward H. You, Federal Bureau of Investigation (FBI), Washington, D.C., referierte unter dem Vortragstitel „Current and Future Challenges to Cybersecurity, the Economy, Defense, and Health“ und beleuchtete das Thema Cyber-Security aus Sicht einer US-amerikanischen Bundesbehörde. Ausdrücklich wies You dabei auf den Wert von Gesundheitsdaten hin, insbesondere wenn diese im Sinne intimer Persönlichkeitsprofile mit sonstigen personenbezogenen Daten kombiniert würden. Hier gebe es für die Zukunft ein erhebliches Schutzpotenzial, das vor allem durch Maßnahmen effektiver IT-Security umgesetzt werden könne.

Dr. Timo Hauschild, Referatsleiter beim Bundesamt für Sicherheit in der Informationstechnik (BSI), trug zu „Resiliente IT in Kritischen Infrastrukturen – UP KRITIS und IT-Sicherheitsgesetz als Wegbereiter“ vor. Er wies auf die enorme Bedeutung der IT in sämtlichen anerkannten Kritischen Infrastrukturen hin; diese ließen sich ohne eine funktionierende Informationstechnik regelmäßig nicht beherrschen. Sodann legte Hauschild den Fokus seiner Betrachtung auf den Anwendungsbereich des IT-Sicherheitsgesetzes sowie des BSI-Gesetzes (BSIG) und erläuterte, dass hiernach die Definition Kritischer Infrastrukturen gem. § 2 Abs. 10 BSIG enger gefasst sei als im fachwissenschaftlichen Sprachgebrauch, was insbesondere auf eine fehlende

Gesetzgebungskompetenz des Bundesgesetzgebers zurückgeführt werden könne.

Hauschild stellte weiterhin dar, unter welchen Voraussetzungen von Kritischen Infrastrukturen im Sinne des BSIG gesprochen werden könne. Anschließend wies er auf die wesentlichen Neuregelungen der durch das IT-Sicherheitsgesetz eingefügten §§ 8a und 8b BSIG hin und schilderte sodann deren Konzeption. Dabei veranschaulichte er die Rolle und Eingliederung des BSI in die gesetzlichen Vorschriften. Schließlich stellte Hauschild den UP KRITIS, eine öffentlich-private Kooperation zwischen den Betrei-



Grafik: Antje Delater / pixelio.de

bern Kritischer Infrastrukturen, deren Verbänden und den zuständigen staatlichen Stellen vor. Dessen Ziel sei es, die Vorgaben des BSIG zum Nutzen aller umzusetzen und damit die Versorgung mit Dienstleistungen Kritischer Infrastrukturen in Deutschland aufrechtzuerhalten.

Die zwölf Forschungsprojekte im Förderschwerpunkt präsentierten in der begleitenden Ausstellung und in Vorträgen die Resultate ihrer Forschung. Den „Faktor Mensch“ und wie der Mensch in Konzepten der Cybersicherheit richtig adressiert wird, hat das Projekt **SiDate** in einem Serious Game zu Methoden des Social Engineering demonstriert. „Social Engineering“ bezeichnet in der Cyber-Sicherheit Methoden, um Menschen dergestalt zu manipulieren, dass sie sensible Daten preisgeben. Die Spieler überlegten sich, wie sie Mitarbeiter einer fiktiven Firma angreifen können, welche Daten sie erhalten würden und wie sie dieser Firma schaden könnten. Das Projekt **ITS.APT** stellte Forschungsergebnisse vor, wie Mitarbeiter speziell in der Kritischen Infrastruktur „Krankenhaus“ ausgespäht und

angegriffen werden können und wie das Bewusstsein von Mitarbeitern für Cyberrisiken für Patienten, Angestellte und die IT eines Krankenhauses geschärft werden kann. Die Absicherung von Zugängen zu Kritischen Infrastrukturen beispielsweise in der Fernwartung ist eines der For-

ponenten nutzt das Projekt **SURF**, um komplexe Industrie 4.0-Systeme abzusichern.

Mit der Fragestellung, wie moderne Cybersicherheitskonzepte für die kleinen und mittleren Betreiber Kritischer Infrastrukturen (KMUs) umgesetzt werden können,



Die Komplexität Kritischer Infrastrukturen macht Cyberattacken besonders gefährlich.
(Foto: Stephan Landgraf / pixelio.de)

schungsthemen von **AquaIT Lab** – dieses Forschungsprojekt thematisiert Cyberbedrohungen an der Schnittstelle Mensch-Technik.

Die Technik Kritischer Infrastrukturen, die für die Versorgung der Bevölkerung und die öffentliche Ordnung essenziell ist, haben verschiedene Forschungsprojekte zum Thema. Die IT-Sicherheit von Verkehrsleitständen ist der Schwerpunkt von **CyberSafe**. **RiskViz** und **INDI** überwachen und analysieren die Netze mit Produktions- und Steuerungsanlagen und betrachten hier auch Protokolle und Technologien, die geschaffen wurden, bevor das Thema der Cyberbedrohungen Kritischer Infrastrukturen aktuell wurde. Ziel von **INDI** ist es, solche älteren Anlagen entsprechend der heute notwendigen und durch das IT-Sicherheitsgesetz geforderten rechtlichen Maßstäbe abzusichern. Bemerkenswert ist nicht nur die Menge an Daten, die hier analysiert werden muss, sondern auch, dass diese Analyse ohne Eingriff in die bestehende IT-Infrastruktur gelingt. Das Management von komplexen Technologien mit unzähligen verschiedenen Komponenten mit Kennzahlensystemen ist das Thema von **SICIA** – denn das Erkennen des Stands der IT-Sicherheit einer komplexen Anlage ist die erste Voraussetzung für einen sicheren Betrieb. **Prevent** erforscht die Absicherung von Rechenzentren, den Herzstücken von modernen IT-Landschaften Kritischer Infrastrukturen, gegen Cyberbedrohungen. Neue Technologie zur Absicherung von interagierenden Kom-

beschäftigt sich **SecMaaS**. Dieses Forschungsprojekt entwickelt Konzepte und Technologie für moderne, ressourceneffiziente Betreibermodelle für IT-Sicherheitservices. Das Projekt **MoSaiK** entwickelt Methoden, die bereits auf der Architekturebene ansetzen, um den Stand der Cybersicherheit Kritischer Infrastrukturen zu analysieren und zu verbessern.

VeSiKi als Begleitforschungsprojekt vernetzt sämtliche vorgenannten Projekte untereinander und wird aus den Lösungen der Verbundprojekte Konzepte und Technologien entwickeln, die sektorenübergreifend die Sicherheit Kritischer Infrastrukturen verbessern und die Bürger vor Cyberattacken und ihren physischen Auswirkungen schützen sollen. Auf den nächsten Veranstaltungen des gesamten Förderschwerpunktes „IT-Sicherheit für Kritische Infrastrukturen“, dem IT-Sicherheitsforum am 23. 11. 2016 in Berlin, und der nächsten Jahreskonferenz am 11. und 12. 10. 2017 eben-

falls in Berlin, werden die neuesten Forschungsergebnisse zum Schutz Kritischer Infrastrukturen und der Bevölkerung vor Cyberangriffen und ihren Auswirkungen vorgestellt.

Dr. Dennis-Kenji Kipker ist wissenschaftlicher Geschäftsführer des IGMR an der Universität Bremen und Mitglied des Vorstandes der Europäischen Akademie für Informationsfreiheit und Datenschutz (EAID), Berlin.

Dr. Steffi Rudel ist Wissenschaftliche Mitarbeiterin an der Fakultät für Informatik der Universität der Bundeswehr München und Projektleiterin im Projekt VeSiKi.

Prof. Dr. Ulrike Lechner ist Professorin für Wirtschaftsinformatik an der Universität der Bundeswehr München. Sie leitet das Projekt VeSiKi.

Ein Jahr nach INKA

Bestandsaufnahme im ASB-Katastrophenschutz

Ein Jahr nach dem INKA-Projekt („Professionelle Integration freiwilliger Helferinnen und Helfer in Krisenmanagement und Katastrophenschutz“) sind Themen wie die Einbindung spontaner Helfer, die Schaffung förderlicher Strukturen für das Ehrenamt sowie die Gewinnung neuer und Bindung bereits engagierter Ehrenamtlicher im Arbeiter-Samariter-Bund (ASB) gleich geblieben. In einem föderal aufgestellten Verband nimmt es manchmal einen längeren Zeitraum in Anspruch, um neue Strukturen und Prozesse bis in die unterste Ebene zu verankern und zu etablieren.

Innerverbandlich hat der ASB eine breitgefächerte Diskussion angestoßen, um mögliche Lösungen und damit ent-

hoc-Helfer in die eigenen Katastrophenschutzstrukturen einzubinden.

Einbindung spontaner Helfer im Rahmen der Flüchtlingshilfe

Wie bereits beim Hochwasser 2013 wurden wir als Verband vom Ausmaß der Hilfsbereitschaft überrascht. Zahlreiche Helferinnen und Helfer boten spontan und zeitlich begrenzt ihre Hilfe an. Diese war einerseits sehr willkommen, andererseits stellte sie auch eine zusätzliche Aufgabe dar, für die noch keine verlässlichen Strukturen geschaffen worden waren. Willkommen waren die Spontanhelfer, weil die

benötigten personellen Ressourcen für die Bewältigung der zahlreichen Aufgaben nur schwer aus den eigenen Reihen der ehrenamtlichen ASB-Einsatzkräfte erbracht werden konnten. Die ungebundenen Helfer allerdings adäquat einzubinden und ihnen eine sinnvolle Tätigkeit zuzuweisen, die auch noch den vorhandenen Qualifikationen einigermaßen gerecht wurde, stellte eine zusätzliche Aufgabe und im ersten Moment sogar eine Belastung dar.

Obwohl noch keine bundeseinheitliche Empfehlung zur Einbindung der Helfer von der ASB-Bundesgeschäftsstelle herausgegeben worden war, hatten die ASB-Gliederungen bereits eigene Arbeitsmaterialien und Konzepte in der Schublade, die nun schnellstmöglich umgesetzt werden mussten. So erleichterte beispielsweise



In der ASB-Notunterkunft in Berlin-Wilmersdorf kochten Freiwillige. Die Unterkunft wurde ausschließlich ehrenamtlich betrieben. (Foto: ASB)

sprechende Handlungsempfehlungen für die vorgenannten Themen anzubieten. Dieser Prozess und die Lösungsansätze sind nicht nur – aber sicher auch – den Erkenntnissen von INKA zu verdanken. 2016 war thematisch sehr stark von der Flüchtlingshilfe geprägt. Wie andere Hilfsorganisationen stand auch der ASB abermals dem Phänomen gegenüber, die spontan angebotene Hilfe durch Ad-

se die Abfrage vorhandener Qualifikationen die Zuteilung entsprechender Hilfeleistungen ungemein. Die Ad-hoc-Helfer wurden insbesondere in einfachen organisatorischen sowie sozialbetreuerischen Aufgabenfeldern eingesetzt: Dolmetschen, Aufbau von Feldbetten, Betreuung von Kindern und Jugendlichen oder der Betrieb einer Kleiderkammer.

Sowohl von den Einsatzkräften als auch von den Spontanhelfern wurde in einem ersten Resümee das gute und weitestgehend reibungslose Miteinander bei gegenseitiger Wertschätzung als positiv empfunden. Da die Praxis in diesem Fall die Theorie überholt hat, gilt es nun, auf Grundlage der bisherigen Erfahrungen das gesammelte Wissen, d.h. die bereits vorhandenen Konzepte, zu bündeln und in einer Arbeitshilfe mitsamt Checklisten zu hinterlegen.

Eine gute und gelungene Einbindung von Spontanhelfern in die Arbeitsstrukturen hängt von jeder einzelnen ASB-Einsatzkraft ab. Das nimmt gerade auch die Führungskräfte in die Pflicht, mit gutem Beispiel voranzugehen. Sensibilisierung für das Thema „ungebundene Helfer/innen“ sowie Rahmenbedingungen für deren Einsatz zu entwickeln, sind Aufgaben, die in der Ausbildung – sowohl am Standort als auch in der Führung – zu verankern sind.

Ausbildung im ASB-Katastrophenschutz

Die Ausbildung im Katastrophenschutz stand in ihrer Gesamtheit auf dem Prüfstand und wurde sukzessive analysiert, vor allen Dingen hinsichtlich der Inhalte und der Dauer der einzelnen Module. Ein nicht überraschendes Ergebnis: Die Ausbildung am Standort sowie die Führungsausbildung bedürfen einer Modifizierung, um den veränderten gesellschaftlichen Rahmenbedingungen Rechnung zu tragen, und zwar sowohl inhaltlich als auch hinsichtlich des zeitlichen Rahmens.

Die Grundausbildung bildet das Fundament unserer modularen KatS-Ausbildung und legt zugleich die Basis für die späteren Führungskräfte. Als Erstes wurde daher die Grundausbildung am Standort verändert. Im Mai dieses Jahres startete der Pilotlehrgang, in dem entsprechende Multiplikatoren aus allen Bundesländern auf das angepasste Ausbildungskonzept geschult wurden. In der Einheit „Verhalten im Einsatzdienst“ wird neben unseren Neutralitätsgrundsätzen und der Zusammenarbeit mit anderen Fachdiensten und Organisationen auch die Rolle jeder einzelnen Einsatzkraft und deren Außendarstellung thematisiert: Jeder Helfer repräsentiert im Einsatz immer auch den gesamten ASB.

Auch der erste Eindruck, den die Ad-hoc-Helfer vom ASB gewinnen, zählt und hat letztendlich Auswirkungen auf deren Motivation. Ob sie beim nächsten Einsatz gerne wie-

der den ASB unterstützen oder gar am Ende einen Mitgliedsantrag stellen, hängt u. a. von einer gelungenen Einbindung und der entsprechenden Wertschätzung ab. Auf der Agenda steht nun auch die Neukonzeption der nachfolgenden Bausteine der modularen Führungsausbildung. Das Umgestalten der Ausbildung im Katastrophenschutz wird im ASB als ein sich wiederholender Prozess gesehen, der immer wieder evaluiert und angepasst wird, bis letztendlich die einzelnen Ausbildungsbausteine feststehen. Neben dem Thema „Ausbildung und Einbindung/Umgang mit Ad-hoc-Helferinnen und -Helfern“ hat sich der ASB auch seinen Strukturen und Rahmenbedingungen im Ehrenamt zugewendet.

Der ASB als zukunftsfähige Hilfsorganisation

Um als Hilfsorganisation auch in Zukunft bestehen zu können, wurden seit 2014 für identifizierte Themenkomplexe kurz-, mittel- und langfristige Ziele mit Beteiligung der ASB-Basis erarbeitet und im Rahmen eines Kongresses Ende April 2016 durch den Bundesvorstand verabschiedet. Das beschlossene Strategiepapier enthält neben Bereichen wie „Lobbyarbeit“ oder „Der ASB als Arbeitsgeber“ natürlich auch das „Ehrenamt“, denn wir sind uns bewusst, dass das freiwillige Engagement die tragende Säule des ASB ist und haben uns verpflichtet, hierfür attraktive Rahmenbedingungen zu erhalten und weiterzuentwickeln. Um das Ehrenamt zu stärken, werden u. a. im Hauptamt „Freiwilligenkoordinationsstellen“ in allen regionalen Gliederungen angesiedelt. Mit diesen zusätzlichen hauptamtlichen Stellen erhält das Ehrenamt die notwendigen strukturellen und personellen Ressourcen, die bisher nicht in allen ASB-Gliederungen vorzufinden waren. Aus dem Projekt INKA hat der ASB ein breit gefächertes und gut aufbereitetes Wissen als assoziierter Partner mitgenommen, welches er jetzt in seine Umstrukturierungsprozesse – nicht nur im Katastrophenschutz – einfließen lässt.

Petra Albert, Referentin im Referat Katastrophen-/Zivilschutz, Rettungsdienst ASB Deutschland e. V.

Blau wie Wasser, blau wie das THW

Starkregenfälle richteten Anfang des Sommers in ganz Deutschland verheerende Schäden an: Häuser und Keller wurden überflutet, Verkehrsverbindungen und Wasserver-



Schlauch dran – und die Trinkwasseraufbereitung kann los gehen.

sorgung brachen zusammen. Mehr als 7.700 Helferinnen und Helfer des Technischen Hilfswerks (THW) kämpften im Juni und Juli insbesondere im Süden und Westen Deutschlands gegen die Auswirkungen der Naturgewalten.

Die Unwetter hatten in ganz Deutschland gewütet. THW-Fachberater Raphael Noe bot sich beispielsweise im baden-württembergischen Braunsbach ein Schreckensbild: „In der gesamten Ortschaft gab es keinen Strom, kein Telefon und kein fließendes Wasser mehr. Man muss sich das vorstellen: Häuser mit weggerissener Fassade und Schlaglöcher, so groß, dass selbst unser Gerätekraftwagen Schwierigkeiten hatte, an die Einsatzstellen zu gelangen.“

Pumpen, Räumen, Trinkwasser

Bei größeren Katastrophen wie diesen nimmt das THW eine Entlastungsfunktion für Feuerwehr, Polizei

und Rettungsdienste sowie wichtige Spezialaufgaben wahr. So räumten die THW-Einsatzkräfte zerstörte Gebäude sowie verschlammte Straßen und pumpeten Keller aus. Mit ihren THW-Hochleistungspumpen transportierten die Ehrenamtlichen bis zu 15.000 Liter Wasser pro Minute ab und reinigten mit Ölseparationsanlagen 750.000 Liter verschmutztes Wasser. Außerdem bereiteten sie im bayerischen Simbach am Inn insgesamt mehr als fünfeinhalb Millionen Liter Trinkwasser auf – so viel Trinkwasser wie niemals zuvor an einer Einsatzstelle in Deutschland.

Größter THW-Trinkwassereinsatz im Inland

„Das Gefühl, ein Teil des größten THW-Trinkwassereinsatzes in Deutschland gewesen zu sein und die fünf Millionen Liter-Marke durchbrochen zu haben, war unbeschreiblich. Der Einsatz hat uns gezeigt, dass wir mit unserer Ausbildung sowie den regelmäßigen übergreifenden Trinkwasserübungen für größere Schadenslagen bestens gerüstet sind“, sagt Florian Patzelt aus Starnberg, der dort Truppführer der THW-Fachgruppe Trinkwasserversorgung ist. Mit seinen Kolleginnen und Kollegen bereitete er Trinkwasser auf und speiste es in das örtliche Versorgungsnetz ein. Das



Mitte Juni haben die THW-Kräfte die „magische“ Grenze geknackt und fünf Millionen Liter Trinkwasser in Simbach am Inn aufbereitet.

(Foto: s THW / Michael Matthes)

Rohrleitungsnetz war teilweise zerstört und stellte die Kommune Simbach am Inn und den Wasserversorger vor eine Herausforderung. „Während des Einsatzes war dann



Alleinstellungsmerkmal Brückenbau: Im nordrhein-westfälischen Wachtberg bauten die THW-Kräfte beispielsweise eine Bailey-Brücke auf.
(Foto: THW / Markus Schrems)

der Wassermeister einmal am Tag bei uns. Er hat uns täglich ein Update gegeben, welche Leitungen wieder funktionieren. Die Zusammenarbeit ist super gelaufen und wir konnten wichtige Hilfe leisten“, berichtet Patzelt.

Zusammenarbeit ist Trumpf

Ebenso gut lief die Zusammenarbeit mit dem städtischen Gesundheitsamt. Um die Qualität des aufbereiteten Was-

sers direkt vor Ort zu überprüfen, arbeiten die THW-Trinkwasserlaboranten eng mit dem Gesundheitsamt zusammen. Die Qualität des Wassers muss auch unter diesen Einsatzbedingungen vom zuständigen Gesundheitsamt kontrolliert werden, bevor das THW das Trinkwasser in das Rohrleitungsnetz einspeist.

Brücken: Ein Alleinstellungsmerkmal im deutschen Bevölkerungsschutz

Eine weitere in der Geschichte des THW bisher einmalige Leistung: Die THW-Kräfte errichteten in Bayern und Nordrhein-Westfalen in kurzer Zeit sieben provisorische Brücken. Das THW ist die einzige zivile Einsatzorganisation, die Brücken für Fußgänger, Straßen- und Schwerlastverkehr sowie für Eisenbahnen bauen kann. „Die Leute waren ganz hin und weg, dass das THW in fünf Tagen fünf Brücken gebaut hat. Als die Brücken standen, war das das reinste Volksfest“, erzählt THW-Fachberater Ralf Beyer aus dem THW-Ortsverband Siegburg. Er unterstützte den Brückenbau im nordrhein-westfälischen Wachtberg.

Die Einsätze des THW nach den Unwettern im Sommer haben gezeigt, dass der Bevölkerungsschutz in Deutschland gut aufgestellt ist. Das THW ist mit seinem Fachwissen und seiner technischen Ausstattung jederzeit bereit, Hilfe für Menschen in Not zu leisten.



Flusskreuzfahrtschiff verunglückt im Rhein-Main-Donau Kanal

Es ist 1:58 Uhr am 11. September 2016 als die Integrierte Leitstelle Nürnberg Vollalarm für alle Wasserrettungskräfte auslöst. Dadurch wurden die SEG-Wasserrettung DLRG Dechendorf und DLRG Erlangen sowie die Wasserwacht Erlangen alarmiert. Zusätzlich wurden die Feuerwehr Erlangen sowie der Rettungsdienst in Marsch gesetzt.



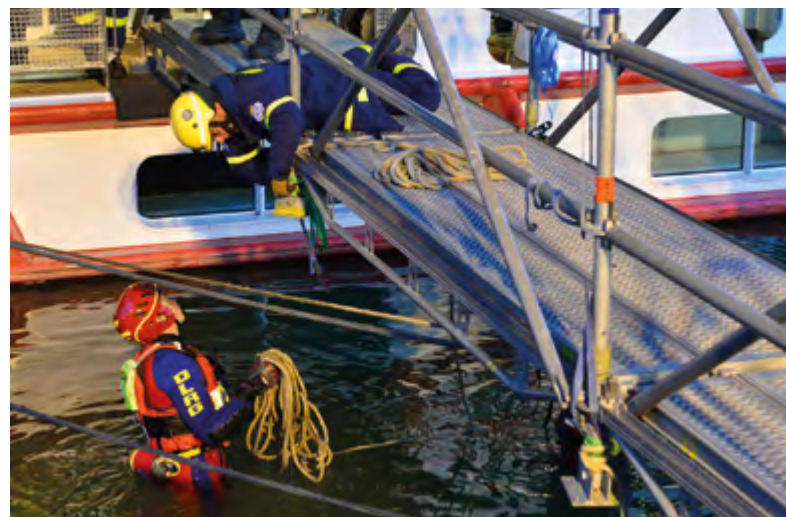
Ein Flusskreuzfahrtschiff, das mit insgesamt 181 Passagieren und 49 Besatzungsmitgliedern besetzt war, hatte auf dem Rhein-Main-Donau Kanal zuerst eine Straßenbrücke gerammt. Dabei wurde das Dach des Führerhauses aufgerissen. Direkt anschließend wurde dann das Führerhaus an einer etwas tieferen Eisenbahnbrücke komplett zerstört. Im Führerhaus wurden dabei zwei Besatzungsmitglieder getötet. Das Schiff blieb unter dieser Stahlbrücke mitten im Rhein-Main-Donau Kanal hängen.

Die Rettung der beiden Toten und die Evakuierung der Passagiere und Besatzungsmitglieder war technisch sehr aufwändig. Zunächst wurde das Schiff mit Tauen an der Brücke und am Ufer an Feuerwehrfahrzeugen und Pollern fixiert um ein Abtreiben zu verhindern. Die Absicht, alle Menschen mit Boote vom Schiff zu evakuieren wurde verworfen, da einige Passagiere schon älter waren und das Schiff außer dem Steuerstand unbeschädigt war. Da es sicher vertäut war, war die Evakuierung nicht zeitkritisch. Das THW baute für die Evakuierung zusammen mit der Feuerwehr einen provisorischen Steg vom Schiff bis ans Ufer. Die DLRG sowie die Wasserwacht blieb die ganze Zeit



mit einigen Booten in Bereitschaft um notfalls doch noch eine Evakuierung mit Booten durchführen zu können. Weiterhin wurde mit Tauchern und Strömungsrettern die Einsatzstelle abgesichert.

Gegen 8:00 Uhr war die Evakuierung abgeschlossen. Insgesamt waren etwa 200 Einsatzkräfte vor Ort, davon waren 48 Helfer von der DLRG. Die Wasserrettung war mit insgesamt 9 Booten im Einsatz.





(Fotos: Klaus-Dieter Schreiter)

Es ist dem glücklichen Umstand zu verdanken, dass das Passagierschiff an der Eisenbahnbrücke so hängen geblieben ist, dass es nicht weiter abgetrieben wurde. Sonst wäre es wahrscheinlich zu einer direkten Kollision mit einem entgegenkommenden Passagierschiff im Schleusenbereich Kriegenbrunn oder sogar mit der Schleuse Kriegenbrunn selbst gekommen. Der Schleusenbereich schließt direkt nach der Eisenbahnbrücke an und die Schleuse selbst ist nur etwa 500 Meter entfernt. Bei einer Kollision wäre es mit Sicherheit zu einer großen Anzahl an verletzten Personen auf dem Schiff gekommen. Insgesamt war die Zusammenarbeit zwischen den Helfern und Führungskräften aller Organisationen sehr gut

*Andreas Klingberg
DLRG Bundesgeschäftsstelle*



Kanzleramtsminister Altmaier: „Flüchtlingen die Hand zur Integration reichen“

Es ist wichtig, dass wir Flüchtlingen mit Schutzanspruch die Hand zur Integration reichen“, erklärte Peter Altmaier, Bundesminister für besondere Aufgaben, beim 11. Berliner Abend der deutschen Feuerwehren in der Regierungsf Feuerwache Berlin-Tiergarten. Der Kanzleramtschef ist zentraler Ansprechpartner der Bundesregierung für die politische Gesamtkoordination aller Aspekte der aktuellen Flüchtlingslage. „Wer, wenn nicht die Feuerwehren, die Menschen aus verschiedensten Schichten in ihren Rei-



hen haben, sind imstande, mit Unterschieden umzugehen?“ würdigte Altmaier den mehr als ein Jahr andauernden Einsatz der Feuerwehren.

„Wir geben Menschen mit der Feuerwehr eine neue Heimat“, fasste Hartmut Ziebs, Präsident des Deutschen Feuerwehrverbandes, das Engagement zusammen. Der Einsatz in der Flüchtlingslage habe einmal mehr gezeigt, dass die Feuerwehren auch einen gesellschaftspolitischen Auftrag leisteten und nicht nur im alltäglichen Einsatz oder bei außergewöhnlichen Katastrophen aktiv seien. „Unsere Feuerwehrleute verdienen hierfür die beste Ausrüstung und die beste Ausbildung“, erklärte der DFV-Präsident.

Auf aktuelle Herausforderungen für Einsatzkräfte nahm Peter Henzler, Vizepräsident des Bundeskriminalamtes, Bezug: „Polizei und Feuerwehr haben hier die gleiche mentale Grundaufstellung. Es ist gut für uns, wenn wir im Einsatz Feuerwehrleute an unserer Seite haben“, stellte er fest.

Hanne Wurzel, Leiterin des Fachbereiches Extremismus bei der Bundeszentrale für Politische Bildung, berichtete vom Engagement der Feuerwehren im Projekt „Zusammenhalt durch Teilhabe“: „Unsere Erfahrung zeigt, dass die bestehenden Strukturen vor Ort gefördert werden müssen.

Die Angehörigen der Feuerwehr sind ein wichtiger und aktiver Partner für uns, wenn es darum geht, präventiv und aktiv gegen extremistisches Gedankengut anzupacken.“

Großen Einsatz zeigte auch Jan Vandrey: Der Brandmeister aus Brandenburg hat bei den Olympischen Spielen in Rio de Janeiro eine Goldmedaille gewonnen. Diesen Erfolg des bundesweit einmaligen Feuerwehr-Spitzensport-Programms der Landesfeuerwehrschule Eisenhüttenstadt ehrte DFV-Präsident Hartmut Ziebs. Im Beisein des für Sport zuständigen Bundesministers des Innern, Dr. Tho-

mas de Maizière, zeichnete der DFV-Präsident den Spitzensportler und Feuerwehrmann Vandrey mit der Silbernen Ehrennadel des Deutschen Feuerwehrverbandes aus.

100 Bundestagsabgeordnete, darunter auch die Bundesministerin Dr. Barbara Hendricks, nutzten die Gelegenheit zum Gespräch mit 450 geladenen Gästen aus Feuerwehren, Verwaltung und Verbänden. Die Regierungsf Feuerwache Berlin-Tiergarten bot einmal mehr ein authentisches Ambiente: „Wir sind stolz, dass Sie sich in unserem Hause



kennenlernen, sich austauschen und gegenseitiges Vertrauen aufbauen“, sagte Berlins stellvertretender Landesbranddirektor Karsten Göwecke. Der 11. Berliner Abend wurde mit freundlicher Unterstützung von Mercedes-Benz und T-Mobile im Hause der Berliner Feuerwehr durchgeführt. Bilder der Veranstaltung stehen zum Download unter www.feuerwehrverband.de/bilder.

(sda)



Wasser und sanitäre Einrichtungen für Flüchtlingsgemeinden

Aufgrund des Bürgerkrieges im Südsudan sind inzwischen 2,3 Millionen Menschen innerhalb des Landes vertrieben, viele suchen Schutz in den Nachbarländern – knapp 500.000 davon im südlich gelegenen Uganda. Das UN-Flüchtlingshilfswerk geht davon aus, dass die Mehrheit der Flüchtlinge längerfristig in Uganda bleibt. Das ostafrikanische Land kommt jedoch bei der Versorgung der Flüchtlinge an die Grenzen seiner Kapazitäten. Das DRK hilft, die Wasser-, Hygiene- und Sanitärversorgung zu stabilisieren.

Genügend Wasser durch instandgesetzte Brunnen

In den vergangenen Jahren war Uganda immer wieder Ziel für Flüchtlinge, In dieser Zeit hat das Ugandische Rote Kreuz gemeinsam mit dem DRK eine Reihe von Tiefbrun-



Mit dem Bau von Latrinen wird neben den hygienischen Vorteilen auch ein Beitrag zum Schutz der Privatsphäre, besonders von Frauen und Mädchen, geleistet.

nen gebohrt und Brunnen instandgesetzt. Aufgrund der weiter wachsenden Flüchtlingszahlen ist der Bedarf an sauberem Trinkwasser wieder gestiegen und die bestehenden Brunnen können die Nachfrage nicht decken. Bevor neue Brunnen angelegt werden, wollen wir das vorhandene Potenzial ausschöpfen und prüfen derzeit Brunnen auf Funktionstüchtigkeit; bis zu 23 Brunnen sollen instandgesetzt werden.

Damit die instandgesetzten Brunnen lange und verlässlich sauberes Trinkwasser geben, trainieren wir 23 Wasserko-

mittees in den Dörfern. Die freiwilligen Gemeindemitglieder lernen, wie man einen Brunnen wartet und schützt. Sie werden in Zukunft dafür Sorge tragen, dass die Brunnen richtig genutzt, gewartet und sauber gehalten werden.

Bessere Hygiene durch Latrinen und Handwaschvorrichtungen

Je mehr Menschen an einem Ort leben, desto schneller können Krankheiten entstehen und sich verbreiten. Umso wichtiger sind – neben der Wasserversorgung – saubere Sanitäreinrichtungen und gutes Hygieneverhalten. Wir unterstützen deshalb den Bau von insgesamt 250 einfachen Latrinen und Handwaschvorrichtungen. Dazu stellen wir den Betroffenen eine Grundausstattung an Material und Werkzeugen zur Verfügung. Die zukünftigen Nutzer bauen die Latrinen selbst und tragen lokale Materialien – etwa getrocknetes Gras für das Dach – zusammen. Sie werden dabei von Freiwilligen des Ugandischen Roten Kreuzes angeleitet. Für besonders bedürftige Haushalte mit alleinerziehenden Müttern, Kranken oder Menschen mit Behinderungen stellen unsere Helfer die Latrinen fertig.

Flüchtlinge und Gastgemeinden profitieren gleichermaßen

Wichtiges Anliegen bei diesem Projekt ist es, sowohl die Flüchtlinge als auch die Mitglieder der Gastgemeinden einzubeziehen. Dadurch, dass die neue und die ansässige Bevölkerung gleichermaßen profitieren, wollen wir das Konfliktpotenzial mindern und die Integration der Flüchtlinge fördern. In beiden Gruppen unterstützen wir besonders bedürftige Personen.



Einsatz nach Amoklauf

„Mein erster Gedanke: Das muss eine Übung sein“

Würzburg, München, Ansbach: Die Anschläge in Bayern haben Deutschland im Juli in Atem gehalten. Für die Einsatzkräfte der Johanniter-Unfall-Hilfe waren es Großeinsätze. Der Johanniter Stefan Vinzenz berichtet von seinen Erlebnissen am 22. Juli in München.

Autor Stefan Vinzenz (38) ist ehrenamtlicher Rettungsdienstleister der Johanniter-Unfall-Hilfe im Regionalverband München.
(Foto: privat)



„Freitag, endlich Feierabend. Ich verlasse meine Arbeitsstelle und mache mich auf den Weg zur Rettungswache Ottobrunn, um meinen ehrenamtlichen Dienst in der Unterstützungsguppe Sanitätseinsatzleitung anzutreten.“

Ich steige in den Audi A3 und höre über Funk von einem Einsatz im Münchener Norden. Mit Martinshorn und Blaulicht fahre ich zum Aufstellungsort Georg-Brauchle-Ring, Ecke Hanauerstraße. Hier sollen sich alle alarmierten Kräfte versammeln, damit Aufgaben verteilt und alles zentral koordiniert werden kann.

Auf der 25-minütigen Fahrt – es ist Rush-hour in München – bekomme ich weitere Meldungen über Funk und traue meinen Ohren nicht: „Schießerei am Olympia-Einkaufszentrum“. Das muss eine groß angelegte Übung sein, denke ich. „Tote am OEZ“ – langsam sickert es bei mir durch: Das ist Realität ...

Mein Einsatzort ist etwa 250 Meter vom OEZ entfernt: Mit zwei weiteren Kollegen sitze ich hinten im Einsatzleiterwagen am Funktisch. Ich bin für den Funkkanal 2 zuständig, den sogenannten Zwei-Meter-Funk. Wir organisieren, dass Verletzte abtransportiert, Behandlungsplätze aufgebaut werden, genügend Rettungsmittel vorhanden sind und so weiter.

Immer mehr Kräfte werden angefordert, die Meldungen überschlagen sich: Jetzt auch Schießereien in der Innenstadt an fünf verschiedenen Plätzen, bis zu drei Täter auf der Flucht... Ein IS-Anschlag? Die Panik, die in den sozialen Netzwerken verbreitet wird, kommt auch bei uns Helfern an. Uns geht die Pumpe. Aber wir bleiben äußerlich ruhig. Konzentrieren uns auf die aktuelle Lage, egal, was es für vage Meldungen gibt. Wir erstellen eine Lagekarte, um einen Überblick zu haben.

Menschen, die sich noch im OEZ versteckt hielten, werden nun von der Polizei herausgeführt. Sie müssen psychologisch betreut werden, das übernehmen unter anderem unsere Einsatzkräfte der Schnelleinsatzgruppe (SEG). Denen, die direkt am Ort des Geschehens in Kontakt mit den Menschen sind, die Kinder schreien hören, Verletzte und Tote sehen – ihnen allen ist höchster Respekt zu zollen. Letztlich ist jeder von uns Helfern ein wichtiges Rädchen, ohne das das Gesamtkonstrukt Hilfe an diesem Abend, in dieser Nacht nicht funktionieren würde.

Die Lage entspannt sich, als klar ist, der Täter ist unter den zehn Toten. Langsam habe ich wieder Normalpuls. Um 0:30 Uhr ist mein Dienst beendet, ich übergebe an einen Kollegen. Als ich um 3 Uhr schlafen gehe, weiß ich: Die Lage ist im Griff.

Unser Einsatznachsorgeteam hat gemailt, wir könnten uns jederzeit an sie wenden. Sicher haben viele diese Hilfe über die normalen Einsatznachbesprechungen hinaus angenommen. Bei mir hielt das mulmige Gefühl noch Tage an. Doch ich gehe auch gestärkt aus dem Einsatz hervor: Die Zusammenarbeit mit allen Beteiligten war phänomenal und was München binnen einer Stunde auf die Beine stellen konnte, ist gigantisch.

Großeinsätze der Johanniter bei Terrorlagen

Terrorakte stellen jede Einsatzorganisation vor eine besondere Aufgabe. Eine 100%ige Sicherheit gegen solche Situationen ist nicht leistbar. In Deutschland ist die nicht-polizeiliche Gefahrenabwehr Landes- oder Kommunalaufgabe. Das bedeutet, dass jedes Land bzw. jede Kommune in ihren Notfallplänen derartige Schadenlagen berücksichtigen müssen. Die Johanniter-Unfall-Hilfe ist hier ein wichtiger Akteur und bringt sich mit ihren Erfahrungen und ihrer Expertise in diese speziellen Lagen aktiv mit ein.



Einsatz der Johanniter beim Amoklauf in München.
(Foto: Florian Lutz)

Beim Einsatz am Olympia-Einkaufszentrum in München am 22. Juli war die Johanniter-Unfall-Hilfe mit allen verfügbaren Einsatzfahrzeugen eingebunden: Mitarbeiter aus Rettungsdienst und Krankentransport, Einsatzleiter, Führungsassistenten, SEG mit zusätzlichen Rettungs- und Krankentransportfahrzeugen – insgesamt 125 Johanniter

aus München und Ottobrunn waren mit drei Gerätewagen Sanität, sechs Rettungswagen, 15 Krankentransportwagen und mehreren Führungsfahrzeugen sowie zwei Motorrädern unterwegs. Unterstützung kam aus den Regionalverbänden Oberbayern und Schwaben.

Nur vier Tage zuvor hatte ein Mann in einem Würzburger Regionalzug mit einer Axt fünf Menschen schwer verletzt. Mit dem ersteintreffenden Rettungswagen sind drei Jo-

hanniter des Regionalverbandes Unterfranken am Tatort gewesen. Innerhalb von 40 Minuten waren weitere 49 Johanniter mit 19 Fahrzeugen da, um geschockte Zuginsassen zu betreuen.

Auch nach der Explosion, bei der sich am 24. Juli ein Mann in Ansbach in die Luft sprengte, waren 17 Helfer der Johanniter im Einsatz. Die Schwabacher rückten mit einem Rettungswagen, zwei Krankentransportwagen und einer SEG Behandlung aus, um sich um Betroffene zu kümmern. Zwölf Menschen waren verletzt worden.

Aufgrund der jüngsten Entwicklungen ist es notwendig, auch das eigene Personal durch Sensibilisierungen auf besondere Risikosituationen vorzubereiten. Als Einsatzorganisation liegt der Johanniter-Unfall-Hilfe die Sicherheit der eigenen Einsatzkräfte beson-

ders am Herzen. Leander Strate, Fachbereichsleiter Bevölkerungsschutz der Johanniter-Unfall-Hilfe, betont, dass nur ein interdisziplinärer Ansatz in der Planung gewährleisten kann, dass alle möglichen Akteure mit einbezogen sind. „Und in jedem Fall gilt die Maxime, dass Eigensicherung stets vor Fremdrettung geht.“



Retten mal ganz anders

Thomas Klein-Ridder ist selbstständiger Programmierer und hat eine Software entwickelt, die das Personal bei Einsätzen in einer Live-Übersicht, also in Echtzeit, erfasst. Aber nicht nur das: Der 36-Jährige ist auch ehrenamtlicher Ortsbeauftragter der Borkener Malteser.

Im Katastrophenschutz und etwa bei Sanitätsdiensten nutzen viele Malteser Gliederungen bereits Klein-Ridders „PersoList“ (www.persolist.de). Und sie sind so zufrieden damit, dass die Software auch auf Diözesan- und Bundesebene zur Verwaltung der Helfer bei Großeinsätzen verwendet wird – inzwischen übrigens auch in der Flüchtlingshilfe zur Registrierung der Bewohner.



PersoList im Einsatz: Registrierung von Teilnehmern in einer Gemeinschaftsunterkunft beim Katholikentag in Leipzig (Foto: Nils Brandes)

„Zum ersten Mal haben wir PersoList 2011 bei der Frauen-Fußball-WM eingesetzt“, erinnert sich Klein-Ridder, „dann folgte im gleichen Jahr noch der Papstbesuch in Freiburg“. Seitdem hat der gelernte Fachinformatiker das Programm kontinuierlich weiterentwickelt. So etwa den „Push-Alarm“, mit dem mit einem Klick alle im Verteiler angefragt werden können. Deren Rückmeldung, ob verfügbar oder nicht, läuft dann direkt in die Datenbank, so dass die Einsatzleitung die reale Einsatzstärke in Echtzeit sehen und später als Anwesenheitsnachweis für die Versicherung, die Abrechnung oder die Statistik nutzen kann.

Dass seine Software womöglich sogar mal Menschenleben retten könnte, hätte Klein-Ridder, der 2002 als Helfer im Katastrophenschutz zu den Maltesern kam, sicherlich nicht gedacht. So aber ansatzweise geschehen kürzlich beim Katholikentag in Leipzig. „Da wir Malteser aus dem Bistum Münster mit den Kollegen aus Paderborn für die Betreuung von fast 2.000 Katholikentagsteilnehmern in zehn Gemeinschaftsunterkünften zuständig waren, haben wir PersoList nicht nur für die etwa 700 Einsatzkräfte, sondern kurzerhand auch fürs Ein- und Auschecken der Gäste eingesetzt“, erinnert sich Thomas Klein-Ridder. Dafür bekamen alle Gäste eine ID-Karte, die mit dem Namen verknüpft und über einen Laptop und Barcodescanner bei der Ankunft oder beim Verlassen des Gebäudes eingelesen wurde.

Als in einer der Teilnehmerunterkünfte ein Feuer im zweiten Obergeschoss ausbricht, evakuieren die Malteser die Gäste und können mit Hilfe von PersoList sofort deren Vollzähligkeit feststellen. „Durch das Programm hatten wir einen guten Überblick über alle Personen, die sich zu dem Zeitpunkt im Gebäude aufhielten, und konnten so alle schnell aus dem Gefahrenbereich bringen“, erzählt Unterkunftsleiterin Kerstin Hötzel von den Maltesern in Ochtrup. Zum Glück konnte Holger Peters, ebenfalls von den Ochtruper Maltesern, den Brandherd mit einem Feuerlöscher schnell ersticken. Und nach Freigabe

durch die Feuerwehr konnten die Gäste bald wieder in ihre Zimmer zurückkehren. „Natürlich möchte niemand, dass es zu so einem Notfall kommt, aber es ist gut zu wissen, dass unser Programm dazu beigetragen, die Gäste schnellstmöglich und vollzählig in Sicherheit zu bringen“, findet Thomas Klein-Ridder.

Auch Hilfsdienst-Präsident Dr. Constantin von Brandenstein-Zeppelin, der sich selbst beim Katholikentag mit großem Hallo durch PersoList in einer Teilnehmer-Unterkunft hat registrieren lassen, ist stolz auf den Mann aus



Verhinderte mit seinem Programm bei einem Feuer Schlimmeres: Der Ortsbeauftragte der Borkener Malteser Thomas Klein-Ridder.
(Foto: Jennifer Clayton)

Borken: „Seine ehrenamtliche Mitarbeit und sein Know-how sind für unseren Verband beispielhaft. Wir freuen uns, einen so engagierten Ortsbeauftragten in unseren Reihen zu haben!“

Jennifer Clayton/Christoph Zeller

Deutsch-polnischer Sanitätsdienst beim Weltjugendtag Krakau

Mit mehr als 50 Einsatzkräften sowie 16 Rettungs- und acht Begleitfahrzeugen haben die deutschen Malteser ihre polnischen Kollegen beim Sanitätsdienst für den Weltjugendtag in Krakau (26. bis 31. Juli 2016) unterstützt. Ihre

Rettungswagen fuhren dort im Sonderbedarf für den staatlichen Rettungsdienst und wurden von dessen Krakauer Leitstelle disponiert. Die deutschen Sanitäter kamen unter anderem aus den Bistümern Rottenburg-Stuttgart, Köln,

Mainz, Trier, Hildesheim, Limburg und Münster. Zur Besetzung jedes deutschen Rettungsfahrzeuges gehörte eine Einsatzkraft der polnischen Malteser, die ihren deutschen Kollegen mit Orts- und Landeskenntnis zur Seite stand. Benedikt Liefländer, Bereichsleiter Notfallvorsorge im Generalsekretariat des Malteser Hilfsdienstes und Einsatzleiter des deutschen Kontingentes in Krakau, berichtete in den ersten Tagen von Hilfeleistungen im zu erwartenden Rahmen: „Hitze-Probleme, Verstauchungen, ein paar allergische Reaktionen.“



Jedes deutsche Rettungsfahrzeug war in Krakau auch mit einer polnischen Einsatzkraft besetzt.
(Foto: Benedikt Liefländer)

Der Einsatz dann beim Abendgebet mit Papst Franziskus wurde auch für die Helfer in Aktion zum Höhepunkt. „Der Sanitätsdienst bei der Vigil in Brzegi nahe Krakau mit dem Papst am Samstagabend war für unsere Helferinnen und Helfer ein sehr beeindruckender Abschluss des Weltjugend-

tags-Einsatzes“, berichtete Liefländer. Zur Vigil mit Papst Franziskus auf dem „Campus misericordiae“ waren die deutschen Sanitätskräfte in der Nähe des Papstaltars, im Quadranten für die behinderten Teilnehmer als Erstversorgungstrupps tätig.

In ihren fünf Einsatztagen in Krakau haben die deutschen Malteser 340 Mal sanitätsdienstliche Hilfe geleistet und 18

Patiententransporte in Krankenhäuser übernommen. Je zur Hälfte waren es die zu erwartenden internistischen und chirurgischen Hilfeleistungen. Zur Mitwirkung der polnischen Malteser in den Sanitätseinheiten ihrer deutschen Kameraden äußerte sich Liefländer lobend: „Die Zusammenarbeit mit den polnischen Einsatzkräften auf den Fahrzeugen und in den Teams war ausgezeichnet und herzlich. Darauf können wir aufbauen.“



Optimierung des Voraushelfersystems im Landkreis Marburg-Biedenkopf

Der Landkreis Marburg-Biedenkopf mit seinem Fachdienst Rettungsdienst ist der organisatorische Träger des Aktionsbündnisses H-E-R-Z, in dem alle bei der Notfallrettung beteiligten Personen und Organisationen als Regieeinheit zusammenwirken. Hierzu gehören nicht nur die Leitstelle, die Rettungsdienstorganisationen, DRK, JUH, MHD, die Feuerwehren und das Universitätsklinikum Marburg, sondern auch die niedergelassenen Ärzte sowie Schulen und Kindertagesstätten. Das Aktionsbündnis gegen den plötzlichen Herztod wurde 2010 ins Leben gerufen. Derzeit sind über 250 Voraushelfer registriert.

Als erster deutscher Rettungsdienst setzt die Zentrale Leitstelle des Landkreises Marburg-Biedenkopf seit 2016 die Voraushelfer Smartphone App First AED ein. Das in Dänemark entwickelte System gestattet die gezielte Ortung von Voraushelfern in Großräumen. Bei Notfällen in Verbindung mit Herz- / Kreislaufstillständen wurden registrierte Ersthelfer bisher per SMS von der Zentralen Leitstelle alarmiert. Das System war jedoch auf den näheren Umkreis des Wohnortes bzw. Arbeitsplatzes des Voraushelfers beschränkt.

Das System First AED benutzt den aktuellen GPS-Standort, um freiwillige Voraushelfer zu alarmieren, die sich geografisch dem Notfallort am Nächsten befinden. Die nächstgelegenen Voraushelfer bekommen dann den Ein-

satzauftrag übermittelt und werden über das Smartphone zum Notfallort navigiert. Parallel dazu werden weitere Voraushelfer alarmiert, die den nächstgelegenen automatischen externen Defibrillator (AED) zum Patienten bringen sollen.



Statistisch erleiden außerhalb von Krankenhäusern ca. 70 bis 80 Menschen von 100.000 Einwohnern pro Jahr einen plötzlichen Herzstillstand. Nur durchschnittlich sechs Betroffene pro 100.000 Einwohner überleben in Deutschland ein solches Ereignis. Dem gegenüber verlassen im Landkreis Marburg-Biedenkopf mehr als 13 Überlebende ohne neurologische Defizite das Krankenhaus. Mit diesem Ergebnis rangiert der Landkreis weltweit in der Spitzengruppe.



Dr. Erich Wranze-Bielefeld, Ärztlicher Leiter Rettungsdienst im Landkreis Marburg-Biedenkopf, geht davon aus, dass das Gesamtergebnis künftig noch weiter verbessert werden kann und das neue System eine noch dynamischere und schnellere Abwicklung der Rettungseinsätze ermöglicht. Das System First AED sei erprobt und in Dänemark seit vier Jahren in Betrieb. „Das Projekt werde von angehenden Doktoranden des Universitätsklinikums wissenschaftlich begleitet und die bisherigen Forschungsergebnisse aus Dänemark weisen auf ein großes Potenzial hin“, so Prof. Dr. Clemens Kill, Leiter des Zentrums für Notfallmedizin am Universitätsklinikum Gießen und Marburg, Standort Marburg (UKGM).



Als Voraushelfer kann sich jeder, der an einer achtstündigen Schulung teilgenommen hat (oder die Voraussetzung bereits beruflich mitbringt), im System registrieren lassen.

Bei einem Notfall mit einem Herz-/Kreislaufstillstand alarmiert die Leitstelle neben Rettungsdienst und Notarzt das FirstAED-System. In Sekundenschnelle werden die registrierten Voraushelfer über ihre GPS-Position geortet und neun der nächstgelegenen Voraushelfer über die App alarmiert und angefragt, ob sie den Einsatz übernehmen können. Nach Bestätigung erhalten die drei dem Notfallort am nächstgelegenen Voraushelfer den Notfallort auf ihr Smartphone übermittelt. Zwei weitere Voraushelfer erhalten den Auftrag, den nächstgelegenen AED an den Notfallort zu bringen. Ab diesem Moment können die Einsatzbearbeiter in der Zentralen Leitstelle auch verfolgen, wer sich zur Einsatzstelle und zum AED begibt. Die App navigiert dann die Voraushelfer zum Einsatzort. Beim Eintreffen am Einsatzort sendet die App automatisch eine Eintreffmeldung an die Leitstelle. Daraufhin erhält der Voraushelfer einen elektronischen Ausweis auf sein Smartphone, um sich vor Ort legitimieren zu können. Nach dem Einsatz füllt er ein Notfallprotokoll aus, das dann automatisch dem Ärztlichen Leiter Rettungsdienst für Zwecke des Qualitätsmanagements gemailt wird. Die Einsätze können gegebenenfalls auch zu einer psychischen Belastung für den Voraushelfer führen. In diesen Fällen kann er über die App Hilfe für sich anfordern, die die Leitstelle über den Kriseninterventionsdienst veranlasst. Seit dem Jahr 2000 arbeitet der Kriseninterventionsdienst ebenfalls als Regieeinheit in offiziellem Auftrag des Landkreises Marburg-Biedenkopf und ist so in die Strukturen der Gefahrenabwehr mit eingebunden. Auch bei Großschadenslagen wird die Einsatzleitung durch einen Vertreter des Kriseninterventionsdienstes erweitert.

Der Kriseninterventionsdienst ist ein Team von Krisenhelfern und Notfallseelsorgern aus Feuerwehr, Rettungsdienst, Polizei, den Kirchen der beiden großen Konfessionen im Landkreis Marburg-Biedenkopf und assoziierten Psychologen und Pädagogen. Er versteht sich dabei selbst als Arbeitsgemeinschaft, die sowohl dem weltlichen Ansatz der Krisenintervention in Rettungsdienst und Feuerwehr als auch den kirchlichen Strukturen mit dem Konzept der Notfallseelsorge Raum lässt.

Das Projekt H-E-R-Z erreichte im Wettbewerb „Helfende Hand 2016“ von den in der Kategorie „Innovative Konzepte zur Förderung des Ehrenamtes im Bevölkerungsschutz“ eingereichten 120 Bewerbungen einen Platz unter den TOP 10.

Weitere Informationen unter www.h-e-r-z.org

Dr. Thomas Herzog ist neuer Vizepräsident des BBK

Zum 1. Oktober 2016 trat Dr. Thomas Herzog im Bundesamt für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe (BBK) seinen Dienst als Vizepräsident an. Der



Jurist war zuvor im Bundesministerium des Innern (BMI) Ständiger Vertreter der Leitung der für Verwaltungsorganisation zuständigen Abteilung. Auf einer Dienstversammlung am 7. Oktober 2016 wurde er im Vereinshaus Lengsdorf den Mitarbeitern vorgestellt.

„Ich freue mich auf die Aufgaben, die mich in dem neuen Amt erwarten. Das BBK ist das Kompetenz-Zentrum für den Bevölkerungsschutz und die Katastrophenhilfe in Deutschland, in dem engagierte und hochqualitative Arbeit geleistet wird. Die anstehenden Aufgaben und Herausforderungen im Bevölkerungsschutz möchte ich gern mitgestalten. Gleichzeitig ziehe ich sehr gern von der Spree wieder an den Rhein“, sagte Herzog.

Mit seinem Wechsel kehrt er in seine Heimat zurück. Er ist 1956 in Köln geboren, studierte hier und wurde schließlich Richter am Landgericht Köln. 1986 wechselte er in das Bundesministerium des Innern. Dort war er in den Abteilungen Polizeianglegenheiten, Innere Sicherheit, Innenpolitische Grundsatzenfragen und Verfassung beschäftigt. 1991 promovierte er zum Thema Terrorismus

und arbeitete in den Jahren danach bis 2000 als Referent bei der CDU/CSU-Fraktion des Deutschen Bundestages. Dieser Tätigkeit folgte 2001 die Leitung des Wissenschaftlichen Dienstes bei der Bundesakademie für öffentliche Verwaltung in Brühl, ein Jahr später leitete er das für das Kriegsfolgenrecht zuständige Referat im BMI. Im Jahr 2010 übernahm er die Unterabteilung für Integration, Minderheiten, Spätaussiedler und Hilfe in deren Herkunftsgebieten. Von dort ging er 2016 in die Verwaltungsorganisation.

Thomas Herzog ist verheiratet und hat drei Töchter und einen Stiefsohn. Er folgt auf Ralph Tiesler, der zum 1. Oktober als Vizepräsident zum Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) wechselt.

Werbung für den Bevölkerungsschutz

Aus einer ursprünglich als Bürgeranfrage aufgelaufenen Anfrage des Märkischen Kreises an das BBK ist letztlich ein Projekt geworden, das sich im wahrsten Sinne des Wortes sehen lassen kann. Ein bereits von den Ehrenamtsplakaten und aus dem BBK-Internetauftritt bekanntes Motiv schien dem Märkischen Kreis geeignet, die Zusammenarbeit der verschiedenen Organisationen im Bevölkerungsschutz zu symbolisieren. Werbeträger sollte ein Linienbus der Märkischen Verkehrsgesellschaft MVG sein.



Auf den Bildern lässt sich das Ergebnis betrachten. Die Linie 41 führt quer durch die Lüdenscheider Innenstadt, sodass der gestaltete Linienbus mehrmals täglich von vielen tausend Menschen gesehen wird.

Das BBK unterstützt bei der internationalen NATO - Zivilschutz- und Katastrophenhilfeübung „CRNA GORA 2016“ in Podgorica / Montenegro

Es ist der 25. Oktober 2016 und schwere Regenfälle halten Montenegro in Atem. Es kommt zu großflächigen Überschwemmungen. In der Region Nikšić müssen die Schleusen eines Stausees geöffnet werden. Es kommt zu Sturzfluten an den Flüssen Zeta und Moraca. Die Stadt Rogami läuft Gefahr, von Wassermassen eingeschlossen zu werden. Es wird prognostiziert, dass Überschwemmungen, Schlammlawinen und Erdbeben mehr als 14.000 Einwohner

in mehreren Verwaltungsgebieten im Süden des Landes beeinträchtigen. Es müssen bereits erste Todesfälle verzeichnet werden. Hunderte Einwohner wurden evakuiert. Kritische Infrastrukturen mit Schlüsselfunktion wurden beschädigt. Die Hauptstadt Podgorica sowie die Region um Golubovci hat es mittlerweile am schwersten getroffen. Montenegro stellt am 28. Oktober 2016 ein Ersuchen an das EADRCC (Euro-Atlantic Disaster Response Coordination Centre der NATO) zur internationalen Unterstützung bei der Bewältigung der Katastrophe.



So das fiktive Szenario der NATO - Zivilschutz- und Katastrophenhilfeübung „CRNA GORA 2016“. In der Übung werden von Montenegro zur Bewältigung der Katastrophe mehrere internationale Teams angefordert.

RESCUE RESPONSE TEAMS	EFFECTIVE DATE	QUANTITY
Water SAR Team	ASAP	9
High Capacity Pumping Teams	ASAP	3
Medical Teams	ASAP	5
Chemical Reconnaissance Units	ASAP	4
CBRN Teams	ASAP	4
Urban Search and Rescue Teams	ASAP	3

Die NATO hilft mit ihrem zivilen Arm Bündnispartnern und Partnerstaaten bei der Bekämpfung von Naturkatastrophen. So koordiniert das EADRCC in enger Abstimmung mit den Vereinten Nationen die zivil-militärischen Kapazitäten der Allianz zur Hilfe im betroffenen Land. Das BBK unterstützt die NATO in vielen Bereichen mit ziviler Expertise. In dem Übungsszenario kommt dem Innenministerium Montenegros eine Schlüssel-

funktion im Bereich der Krisenkommunikation zu. Zur Beübung des Innenministeriums wurde ein BBK-Vertreter in die Medienzelle der NATO-Übungsleitung entsendet.



Übung zum CBRN-Schutz.
(Bilder: Nato HQ)

„Nach einer kurzen Findungsphase verlief die Krisenkommunikation gut. Bei der Bewältigung von Schadenslagen müssen Medien, Bevölkerung und andere Akteure schnell, umfassend, zielgruppengerecht und widerspruchsfrei informiert werden. Dazu sollten möglichst im Vorfeld Handlungsabläufe festgelegt und regelmäßig beübt werden.“, so Tom Neumann, Referat für Internationale Angelegenheiten im BBK. Das Bundesministerium des Innern (BMI) entsendet regelmäßig nationale Experten zur Unterstützung der Katastrophenübungen der NATO. So wurde das On-Site Operations Coordination Centre der Vereinten Nationen (OSOCC) in dieser Übung von Richard van Hazebrouck (Bundesanstalt Technisches Hilfswerk - THW) geleitet. „Das OSOCC bildet die Schnittstelle zwischen der internationalen Hilfeleistung und der Regierung des betroffenen Landes. In der aktuellen Übung erfolgt die Hilfeleistung aus 7 Bündnisstaaten und 10 Partnerländern der NATO, die zum Einsatz im Süden des Landes koordiniert werden musste.“, so van Hazebrouck. Insgesamt waren 680 Teilnehmer aus 32 Staaten an der Übung beteiligt.

Der Präsident von Montenegro Filip Vujanovic und die stellvertretende NATO-Generalsekretärin Rose Gottemoeller nahmen an der Abschlusszeremonie teil, dankten den Teams und betonten die Bedeutung der zivil-militärischen Zusammenarbeit im grenzüberschreitenden Zivil- und Katastrophenschutz.

IMPRESSUM

Herausgeber: Bundesamt für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe (BBK), Provinzialstraße 93, 53127 Bonn Postfach 1867, 53008 Bonn redaktion@bbk.bund.de <http://www.bbk.bund.de>

Redaktion:

Ursula Fuchs (Chefredakteurin),
Tel.: 022899-550-3600
Nikolaus Stein,
Tel.: 022899-550-3609
Petra Liemersdorf-Strunk,
Tel.: 022899-550-3613

Layout: Nikolaus Stein
Petra Liemersdorf-Strunk

Bevölkerungsschutz erscheint vierteljährlich (Februar, Mai, August, November), Redaktionsschluss ist jeweils der erste Werktag des Vormonats.

Auflage:
30.000 Exemplare

Vertrieb und Versand:
Bevölkerungsschutz wird kostenfrei geliefert.
Bestellungen und Adressänderungen bitte an: redaktion@bbk.bund.de

Druck und Herstellung:
BONIFATIUS Druck · Buch · Verlag
Karl Schurz-Straße 26, 33100 Paderborn
Postf. 1280, 33042 Paderborn
Tel.: 05251-153-0
Fax: 05251-153-104

Manuskripte und Bilder nur an die Redaktion. Für unverlangt eingesandte Beiträge keine Gewähr. Nachdruck einzelner Beiträge, auch im Auszug, nur mit Quellenangabe und mit Genehmigung der Redaktion gestattet. Mit Namen gezeichnete Beiträge geben die Meinung des Verfassers wieder und müssen nicht unbedingt mit der Auffassung der Redaktion übereinstimmen. Aus Gründen der besseren Lesbarkeit wird i. d. R. auf die gleichzeitige Verwendung männlicher und weiblicher Sprachformen verzichtet. Sämtliche Personenbezeichnungen gelten gleichermaßen für beiderlei Geschlecht.

Heute: Dampfschiff Schaarhörn, Hamburg



Das Dampfschiff Schaarhörn wurde 1908 in Hamburg als Peilschiff gebaut und in Dienst gestellt. Aufgabe von Peilschiffen ist die Überwachung der Wassertiefen zur Sicherung der Schifffahrt. Darüber hinaus wurde die Schaarhörn als Repräsentationsdampfer des Hamburger Senats genutzt.

Im Ersten Weltkrieg zum Hilfs-Minensucher umgerüstet diente sie als Führungsboot der Hilfs-Minensuch-Division Cuxhaven und nahm nach Kriegsende zunächst die Arbeit als Untersuchungs-, Verpflegungs- und Wohnschiff auf, wurde dann aber 1919 aufgelegt (zeitweilige Außerbetriebnahme).

Seit 1925 wurde die Schaarhörn wieder als Peilschiff und Bereisungsdampfer eingesetzt und war ab März 1945 an der Evakuierung von Flüchtlingen aus Swinemünde, Pillau, Hela, Neufahrwasser, Stolpmünde und Sassnitz beteiligt. Nach dem Krieg erneut als Vermessungsschiff in der Elbmündung eingesetzt wurde es schließlich 1973 nach Großbritannien verkauft. Bis 1979 gastronomisch genutzt

sollte es die Keimzelle eines Museumshafens in Maryport (Schottland) bilden. Dieses Vorhaben wurde aber nie umgesetzt und das Schiff begann zu verrotten.

Erst 1990 erfolgten auf Initiative der Handelskammer Kauf und Überführung nach Hamburg, wo die Schaarhörn bis 1995 unter Aufsicht des Germanischen Lloyd grundlegend restauriert wurde; 1993 wurde sie als erstes Schiff in die Hamburger Denkmalliste aufgenommen.

Seit Mai 1995 wird die Schaarhörn von einer ausschließlich ehrenamtlich tätigen Besatzung als fahrendes Museum betrieben und unternimmt Fahrten (Traditionsfahrten mit bis zu 85 Passagieren, auch Charter möglich) auf Niederelbe, Nord-Ostsee-Kanal und Ostsee.

Weitere Informationen, Fahrpläne, Liegeplätze u. ä. unter: www.schaarhoern.de

und charter@hamburgmaritim.de

nps



Foto: VollwertBIT - Eigenes Werk, CC BY-SA 2.5

